







D

1

H5

no. 324-326

# Historische Studien//

unter Mitwirkung der Herren Universitäts-Professoren: W. Andreas, O. Becker, G. Beckmann †, G. v. Below †, G. Beyerhaus, A. Brackmann, A. Cartellieri, F. Delitzsch †, W. Goetz, F. Hartung, A. Hasenclever, R. Holtzmann, P. Joachimsen †, H. Lietzmann, E. Marcks, F. Meinecke, G. Mentz, W. Mommsen, H. Oncken, F. Philippi, A. Wahl, A. Weber, G. Wolff, J. Ziekursch u. a. herausgegeben von Dr. Emil Ebering.

== Heft 324 ==

---

## Hannover und die deutsche Frage 1848/49

Von

**Dr. Fritz Winzer**

---

Verlag Dr. Emil Ebering  
Berlin 1937

Nachdruck mit Genehmigung vom  
Matthiesen Verlag, Lübeck

KRAUS REPRINT LTD.  
Vaduz  
1965



The New York Public Library

## Vorwort

### Meinen Eltern

Phil. Weber





## Vorwort.

Das „Zeitalter des Partikularismus“ in Deutschland ist vorbei. Für Länder und Landesgrenzen in der bisherigen Bedeutung ist im neuen Reiche kein Platz mehr. Heute ist die Zeit gekommen, wo bayrische, sächsische, hannoversche oder was sonst für einzelstaatliche Belange keinen Sinn mehr haben. Wir gehen an diese Dinge von einem weiteren Blickfeld, von einer neuen Basis aus heran. In dieser Hinsicht bedeutet der Nationalsozialismus nichts anderes als die Verwirklichung gesamtdeutscher Lebensgesetze. Aber gerade, weil alle diese Auseinandersetzungen, die um die Erhaltung des Partikularismus geführt sind, heute ihren eigentlichen Kampfcharakter verloren haben, sind wir auch in der Lage, sie gerechter zu beurteilen und ihre wahre historische Bedeutung, die in der Hauptsache eine negative war, zu ermessen. Dabei mag eine Arbeit wie diese, die es mit den Bemühungen eines Mittelstaates um seine Selbsterhaltung zu tun hat, von geringerem Interesse sein, weil den Mittelstaaten nun einmal die Zukunft nicht gehören sollte und konnte. Und trotzdem ist es unerlässlich, an die Dinge auch von dieser Seite heranzukommen, weil die Erkenntnis der mittelstaatlichen Politik eine bedeutungsvolle Ergänzung bildet für unser Wissen von den Kämpfen um eine Lösung der deutschen Frage.

Diese Untersuchung stützt sich hauptsächlich auf die betreffenden Aktenbestände des Staatsarchivs Hannover und des Geheimen Staatsarchivs Berlin. Für freundliche Beratung und Unterstützung bei der Arbeit ist der Verfasser seinem verehrten Lehrer, Herrn Professor Dr. Wilhelm Mommsen und Herrn Staatsarchivrat Dr. Schnath-Hannover zu großem Dank verpflichtet.

Fritz Winzer.



## Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort. . . . .	5
Verzeichnis der benutzten Akten. . . . .	9
Literaturverzeichnis. . . . .	11
Einleitung. . . . .	13
I. Die Lage in Hannover bei Ausbruch der Märzrevolution. . . . .	16
II. Hannover und die deutsche Verfassungsfrage im Frühjahr 1848. . . . .	22
III. Die Haltung Hannovers vom Zusammentritt der deutschen Nationalversammlung bis zum Übergang der Bundesgewalt an die Frankfurter Reichsregierung. . . . .	33
IV. Das Ministerium Bennigsen-Stüve im Kompetenzkampf mit den Frankfurter Gewalten. . . . .	49
V. Der Kampf gegen Reichsverfassung und Grundrechte. . . . .	61
VI. Die Stellungnahme Hannovers zur Kaiserwahl Friedrich Wilhelms IV. . . . .	87
VII. Das Ende der Nationalversammlung. . . . .	98
Zusammenfassung. . . . .	106
Aktenanhang:	
1. Vorschläge Stüves zur deutschen Frage vom 3. Februar 1849 (Staatenhausplan). . . . .	110
2. Zur Beurtheilung der Reichsverfassung. Auszug aus einem Artikel Stüves aus der Hannoverschen Zeitung vom 29. April 1849 (Beilage zu Nr. 104). . . . .	112



## Verzeichnis der benutzten Akten.

### a) Staatsarchiv Hannover.

Hann. Des. 7 IV Nr. 1, 2, 3, 4, 5.

IV Nr. 5 a, 5 b.

Hann. Des. 11, 8 I Nr. 31 a, 32.

Hann. Des. 16 G Generalia Nr. 4 vol. XXXI.

G Nr. 64, 66 b.

H Nr. 80, 83 vol. 1.

Hann. Des. 17 I Nr. 1 a, 1 b, 1 c, 1 d, 1 e, 1 f, 1 g, 1 h, 1 i, 1 k, 1 l, 1 m, 1 n.  
3, 7, 8 a, 8 b, 8 c, 8 d, 8 e, 8 f.

II Nr. 2, 2 a, 3, 4, 5, 6, 7, 10, 11, 12, 13, 15, 16, 19 I und II,  
20, 22, 23, 25, 26, 28, 30, 31, 32, 33, 36, 40, 41, 43, 45,  
46, 49.

Hann. Des. 39 II Generalia Nr. 15 (1848/49).

III Nr. 14.

X Nr. 12.

Hann. Des. 40 Generalia Nr. 1 a.

Specialia Nr. 14, 14 a.

### b) Geheimes Staatsarchiv Berlin-Dahlem (zit. G.St.A.).

AA I Ag 13 vol. 1, vol. 2.

AA I Ag 14.

AA I Ag 16.

---

Hannoversche Morgenzeitung Jg. 1848/49.

Hannoversche Zeitung Jg. 1848/49.





## Literaturverzeichnis.<sup>1)</sup>

- Abecken:** Hannover und die Grundrechte. Hannover 1849.  
 Actenstücke zur neuesten Geschichte Deutschlands (mit besonderer Beziehung auf Hannover). Hannover 1848.  
 Acten-Stücke der neunten allgemeinen Stände-Versammlung des Königreiches Hannover. Hannover 1848.  
 Acten-Stücke der zehnten allgemeinen Stände-Versammlung des Königreiches Hannover. Hannover 1849.  
 Bemerkungen gegen die Beschlüsse der deutschen Reichsversammlung über Flüsse, Canäle und Seen und über Eisenbahnen. Hannover 1849.  
**Bodemeyer, Hildebrand:** Die Hannoverschen Verfassungskämpfe seit 1848. Hannover 1861.  
**Brenneke, Adolf:** Johann Karl Bertram Stüve. Zs. des hist. Ver. f. Nieders., Jg. 1920.  
**Frensdorff, F.:** Stüve und Detmold. Zs. des hist. Ver. f. Nieders., Jg. 1904.  
**Gebauer, J. H.:** Der Briefwechsel König Ernst Augusts von Hannover mit Herzog Christian August von Schleswig-Holstein. Zs. des hist. Ver. f. Nieders., Jg. 1910.  
**Haenchen, Karl:** Briefe König Ernst Augusts von Hannover an König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen (1849—1851). Nieders. Jb. 1933.  
**Hartmann, R.:** Geschichte Hannovers von den ältesten Zeiten bis auf die Gegenwart. Hannover 1886.  
**Hassell, W. von:** Geschichte des Königreiches Hannover. Bremen 1898—1901.  
**Kricheldorff, Lutz:** Der Beitritt Hannovers zum Dreikönigsbündnis vom 26. Mai 1849. Zs. des hist. Ver. f. Nieders., Jg. 1914.  
**Malortie, C. E. von:** König Ernst August. Hannover 1861.  
**Meier, Ernst von:** Hannoversche Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, 1680—1866. Leipzig 1898.  
**Niebour:** Die hannoverschen Abgeordneten zur Nationalversammlung 1848/49. Zs. des hist. Ver. f. Nieders., Jg. 1911.  
**Oppermann, H. Albert:** Zur Geschichte des Königreiches Hannover von 1832 bis 1860. Leipzig 1860—62.  
**Rothert, Wilh.:** Im alten Königreich Hannover 1814—1866. (= Allg. hannov. Biographie, Bd. 2). Hannover 1914.  
**Sievers, Ferd.:** Die Politik Hannovers in Bezug auf den deutsch-dänischen Krieg 1848—50. Nieders. Jb. 1926.

---

1) Hier wird nur die in Frage kommende Spezialliteratur angegeben.

**Stüve, Gust.:** Johann Karl Bertram Stüve nach Briefen und persönlichen Erinnerungen. Hannover u. Leipzig 1900.

— Briefwechsel zwischen Stüve und Detmold in den Jahren 1848 bis 1850. Quellen u. Darstellungen zur Geschichte Niedersachsens, Bd. 13.

**Stüve, J. C. B.:** Ein Schreiben Stüves an seine Wähler in Osnabrück. Frankfurt a. M. 1849.

— Ein Wort über die Wahlen an alle Wähler des Königreichs Hannover. Hannover 1849.

— Zusammenstellung der einzelnen Bestimmungen der Grundrechte des deutschen Volks mit den im Königreich Hannover geltenden Gesetzen. Osnabrück 1849.

— Das Bündnis der drei Königreiche Preußen, Sachsen und Hannover vom 26. Mai 1849. Ein Wort zur Beherzigung und Verständigung von A. E. Leipzig 1849.

— Deutschlands Bedürfnisse. Sendschreiben an einen Frankfurter Reichstagsdeputierten. Jena 1850.

**Ubbelohde:** Das Verhältnis der einzelnen Staaten Deutschlands insbesondere Hannovers zu der Reichsversammlung und der Centralgewalt soweit es die Gültigkeit der Reichsgesetze betrifft. Aurich und Leer 1849.

**Weise, W.:** Johann Karl Bertram Stüve im Lichte neuester Darstellung. Zs. des hist. Ver. f. Nieders., Jg. 1901.

**Wilkinson, C. A.:** König Ernst August von Hannover. Erinnerungen an seinen Hof und seine Zeit. Braunschweig und Leipzig 1902.

## Einleitung.

Der Deutsche Bund hatte für die deutschen Mittelstaaten und ihre politischen Bestrebungen eine denkbar günstige Grundlage gebildet. Durch die Bundesakte war noch einmal unter dem wesentlichen Einfluß dieser Mittelstaaten ihre seit Jahrhunderten entwickelte europäische Souveränität garantiert worden. Staatlicher Selbsterhaltungstrieb und partikularer Egoismus blieben damit die ausschlaggebenden politischen Gesichtspunkte für die mittelstaatlichen Regierungen und bildeten auch in den Jahrzehnten nach dem Wiener Kongreß die kennzeichnenden Merkmale ihrer Haltung. Immer, wenn ihre Souveränität bedroht war, wenn die europäische Rechtsordnung von 1815 ernstlich gefährdet schien, kamen die Mittelstaaten mit nur umso größerer Eindringlichkeit darauf zurück. Sie konnten sich dann gar nicht genug tun in der Betonung der Bundesidee. Gegenüber allen Ereignissen, die entschieden in ihre mittelstaatlichen Interessen eingriffen, zogen sie sich immer wieder auf den Deutschen Bund, die Bundesakte und die durch sie gebotenen Zustände zurück. Ja, nur in der Bundesakte sahen sie den einzigen recht- und verfassungsmäßigen Anknüpfungspunkt für eine Weiterentwicklung in der deutschen Sache.

Daraus erklärt sich die Haltung, die die Mittelstaaten gegenüber der bürgerlich-liberalen Einheitsbewegung und der von ihr getragenen Revolution von 1848/49 einnahmen. Ihr Ziel, aus dem nur völkerrechtlichen Verband des Deutschen Bundes einen starken und einheitlichen deutschen Staat zu machen, bedeutete für die Mittelstaaten einen Angriff auf die wesentlichsten Grundlagen ihrer bisherigen Machtstellung und wurde deshalb von ihnen heftig bekämpft. Es ging für sie um Sein oder Nichtsein. Ihre territoriale Selbständigkeit stand auf dem Spiel, und damit alles das, was ihrer Meinung nach zum besten des Volksganzen unbedingt erhalten bleiben mußte. Deshalb lehnten sie auch die Frankfurter Verfassung mit ihren unitarischen Zügen ab, wie überhaupt jeden

Schritt, der sich von der Grundlage des Deutschen Bundes zu weit entfernte. Die Mittelstaaten sahen in der Paulskirche den Ausdruck der Revolution und den Weg zur Republik, und beides verwarfen sie. Ihnen war es darum zu tun, die Bedeutung der deutschen Einzelstaaten zu bewahren und damit, wie sie meinten, eine gesunde Entwicklung des deutschen Lebens zu verbürgen. Dabei fühlten sich ihre Regierungen als Stützen des Monarchismus, sie glaubten, daß es in ihrem Kampf gegen die „revolutionäre“ Paulskirche darauf ankäme, das monarchische Prinzip vor einem ungerechtfertigten Angriff zu schützen und in der hergebrachten Geltung zu erhalten. Sie verwiesen deshalb auf die europäische und außenpolitische Seite der deutschen Frage, um im eigenen Staat unbehelligt zu bleiben. Sie machten auf die großen Gefahren aufmerksam, die einer Zentralisation in Deutschland entgegenstanden, betonten die Übelstände, die aus einer Spaltung des Bundes erwachsen mußten, und beriefen sich immer wieder auf das historisch begründete Eigenrecht der deutschen Regierungen. Bei alledem stützten sich die Mittelstaaten dann vielfach auf großdeutsche Argumente, sie suchten ihre positive Einstellung in der deutschen Frage zu beweisen, indem sie großdeutsche Gedanken verfochten, hatten dabei in Wahrheit doch nur immer sich selbst und ihre eigenen Ziele im Auge. Sie bedienten sich des großdeutschen Vokabulars, um ihren Partikularismus dahinter zu verdecken.

Bei dieser Politik war mit dem einzelstaatlichen Sondergeist das dynastische Interesse gepaart. Beide wirkten in derselben Richtung und bestimmten die Stellung der Mittelstaaten gegenüber den Frankfurter Gewalten. Es handelte sich hier um einen Abwehrversuch gegen die Reichsgründungspläne, um einen Widerstand, der seine Ausrichtung allein an partikular-dynastischen Gegebenheiten erfahren hatte.

Für diese Zustände war das Verhalten Hannovers durchaus typisch. Am meisten Unterstützung fand es bei Bayern und Sachsen. Einig waren die drei Staaten allerdings nur in der Ablehnung des Frankfurter Werkes und in der Opposition gegen preußische Hegemoniebestrebungen. Ein klares Gegenprogramm stellten sie nicht auf. Da sie doch mehr oder weniger immer wieder verwandten Gesetzen unterlagen, kamen sie in entscheidenden Fragen auch zu verwandten Beschlüssen. Das beginnt schon bei



den Reformplänen des Bundes im März 1848, wird augenscheinlicher beim Vorparlament und Fünfzigerausschuß und läßt sich von da an ohne Schwierigkeit bis zum Stuttgarter Rumpfparlament und darüber hinaus verfolgen.

Für Hannover ist dabei der hier behandelte Zeitraum fast nicht zu trennen von dem vorhergegangenen Abschnitt seiner Geschichte, der im wesentlichen gekennzeichnet ist durch den Kampf um das Staatsgrundgesetz von 1833. So wird es denn nötig sein, bevor Hannovers Haltung in der deutschen Frage im einzelnen behandelt wird, einen Blick zu werfen auf die allgemeine Lage, die 1848 in Hannover bestand, um die vorherrschenden Kräfte der hannoverschen Politik zu erkennen.

Im weiteren wird dann der Versuch gemacht, die Stellungnahme Hannovers zu den Frankfurter Reichsgründungsplänen vom März 1848 bis zum Juni 1849 in den Einzelheiten darzulegen. Dabei ist ganz bewußt die Haltung der hannoverschen Regierung in den Vordergrund gestellt, um somit zur Erkenntnis der mittelstaatlichen Politik gegenüber der deutschen Einheitsbewegung beizutragen. Es soll die bisherige Betrachtungsweise, die in der Regel von der Haltung Österreichs und Preußens ausgeht, nach dieser Seite hin ergänzt werden. Bei einer solchen Fragestellung ist allerdings darauf verzichtet, die Haltung der hannoverschen Bevölkerung eingehend mitzubehandeln. Das hätte den Rahmen dieser Untersuchung gesprengt, weil eine solche Betrachtung von ganz anderen Voraussetzungen auszugehen hat, als das hier getan ist. Wenn sich diese Arbeit in erster Linie auf die Politik des hannoverschen Ministeriums beschränkt, so deshalb, weil dadurch nur umso deutlicher die Züge hervortreten, die man als charakteristisch für die mittelstaatliche Politik überhaupt ansehen kann.

## I. Die Lage in Hannover bei Ausbruch der Märzrevolution.

Als im Jahre 1837 nach 123jährigem Bestand die Personalunion Hannovers mit England beendet war, da wurde das in Hannover überwiegend als ein Glück für das Land empfunden. Die Welfen waren während ihrer englischen Regentschaft ihrem deutschen Stammlande ziemlich schnell entfremdet. Jahrzehntelang hatte Hannover seine Herrscher nicht mehr gesehen, sie waren ganz zu Engländern geworden. So erwartete denn die Bevölkerung nur Gutes für das Land von der Tatsache, jetzt wieder einen eigenen Herrn im eigenen Lande zu haben, und mit Jubel grüßten die Hannoveraner ihren neuen König Ernst August, der im Alter von 66 Jahren den Thron seiner Väter bestieg.

Im Grunde war auch er ein Engländer und fühlte sich als solcher. Während seines Studiums in Göttingen hatte er nicht einmal richtig deutsch sprechen gelernt. Ebensowenig war ihm damals der Staat, dessen Herrscher er jetzt wurde, so bekannt geworden, wie es für einen künftigen König zu wünschen gewesen wäre.

Ernst August ist eine Persönlichkeit, auf die sich Licht und Schatten etwa gleichmäßig verteilen. Man darf sich in dem Urteil über ihn nicht durch die Idealisierung beeinflussen lassen, die gerade seine Person nach 1866 erfahren hat. Dahinter verbirgt sich nämlich doch zum großen Teil welfischer Parteieifer. Es fehlte ihm gewiß an überragenden staatsmännischen Fähigkeiten, und menschlich war er in vieler Beziehung alles andere als eine erfreuliche Erscheinung. Praktisch führte er sein Land auf den Standpunkt des aufgeklärten Absolutismus zurück.<sup>1</sup> Mit brutaler Gewalt wandte er

---

1. Die Ansicht von Weber-Krohse (Sieben Preußen als Bahnbrecher des deutschen Gedankens. V. Ernst August von Hannover. König und Sozialist, Aristokrat und Rebell.) ist abzulehnen. Ernst August war weder „Sozialist“ noch „Rebell“, geschweige denn ein „Bahnbrecher des deutschen Gedankens“. Seine Politik war ausschließlich partikular-dynastisch bedingt.

sich gegen alles, was ihm unbequem war und bestimmte willkürlich so, wie es seinen eigenen Interessen am meisten entsprach. In dieser Hinsicht war er, wie Treitschke von ihm sagt, ein „geborener Tyrann“.<sup>2</sup> Trotzdem haben seine kräftige Soldatennatur und sein religiöser Sinn ihm immer wieder Sympathien und Verehrung bei seinem Volke erworben. Ja, er hat trotz aller Mängel für sein Land viel bedeutet. Er besaß eine Eigenschaft, die dann gerade in der politisch bewegten Zeit der Jahre 1848/49 sich bewähren sollte: er wußte was er wollte. Wenn es darauf ankam, widmete er sich mit eisernem Fleiß und größter Sorgsamkeit seinen Regierungsgeschäften und ersetzte dabei durch seinen Mut und gesunden Verstand, was ihm an Weite der Bildung mangelte. Die Schärfe des politischen Blickes, die Kunst, Menschen zu erkennen, sowie das feste Zugreifen im rechten Augenblick, das waren Fähigkeiten, die ihn von vielen Fürsten auf deutschen Thronen in der damaligen Zeit vorteilhaft unterschieden. *Suscipere et finire* war sein Wahlspruch.

In England war Ernst August verhaßt gewesen, und bald nach Antritt seiner Regierung wurde er es auch in Deutschland. Es hing das zusammen mit dem hannoverschen Verfassungskampf, der von 1837 an die deutsche Öffentlichkeit mehrere Jahre hindurch mit diesem welfischen Staatsstreich beschäftigte. Die Art, wie sich der König hier über die bestehende Verfassung hinwegsetzte und ohne weiteres eine Rechtsordnung beseitigte, die seinen eigenen Anschauungen widersprach, machte ihn zum Feinde der Liberalen ganz Deutschlands. In Hannover selbst vergaß man Ernst August diesen Schritt allerdings bald. Die besonnene, überwiegend bäuerliche niedersächsische Bevölkerung fand sich schließlich mit dieser Regelung der Dinge ab, Gewalttaten lagen ihr fern. Außer Stüve und Detmold und ihrem Kreis in der zweiten Kammer stand das Volk nicht mehr ernstlich in Opposition.

Die innerpolitischen Grundanschauungen des Königs und seiner Regierung waren durch den Verfassungskampf deutlich zu Tage getreten. Für seine Ansicht über den bürgerlichen Liberalismus — und damit die tragenden Schichten der revolutionären Bewegung von 1848 — war das sehr bezeichnend. Dasselbe gilt für sein

---

2. Treitschke: Deutsche Geschichte, Bd. 4, S. 648.

außenpolitisches System, wie es der König in diesen Jahren besonders in seiner Haltung gegenüber dem preußischen Zollverein zeigte. Auch hierin sind gewisse Grundmotive enthalten, die später seine Beurteilung der deutschen Frage, soweit sie sich auf eine Vormachtstellung Preußens bezog, bestimmten. Es zeigt sich im Grunde schon hier jene partikular-dynastische Tendenz, die wir als das Kennzeichen hannoverscher Politik während der Jahre 1848/49 anzusehen haben.

In Hannover bestand aus begreiflichen Gründen gegen Preußen ein gewisses latentes Mißbehagen. Das war schon durch die denkbar ungünstige geopolitische Lage Hannovers geboten. Ernst August konnte sich des Gedankens nicht erwehren, daß eines Tages der Zeitpunkt kommen müsse, an dem Hannover von Preußen mediatisiert werde. Um dem entgegen zu wirken, suchte er jeden größeren Einfluß, den Preußen in Hannover hätte erlangen können, zu unterbinden. Er hielt daher nach wie vor das Bestehen des hannoverschen Steuervereins neben dem preußischen Zollverein für unbedingt notwendig, ja, er betonte mit größtem Nachdruck immer wieder seine speziell hannoverschen Interessen und setzte sie schließlich durch. Unterstützt wurde der König darin bis zu einem gewissen Grade von England, dem der Steuerverein bessere Absatzbedingungen bot als der Zollverein, wie denn überhaupt die Beziehungen Hannovers zu England, auch nach der Lösung der Personalunion, recht lebhaft blieben. —

Es ist selbstverständlich, daß auch Hannover im März 1848 im Zeichen der revolutionären Bewegung stand. Nur nahm hier die Revolution einen wesentlich ruhigeren Verlauf als anderswo in Deutschland. Zwar kam es auch zu Massendemonstrationen der Bevölkerung; wirklich ernstliche Unruhen, Barrikadenkämpfe und dergleichen unterblieben aber. Die Februarrevolution und die süddeutschen Ereignisse fanden in Hannover ihren Widerhall in vielen Volksversammlungen, an den König gerichteten Bittschriften, in denen die bekannten Forderungen nach Pressefreiheit, Versammlungsrecht, Volksvertretung am Bunde usw. immer wiederkehrten. Der König und die Regierung waren diesen Wünschen zunächst ausgewichen und hatten keine ausdrückliche und vorbehaltlose Zustimmung gegeben. Unter dem Eindruck der Ereignisse in Wien und Berlin konnten sie dann doch nicht länger zögern und waren



zum Nachgeben gezwungen. Zu größeren Unruhen war es während des März nur in Göttingen gekommen, doch war auch hier die Ordnung durch die entgegenkommende Haltung der Regierung schnell wieder hergestellt. Am größten war die politische Erregung in Hildesheim. Hier stand der Advokat Weinhausen an der Spitze der Bewegung und brachte die Bevölkerung zu ernstlichen Ausschreitungen, die jedoch von der inzwischen gebildeten Regierung Bennigsen-Stüve mit Gewalt unterdrückt wurden. Die Ruhe und Ordnung blieb von nun an in Hannover gewahrt.

Unter dem Eindruck der Berliner Revolution hatte die Regierung Falcke in Hannover um ihren Abschied gebeten und ihn erhalten. Falckes Nachfolger wurde der Graf Bennigsen als Vorstand des hannoverschen Gesamtministeriums und Außenminister. Ihre Hauptantriebskraft erhielt die Politik Hannovers in diesen Tagen aber nicht durch ihn, sondern durch die Persönlichkeit des Innenministers Stüve, der im Kampf um das Staatsgrundgesetz populär geworden war. Die Beschlüsse des Ministeriums wurden gemeinsam gefaßt. Da Stüve darin bei weitem über den größten Einfluß verfügte, ist es erforderlich, sich über seine Persönlichkeit klar zu werden, obwohl er als Innenminister mit der Außenpolitik an sich nicht unmittelbar zu tun hatte. Seine Bedeutung hat man vielleicht manchmal etwas überschätzt. Er war gewiß einer der fähigsten Köpfe in dieser Zeit. Tiefe und reiche Bildung verband er mit staatsmännischer Begabung. Er war ein vorzüglicher Verwaltungsbeamter und menschlich außerordentlich sympathisch. Stüve war ein durchaus konservativer Reformier und hat in innenpolitischer Hinsicht für die hannoverschen Lande sehr viel und ohne Zweifel sehr viel Gutes bedeutet. Bei seinen außenpolitischen Anschauungen wird man doch den Eindruck einer gewissen kleinstaatlichen Beengtheit nicht los. Es hat selten „ein Staatsmann so fest gehaftet an der väterlichen Scholle“.<sup>3</sup> Stüve widersetzte sich hier einer Sache, der nun einmal die Zukunft gehören mußte. Die deutsche Einheit war ihm „ein herrlicher, aber unmöglicher Traum“.<sup>4</sup> Ihm war es schon schwer geworden, aus einem Osnabrücker ein Hannoveraner zu werden. Wieviel schwerer mußte ihm

---

3. Treitschke: Deutsche Geschichte, Bd. 3, S. 555.

4. Treitschke: a. a. O. Bd. 3, S. 556.



nun fallen, statt als Hannoveraner sich nur noch als Deutscher zu fühlen!

Viele kannten Stüve nur aus dem Kampf um das Staatsgrundgesetz von 1833 und hätten ihn, als sie seine Haltung in der Regierung sahen, jetzt gern anders gehabt. Die Tagesforderungen nach einer Konstituante, nach dem Einkammersystem, der Volkssouveränität und dergleichen erfüllte er nicht, ja, er trat ihnen rücksichtslos entgegen und betonte seinerseits alle diesen Schlagworten gegenüber immer wieder die Innehaltung des verfassungsmäßigen Weges. Dabei wurde er durch seine eingehende Sachkenntnis, die Tiefe und den Ernst seiner Gedanken und durch seine unermüdliche Arbeitskraft ohne Zweifel zum hervorragendsten Politiker Hannovers in diesen Tagen, wenn nicht gar der deutschen Mittelstaaten überhaupt. Das Vertrauen seines Königs erwarb sich Stüve sehr schnell und wußte es sich zu erhalten. Das ist wohl bis zu einem gewissen Grade dadurch begründet, daß der König und sein Minister in ihrer Stellung zu Frankfurt in wesentlichen Punkten grundsätzlich übereinstimmten.

Als hannoverscher Minister hat Stüve seine Aufgabe glänzend gelöst. Er hat Ruhe und Ordnung durch sein Vertrauen beim Volke schnell wieder hergestellt und maßvolle Reformen auf verfassungsmäßigem Wege durchgesetzt. Seine organisatorische Kraft hat viel Segensreiches für den Einzelstaat geschaffen; für die Gestaltung der deutschen Gesamtverhältnisse fehlte ihm aber die Weite des Blickes. Er blieb ganz auf den engeren Gesichtskreis seiner Heimat eingestellt, blieb seiner ganzen inneren Anlage entsprechend im einzelstaatlichen Denken befangen und wurde somit notwendig Partikularist.

Diese grundsätzliche Haltung teilten mit ihm seine Ministerkollegen. Das kam schon zum Ausdruck in dem Programm, das sie als Richtschnur für ihre Tätigkeit gleich bei Übernahme der Regierungsgeschäfte veröffentlicht hatten. Der erste Punkt dieses Programms, der für die Haltung Hannovers in der deutschen Frage während der Amtszeit des Ministeriums Bennigsen-Stüve kennzeichnend ist, lautete: „Maßregeln zur Einigung Deutschlands und zur Erreichung einer Vertretung des Volks beim Bunde, im verfassungsmäßigen Wege.“<sup>5</sup> Mit dem Begriff „verfassungsmäßiger

---

5. Extrablatt zu Nr. 73 der Hannoverschen Zeitung vom 22. 3. 1848.

Weg“ und der Anschauung, die die hannoversche Regierung damit verband, kam bereits zum Ausdruck, daß sie über den Deutschen Bund nicht hinaus wollte, sondern nur auf der Grundlage des Bundes zu einer gewissen Weiterentwicklung geneigt war. Das hat sich im Laufe der Jahre 1848/49 zur Genüge bestätigt. In allen Fällen, in denen die Souveränität des hannoverschen Staates ernstlich bedroht war, zog sich die Regierung auf diesen Programmpunkt 1 zurück und besonders auf dessen Klausel „im verfassungsmäßigen Wege“ und wies nach, daß es nicht „verfassungsmäßig“ sei, das Recht der Einzelstaaten entscheidend zu beschränken.

## II. Hannover und die deutsche Verfassungsfrage im Frühjahr 1848.

Als im Frühjahr 1848 die Rufe nach einer Reform des Deutschen Bundes immer lauter und eindringlicher wurden, sah sich die Bundesversammlung veranlaßt, auf diesen Gedanken einzugehen, um ein weiteres Anwachsen der revolutionären Bewegung zu verhindern. Zu diesem Zwecke hatte sie bereits am 8. März einen Ausschuß eingesetzt, der sich darüber äußern sollte, wie die als unumgänglich notwendig erkannte Revision der Bundesverfassung vor sich gehen sollte. Das führte zu dem Bundesbeschluß vom 10. März, der die Heranziehung von 17 Beiräten zur Beratung der Verfassungsfrage verfügte. Dem Entschluß hatte auch der hannoversche Gesandte zugestimmt, obgleich er sich über den Erfolg einer solchen Maßregel keinen großen Hoffnungen hingab.<sup>1</sup> Diese Maßnahme trat dann doch zunächst noch einige Zeit zurück hinter dem Plan eines von Österreich und Preußen befürworteten Ministerkongresses, der anfänglich in Dresden, später in Berlin stattfinden sollte. Auch diesem Plan hatte die hannoversche Regierung zugestimmt und bereits ihren Bundestagsgesandten von Lenthe beauftragt, auf diesem Kongreß Hannover zu vertreten.<sup>2</sup> In einer entsprechenden Instruktion für Lenthe wurde ihm als Aufgabe des Kongresses bezeichnet: „1. Die, behuf Abwehr der äußeren und inneren Gefahren, von welchen das deutsche Vaterland unter den gegenwärtigen Zeitereignissen bedroht ist, in den Bundesstaaten erforderlichen Maßregeln; 2. die, auf die damalige auswärtige Lage des Bundes bezüglichen Fragen; 3. die auf Entwicklung der Bundes-Institutionen, die Wünsche der einzelnen Staaten und die nationalen Bedürfnisse bezüglichen Vereinbarungen.“ „Was insbesondere die sub Nr. 3 bezeichneten umfassenden Gegenstände der

---

1. Bericht Lenthes vom 11. 3. 48, Hann.Des. 17 I Nr. 1 a.

2. Schreiben des Ministeriums der ausw. Ang. an die österr. Gesandtschaft in Hannover v. 19. 3. 48, Hann.Des. 17 I Nr. 1 a.

Congreß-Verhandlungen anbelangt; so liegt es in der Natur der Sache, daß, hinsichtlich derselben die, auf europäischen Verträgen beruhenden Grundprincipe der deutschen Bundes-Verfassung von dem Herrn Gesandten nicht außer Acht gelassen werden können.“<sup>3</sup> Dieser letzte Hinweis auf die europäisch garantierten deutschen Bundesverhältnisse ist an sich durchaus gerechtfertigt dadurch, daß die Bundesakte ja ein Teil der Wiener Kongreßakte war. Für die Haltung Hannovers in der deutschen Frage ist eine solche Bemerkung doch überaus typisch und wird sich auch in der folgenden Zeit unter dem Ministerium Bennigsen-Stüve gelegentlich wiedererkennen lassen. Es war damit deutlich genug hingewiesen auf die Schwierigkeiten, die einer umfänglichen Änderung der Bundesverfassung entgegenstanden. Die Regierung beabsichtigte damit, alle für Hannover irgendwie zu weit gehenden Beschlüsse von vornherein auszuschalten und nach Möglichkeit den Fall zu vermeiden, durch größere Kompetenzen der Bundesgewalt die machtpolitische Bedeutung der Einzelstaaten erheblich zu vermindern. Dabei schreckte sie also nicht zurück vor der Tatsache, sich in einer innerdeutschen Angelegenheit auf die Garantie des Auslandes zu berufen.

Der Gedanke eines Diplomatenkongresses wurde jedoch von einer Reihe deutscher Regierungen — so vor allem Bayern — sofort abgelehnt. Seine Verwirklichung mußte schon deshalb als fraglich erscheinen. Vollends konnte man sich einen Erfolg davon nicht mehr versprechen, als die Revolution in Wien und Berlin gesiegt hatte. So glaubte auch das neue hannoversche Ministerium jetzt diesem Plan nicht mehr zustimmen zu dürfen.<sup>4</sup> Es war der Ansicht, daß damit die Innehaltung des verfassungsmäßigen Weges nicht gewährleistet sei und war sich außerdem nach Ausbruch der Revolution in Berlin darüber klar geworden, daß Preußen und Hannover nicht, wie man sich das anfangs in Hannover vorgestellt hatte, einen festen antirevolutionären Kern in Norddeutschland bilden konnten. Zudem wollte die Regierung nach dem Manifest Friedrich Wilhelm IV. vom 21. März auch den entferntesten Schein meiden,

---

3. Instruktion für Lenthe vom 20. 3. 48, Hann.Des. 17 I Nr. 1 a.

4. Schreiben vom 23. 3. 48 an die Schaumburg-Lippische Regierung, Hann.Des. 17 I Nr. 1 a.

als könne von einer Unterordnung Hannovers unter Preußen die Rede sein.<sup>5</sup>

Der Bundestag war inzwischen auf den Bundesbeschluß vom 10. März zurückgekommen, der die Berufung von 17 Männern des allgemeinen Vertrauens für die Stimmen des engeren Rates in Aussicht nahm. Auch die hannoversche Regierung war davon überzeugt, daß auf diese Weise Maßregeln erzielt werden könnten, die geeignet seien, die notwendige Einigung Deutschlands und eine Vertretung des Volkes beim Bunde sicherzustellen. Zum Vertreter Hannovers im Rat der 17 Vertrauensmänner wurde am 24. März der Klosterrat von Wangenheim ernannt. Als seine Aufgabe wurde ihm bezeichnet, „den Fortgang des Revisionsverfahrens auf lediglich verfassungsmäßigem Wege zu erhalten“.<sup>6</sup> Dabei wünschte die hannoversche Regierung hauptsächlich, daß die neue Verfassung das monarchische Element kräftigte und ein tüchtiges Verteidigungssystem schuf. Bestimmt lehnte sie die Reorganisation der Bundesverfassung unter der einheitlichen Leitung Preußens ab. Ebenso hielt sie es für abwegig, daß Wahlen zu einer deutschen Nationalversammlung angeordnet würden, weil einem solchen Vorgehen ihrer Ansicht nach jede gesetzliche Begründung fehlte.<sup>7</sup> Diese Überzeugung wurde in Hannover auch in der Folgezeit gewahrt. Allerdings mußte sich die Regierung zu gewissen Zugeständnissen verstehen. Das zeigt deutlich ein Vergleich der Instruktion Zachariäs, der nach Wangenheims Ernennung zum Bundestagsgesandten hannoverscher Vertreter beim Siebzehnerausschuß wurde, mit der entsprechenden Weisung, die Wangenheim erhalten hatte. Von „lediglich verfassungsmäßigen“ Beschlüssen konnte nach den Tagungen des Vorparlamentes und des Fünfzigerausschusses nicht mehr die Rede sein. Hannover war es jetzt darum zu tun, „den Fortgang des Revisionsverfahrens auf bundesbeschlußmäßigem Wege thunlichst aufrecht zu erhalten“.<sup>8</sup> Ja, die Regierung

---

5. Zweiter Bericht der preußischen Gesandtschaft in Hannover vom 23. 3. 48, G.St.A. AA I Ag 13 vol. I.

6. Instruktion für Wangenheim bei Roth und Merck, Quellensammlg. z. dt. öffentl. Recht seit 1848, S. 163.

7. Schreiben an Lenthe und Wangenheim vom 31. 3. 48, Hann.Des. 17 I Nr. 1 a.

8. Instruktion für Zachariä vom 10. 4. 48, Hann. Des. 11, 8 I Nr. 31 a.



erkannte bereits mit Sorge, daß es zu einer Diskussion kommen könnte über Fragen, „welche die Unabhängigkeit des hiesigen Königreichs und die feierlich gewährleisteten Souveränitäts-Rechte Seiner Majestät des Königs berühren“.<sup>9</sup>

Der Siebzehnerausschuß hatte inzwischen seine Verfassungsberatungen begonnen, die zu dem Entwurf des deutschen Reichsgrundgesetzes führten, der der deutschen Bundesversammlung am 26. April vorgelegt wurde. Schon in dem Bericht, den Wangenheim noch am selben Tage darüber an seine Regierung einsandte,<sup>10</sup> hatte er den Eindruck, daß der Entwurf zwar geeignet sei, eine starke Reichsgewalt zu schaffen, daß jedoch die Souveränitätsrechte und -ansprüche der deutschen Fürsten dabei sehr schlecht wegkämen, und er zweifelte deshalb schon, ob diese den Entwurf annehmen würden. In Hannover bestätigte sich das dann auch sogleich. Ernst August war zu solchen Opfern seiner wesentlichsten Rechte, wie sie der Verfassungsentwurf der Siebzehner von den deutschen Fürsten verlangte, nicht im geringsten bereit.<sup>11</sup> Das hätte die partikularen Gewalten in ihrer Bedeutung erheblich herabgemindert, und dem stimmte er nicht zu, weil ihm das eigene Interesse höher stand als eine wirklich zukunftskräftige Gestaltung in der deutschen Frage. Nun wird man hierbei allerdings einwenden können, daß der König bereits 77 Jahre alt war und gewiß schon deshalb weniger zu Neuerungen geneigt war als ein junger Fürst. Doch genau dieselbe Ansicht wie der König verfochten auch seine Minister, auch diese verließen nicht ihren partikular-hannoverschen Standpunkt. Auch sie waren ganz eindeutig der Meinung, daß die Selbständigkeit der einzelnen Staaten von den Siebzehnern nicht genügend berücksichtigt worden war und versäumten daher nicht, sofort ihre ernstlichen Bedenken gegen den Verfassungsentwurf zu äußern. Wichtige Punkte sah die hannoversche Regierung von

---

9. Instruktion für Wangenheim als Bundestagsgesandten vom 10. 4. 48, Hann. Des. 11, 8 I Nr. 32.

10. Bericht Wangenheims vom 26. 4. 48, Hann. Des. 17 I Nr. 1 b.

11. Auf einem dem Bericht Wangenheims beigelegten Zettel hat der Kabinettsrat von Münchhausen die Meinung des Königs verzeichnet: „Der König scheint mir entschlossen, auf die proponierte Aufgabe der wesentlichsten Rechte einer selbständigen Regierung im eigenen Interesse des hannoverschen Landes nicht hineinzugehen.“ Hann. Des. 17 I Nr. 1 b.

ihm zunächst gar nicht berührt, so besonders, was die Bundesversammlung mit dem Entwurf anfangen sollte. Weiterhin vermißte sie eine Definition des Verhältnisses zwischen den Einzelregierungen und der Nationalversammlung, sowie einen Entscheid über die Eröffnung der Volksvertretung.<sup>12</sup> In der Sitzung des Gesamtministeriums vom 3. Mai wurde deshalb der Entwurf einer eingehenden Prüfung unterzogen, um eindeutig festzulegen, wie sich die Regierung demgegenüber zu verhalten hatte. Dabei wurden alle Änderungen besprochen, die vom hannoverschen Standpunkt aus notwendig waren, um das Reichsgrundgesetz der Siebzehner annehmen zu können. Sie sollten dann später auch von der Nationalversammlung beschlossen werden. Vor allem lag dem Ministerium daran, das Recht der deutschen Fürsten und damit der Einzelstaaten auch künftig gesichert zu sehen. Es konnte sich nicht damit abfinden, daß gewisse Staatsangelegenheiten ausschließlich auf das Reich übergehen sollten und hielt in dieser Hinsicht unbedingt entsprechende Änderungen für nötig. So verlangte es, daß den deutschen Regierungen das Recht der Verträge und Gesandtschaften bleiben sollte; der Reichsgewalt aber gestand es lediglich eine Mitteilung über die Verträge zu, damit ihre Vereinbarkeit mit der Reichsverfassung festgestellt würde. Weiterhin sollte die Organisation und der Oberbefehl des Heeres dem Reiche nur dann überlassen werden, wenn von Reichs wegen darüber verfügt wurde. Für den Fall einer Vereinheitlichung des Zollgebietes verlangte Hannover sogar Entschädigung für seine besonderen Rechte.<sup>13</sup>

---

12. Notizen Bennigsens zu einem Bericht Zachariäs, Hann. Des. 17 I Nr. 1 b.

13. Auch als sich der Deutsche Bund später noch mit der Zollfrage befaßte, war Hannover nicht zu bedingungslosem Nachgeben bereit. Die Regierung betonte vielmehr, daß sie nicht gewillt sei, „bei der eingetretenen Umgestaltung des politischen und rechtlichen Zustandes von Deutschland ihre particulären Rechte und Interessen der Gesamtheit gegenüber einseitig und unbedingt festzuhalten“, sie glaubte aber doch auch „voraussetzen zu müssen, daß es bei der bevorstehenden Reorganisation nicht die Aufgabe oder Absicht sein werde, weder solche vorhandenen Rechte und Einrichtungen, die einen wesentlichen Bestandteil des einzelnen Staatsorganismus, seiner Hülfquellen usw. ausmachen, mithin beziehungsweise seine Existenz bedingen, ohne alle vermittelnde Ausgleichung oder Entschädigung zu beseitigen; noch solche Interessen zu beeinträchtigen, deren gemeinsame Verfolgung die durch geographische Lage, Volksgewohnheit und Erwerbsbedürfniss vorgezeichnete,

Seine Regierung forderte darüber hinaus eine genaue Bestimmung der einzelnen Gegenstände der Reichsgesetzgebung und wollte besonders die Bestimmung über Heimatrecht der Reichsgewalt vorenthalten. Ein erbliches Oberhaupt hielt Hannover zur Zeit für unmöglich und wollte bis zu einer endgültigen Einigung darüber eine aus „einer geringern Zahl von Reichsfürsten bestehende außerordentliche Behörde mit Exekutiv-Gewalt“<sup>14</sup> an die Stelle setzen. Die Regierung dachte daran, daß die Würde des Oberhauptes von fünf zu fünf Jahren wechseln sollte zwischen dem Kaiser von Österreich und den deutschen Königen in ihrer bisherigen Rangordnung.<sup>15</sup> Man glaubte nämlich in Hannover, daß der Kaiser, den die Siebzehner wollten, nur zum Deckmantel des Republikanismus werden würde und daß damit der wahre Monarchismus, wie er in den Einzelstaaten wurzelte, sein sicheres Ende erreicht hätte.<sup>16</sup> Hinzu kam noch, daß der König Ernst August sich keineswegs gefallen lassen wollte, „auf das Verhältniss einen blossen Vasallen reducirt zu werden“.<sup>17</sup>

Und so hatte die hannoversche Regierung ungefähr an jedem einzelnen Punkt der Verfassung etwas auszusetzen, hatte ihre besonderen Bedenken und Abänderungsvorschläge zum Teil von grundsätzlicher Bedeutung, so daß vom hannoverschen Standpunkt der Entwurf der Siebzehner als gescheitert angesehen werden muß. Alle Elemente der Verfassung, die sich wesentlich vom Deutschen Bunde entfernten und einen engeren als nur völkerrechtlichen Verband der deutschen Einzelstaaten erzielten, wollte das Ministerium Bennisgen-Stüve fast ausnahmslos beseitigt sehen. Damit rüttelte es aber so sehr an den Grundlagen des Reichsgrundgesetzes, daß diesem alle praktische Bedeutung von hannoverscher Seite ge-

---

ohne Nachteil für das Ganze nicht unerfüllt zu lassende Aufgabe mehrerer benachbarter deutscher Staaten ist.“ Schreiben des Ministeriums d. ausw. Ang. an die nordwestdeutschen Regierungen vom 1. 6. 48, Hann. Des. 16 H Nr. 83 vol. 1.

14. Notatum vom 3. 5. 48, Hann. Des. 17 I Nr. 1 b.

15. Notatum vom 14. 5. 48 Actenstücke z. neuesten Geschichte Deutschlands S. 164. Genau so Sachsen, vgl. K l e m m: Sachsen und das deutsche Problem 1848, S. 89.

16. Brief Stüves an Frommann vom 1. 5. 48 bei G. S t ü v e: Johann Carl Bertram Stüve, Bd. 2, S. 33 f.

17. Bericht der preußischen Gesandtschaft vom 9. 5. 48, G.St.A. AA I Ag 13 vol. I.

nommen wurde. So faßte denn Hannover in der Tat den Entwurf nur als ein Gutachten der sieben Beiräte auf,<sup>18</sup> durch den irgendwelche Bindungen nicht geschaffen waren. Vielmehr sollte erst ein Bundesbeschluß über die Bedeutung des Entwurfs zu bestimmen haben. Hannover behielt sich daher vor, beim Bunde eine Erklärung abzugeben, wie weit es den Vorschlag annehmen könnte und wie weit nicht. Es war ihm dabei darum zu tun, ein möglichst allseitiges Einverständnis der deutschen Regierungen herbeizuführen,<sup>19</sup> um in der Verfassungsfrage zu einer Lösung zu gelangen, die möglichst alle Wünsche und Interessen berücksichtigte. Das Ministerium wandte sich deshalb schon am 6. Mai in einer vertraulichen Note<sup>20</sup> an mehrere deutsche Staaten, um damit den ersten Schritt für ein solches Einverständnis der Regierungen zu tun. Der tiefste Beweggrund zu dieser Initiative war, daß Hannover mit dem Entwurf der Siebzehner unzufrieden war, weil er die Selbständigkeit der deutschen Einzelstaaten nicht genügend beachtete. Die Regierung sah die Partikularinteressen durch die allgemeinen Formulierungen des Reichsgrundgesetzes ernstlich bedroht und fürchtete, daß dadurch nach und nach jede Konkurrenz der einzelstaatlichen Gewalten ausgeschaltet werden würde. Hannover wünschte, daß die künftige Verfassung zwischen den Regierungen und den Volksvertretern vereinbart würde, daß der Vorschlag dazu aber von den Regierungen auszugehen hätte.<sup>21</sup> Der Bundesversammlung traute das Ministerium offenbar die nötige Autorität und durchschlagende Wirkungskraft nicht mehr zu.<sup>22</sup>

18. Schreiben an die Bundestagsgesandtschaft vom 4. 5. 48, Actenstücke S. 157.

19. „Der constituierenden Versammlung gegenüber eine einmüthige Erklärung der verschiedenen Bundesregierungen angebahnt zu sehen die, wenn sie, in gerechter Beachtung dessen was in Deutschland neben den Anforderungen der Gegenwart recht- u. verfassungsmäßig besteht, den Rechten von Deutschlands Fürsten und Völkern mit gleicher Aufrichtigkeit und Unbefangenheit zustrebt, als diejenige Bedingung zu betrachten sein dürfte, ohne deren Erfüllung eine heilbringende Lösung der Verfassungsfrage kaum erwartet werden mag.“ Note an d. kurhess. Minist. d. ausw. Angel. v. 16. 5. 48, Hann. Des. 17 I Nr. 1 c.

20. Hann. Des. 17 Nr. 1' c.

21. Note an d. Herzog v. Sachsen-Meiningen vom 11. 5. 48, Hann. Des. 17 I Nr. 1 c.

22. Note an d. kurhess. Min. d. ausw. Angel. v. 16. 5. 48 a. a. O.



Der Regierungsbeschluß vom 14. Mai hatte — gebilligt vom König — dann noch einmal grundsätzlich festgestellt, worin Hannover vom Verfassungsentwurf der Siebzehner abwich und war darauf fast allen deutschen Höfen überreicht worden. Hier merkt man recht deutlich, daß die Herstellung der deutschen Einheit „im verfassungsmäßigen Wege“ für Hannover darauf hinauslief, den notfalls etwas reorganisierten Bundestag zu erhalten. Das mußte also zwangsläufig mit der Paulskirche und ihren Organen, die einen starken und einheitlichen deutschen Staat wollten, zu Zusammenstößen führen. Das war umso wichtiger, weil in Hannover damit Tendenzen verfolgt wurden, die man mehrfach an deutschen mittelstaatlichen Höfen antreffen konnte. Bayern, Sachsen, Kurhessen, Mecklenburg-Schwerin u. a. hatten eine ähnliche Auffassung in Hannover zu erkennen gegeben,<sup>23</sup> wie sie die hannoversche Regierung selbst mit aller Offenheit und Folgerichtigkeit vertrat.

So hatte Hannover schon hier über die an sich noch unbedenklichen Reformpläne, die vom Deutschen Bunde ausgingen, eine Ansicht geäußert, die ihre Ausrichtung allein an partikular-dynastischen Gesichtspunkten erfahren hatte. Wir können daran bereits ermesen, zu was für Gegensätzen Hannover den späteren Frankfurter Gewalten gegenüber kommen mußte, als diese mit den Eingriffen in die dynastisch-einzelstaatlichen Rechte Ernst machten.

Das zeigte sich zum ersten Mal in der Art, wie sich die hannoversche Regierung dem Vorparlament und dem Fünfzigerausschuß gegenüber verhielt. Schon die Arbeit der siebzehn Vertrauensmänner des Bundes hatte wesentlich unter dem Einfluß dieser revolutionären Institutionen gestanden. Genau so geschah es jetzt immer mehr mit der Bundesversammlung. Das war besonders wichtig, als die Frage zur Debatte stand, wie die Nationalversammlung gewählt werden sollte. Damit war Hannover nämlich zumindest mittelbar zur Auseinandersetzung mit dem Vorparlament und dem Fünfzigerausschuß genötigt. Zunächst hatte es das vermieden, in dem Bestreben, den verfassungsmäßigen Weg nicht zu verlassen; denn das Vorparlament sowohl als auch der Fünfzigerausschuß waren für die hannoversche Regierung widergesetzliche

---

23. Schreiben an den Bundestagsgesandten v. 16. 5. 48, Actenstücke S. 168.



Versammlungen, deren Entschlüsse sie entschieden ablehnte und nicht als bindend betrachten konnte.<sup>24</sup>

Durch einen Bundesbeschluß vom 30. März waren Wahlen zu einer deutschen Nationalversammlung ausgeschrieben und damit für Hannover verpflichtend geworden, mochte man sich auch innerlich noch so sehr dagegen sträuben. Es wurde daher am 7. April in Hannover eine Beratung über diese Frage abgehalten, an der außer sämtlichen Ministern drei Mitglieder der ersten Kammer und fünf Mitglieder der zweiten Kammer beteiligt waren.<sup>25</sup> Dabei sprachen sich die Regierungsmitglieder für Wahl der Nationalvertreter durch die Ständeversammlung aus, um auf diese Weise ein Gegengewicht gegen den in Frankfurt illegal tagenden Fünfzigerausschuß zu schaffen. Eine andere Handhabung der Dinge war ihrer Ansicht nach nicht möglich, weil Eile in dieser Frage sehr notwendig war und jeder Verzug den Einfluß der revolutionären Gewalten nur noch verstärken mußte. Dem wurde jedoch vom Fünfzigerausschuß selbst ein Riegel vorgeschoben. Am 7. April forderte er von Hannover dringend die Wahl der Volksvertreter durch das Volk und setzte fest, daß dabei die Beschlüsse des Vorparlamentes die Grundlage bilden sollten.<sup>26</sup> Die hannoversche Regierung wandte sich deshalb zunächst wieder an ihre Ständeversammlung, ohne allerdings etwas von der Forderung des Fünfzigerausschusses zu erwähnen. Es wurde ihr vielmehr die Wahl der Abgeordneten durch die Ständeversammlung zur Beschlußnahme vorgelegt.<sup>27</sup> Das Ministerium hatte bei diesem Verfahren das Beispiel Preußens vor Augen,<sup>28</sup> nicht nur, weil es erhebliche Bedenken gegen die Wahlen durch das Volk hatte, sondern weil es in dieser wichtigen Frage nach Möglichkeit in Übereinstimmung mit den übrigen Regierungen handeln wollte.<sup>29</sup> Hannover war über-

---

24. Brief Ernst Augusts an Friedrich Wilhelm IV. bei Haenchen: Revolutionsbriefe Nr. 35.

25. vgl. Protokoll der Sitzung, Hann. Des. 17 I Nr. 1 b.

26. Note des Fünfzigerausschusses vom 7. 4. 48, Hann. Des. 17 I Nr. 1 b.

27. Schreiben an die Ständeversammlung vom 10. 4. 48, Hann. Des. 17 I Nr. 1 b.

28. Bennigsen beruft sich in einem Schreiben an die braunschweigische Regierung vom 11. 4. 48 ausdrücklich darauf. Hann. Des. 17 I Nr. 1 b.

29. Schreiben an die braunschweigische Regierung a. a. O.

haupt immer bestrebt, in der Opposition gegen die Frankfurter Beschlüsse nicht allein zu stehen und bemühte sich deshalb um Unterstützung bei anderen Einzelstaaten, vornehmlich bei Preußen. Dieses Mal hatte es jedoch vergeblich auf Preußen gehofft; denn die Berliner Regierung ordnete auf Grund des Bundesbeschlusses vom 7. April schließlich doch noch die Wahlen durch das Volk an. In einer Beratung des hannoverschen Gesamtministeriums, die am 12. April unter dem Vorsitz des Königs stattfand,<sup>30</sup> erklärte Stüve, daß jetzt auch Hannover zu Urwahlen gezwungen sei. Dazu entschloß sich die Regierung dann auch notgedrungen. Sie war sich allerdings klar darüber, daß die Wahlen bis zum 1. Mai nicht durchgeführt werden konnten und wollte sich deshalb vom Bunde den Termin nach Möglichkeit hinausschieben lassen. Auch Wangenheim hielt das für nötig; doch wollte er eine entsprechende Erklärung Hannovers nicht eher abgeben, ehe es nicht andere Staaten getan hätten, um eine unangenehme Erörterung mit dem Fünfzigerausschuß zu vermeiden. Es zeigt das zur Genüge, welche Gefühle man dieser Versammlung gegenüber hegte. Hannover wollte möglichst damit gar nichts zu tun haben. Das zeigte auch die hannoversche Verordnung über die Berufung der deutschen Nationalversammlung.<sup>31</sup> Darin wurde nur auf den Bundesbeschluß vom 7. April Bezug genommen; unerwähnt blieben die Beschlüsse des Vorparlamentes und des Fünfzigerausschusses. Die hannoversche Regierung billigte das Vorgehen dieser revolutionären Versammlungen nicht, einmal, weil sie auch hierin einen entschiedenen Angriff auf ihre Partikularinteressen sah, und dann, weil sie meinte, die ruhige Überlegung habe hier unter dem Lärm der Tribüne gelitten. Der Fünfzigerausschuß ging nach der Meinung Stüves sogar noch über das Vorparlament hinaus,<sup>32</sup> indem er für die Nationalversammlung das Recht in Anspruch nahm, allein und ohne alle Vereinbarung mit den Regierungen über die Verfassung zu beschließen. Stüve sah darin einen Schritt zur Revolution, und die lehnte er mit seinen Kollegen ab.

---

30. Protokoll der Ministersitzung, Hann. Des. 17 I Nr. 1 b.

31. vom 14. 4. 48. Gesetz-Sammlung f. d. Königreich Hannover, I. Abtheilung, Nr. 26, Jg. 1848.

32. Stüves Schreiben an seine Wähler in Osnabrück, S. 16.

So sehr das Ministerium nun bedauerte, daß der Einfluß des Bundestages gegenüber den freiwillig und ohne alle Legitimation zusammengetretenen Versammlungen gesunken war, so war es doch zu einer so umfangreichen Stärkung des Bundes durch außerordentliche Maßnahmen, wie sie die großherzoglich sächsische Regierung vorschlug, nicht bereit, da so der verfassungsmäßige Weg verlassen werden mußte, und dazu konnte sich Hannover nicht entschließen. Die Innehaltung des verfassungsmäßigen Weges war der oberste Grundsatz für das Verhalten dieses Staates in der deutschen Frage, und er blieb es. Immer wieder muß man sich diesen Punkt vergegenwärtigen, um auch Hannovers Stellung zur Paulskirche ganz verstehen zu können. Dabei konnte als „verfassungsmäßig“ nur das angesehen werden, was von den deutschen Staaten ausging oder mindestens von ihnen gebilligt war. Das Eigenrecht der Regierungen stand Hannover am höchsten und wurde deshalb von ihm als unbedingtes Kriterium betrachtet für eine gesunde Lösung der Verfassungsfrage. Deshalb hatte die hannoversche Regierung schon bei der Wahl zur Nationalversammlung durch die Wahlart den Einfluß der Regierungen zu sichern versucht und hatte den Volksvertretern, die im Fünfzigerausschuß saßen, unter keinen Umständen das alleinige Bestimmungsrecht in der deutschen Frage einräumen wollen. Sie hatte ferner auch schon bei dieser Gelegenheit gezeigt, für wie notwendig sie Eingriffen in die einzelstaatlichen Rechte gegenüber eine gemeinsame Front der deutschen Regierungen hielt, um allen diesen Eingriffen, wie überhaupt den Beschlüssen der Volksvertreter, die für unumgänglich gehaltenen Beschränkungen aufzuerlegen. So können wir denn im ganzen die Reformbestrebungen des Frühjahrs 1848, wie sie vom Deutschen Bunde und dem Fünfzigerausschuß in die Wege geleitet wurden, als ein Vorspiel betrachten, das in den Ansätzen fast schon die ganze grundsätzliche Haltung der hannoverschen Regierung in der Verfassungsfrage vor Augen führt. Es ergeben sich damit in diesem frühen Stadium der Entwicklung bereits wichtige Merkmale für die allgemeine Beurteilung der hannoverschen Politik in der deutschen Frage, wie wir sie während der ganzen Auseinandersetzungen der Jahre 1848/49 beobachten können.

### III. Die Haltung Hannovers vom Zusammentritt der deutschen Nationalversammlung bis zum Übergang der Bundesgewalt an die Frankfurter Reichsregierung.

Daß das Verhältnis Hannovers zur Nationalversammlung kein günstiges werden konnte, erscheint uns selbstverständlich bei der grundsätzlichen Abneigung, die seine Regierung den Frankfurter Gewalten gegenüber bisher zur Schau getragen hatte. Ihr erschien es als ein Schritt zur Revolution, wenn in Frankfurt der maßgebende Einfluß der Einzelstaaten nicht erhalten blieb. Von dem scharfen Urteil, das der König über dies „Professorenparlament“ hatte, ganz zu schweigen, war es doch auch für das Ministerium gänzlich unverständlich, wie die Volksvertretung ohne alle Verhandlungen mit den deutschen Staaten zu den wichtigsten Verfassungsbeschlüssen schreiten konnte. Wie die Paulskirche, so meinte auch die hannoversche Regierung mit Recht, daß das deutsche Verfassungswerk in gemeinsamer Arbeit von Regierungen und Volk zustande kommen sollte; es sollte ins Leben treten auf Grund einer vertragsmäßigen Vereinbarung dieser beiden Teile. Dabei kann man sich allerdings des Eindrucks nicht erwehren, daß der entscheidende Einfluß den Regierungen vorbehalten blieb und die Stellung der Volksvertreter am liebsten als eine nur beratende angesehen wurde. Nur so glaubten die hannoverschen Minister, Deutschland vor Revolution und Republik retten zu können.

Die hannoversche Regierung verstand es deshalb auch nicht, wie Gagern in seiner Rede vom 19. Mai die Vollmacht der Paulskirche auf das revolutionäre Vorparlament, das ohne jede legale Berechtigung in Frankfurt getagt hatte, stützen konnte. Stüve sah darin den ungeheuren Fehler, ja, „das Verbrechen, die Ordnung durch die Unordnung retten zu wollen“.<sup>1</sup> So kann es denn auch

---

1. Briefwechsel Stüve-Detmold. Quellen u. Darstellungen zur Geschichte Niedersachsens, Bd. 13, S. 55.



nicht verwundern, daß Hannover zur Nationalversammlung immer in Opposition gestanden hat, von ihren ersten Tagen an bis zu dem wenig ruhmvollen Ende in Stuttgart.

Bereits ehe die Nationalversammlung zusammengetreten war, hatten Stüve und Bennigsen vor der Ständeversammlung nachdrücklich darauf hingewiesen, daß sie die Übergriffe des Frankfurter Parlamentes gegen die Unabhängigkeit und Selbständigkeit der Einzelstaaten keinesfalls gutheißen könnten.<sup>2</sup> Hier standen sich also zwei grundsätzlich verschiedene Auffassungen gegenüber, und keine von beiden war geneigt, der anderen auch nur einen Schritt entgegen zu kommen, geschweige denn ihrer entschiedenen Überzeugung untreu zu werden, um die andere bei der Erreichung ihres Zieles zu fördern.

Wie sich das auswirkte, zeigte sich schon gleich in den ersten Tagen nach Zusammentritt der Frankfurter Versammlung. Als in der Paulskirche der Plan erörtert wurde, neben der Nationalversammlung ein Oberhaus der deutschen Staaten zu begründen, wurde von Hannover sogleich darauf hingewiesen, daß das der Bundesverfassung und den Bundestagsbeschlüssen vom 30. März und 7. April widerspräche. Der Bundestagsgesandte wurde daher auch sogleich beauftragt, in der Bundesversammlung geeignete Schritte gegen dieses einseitige Vorgehen der Nationalvertreter zu unternehmen,<sup>3</sup> obgleich an sich gerade die Organisierung eines Staatenhauses in Hannover für nötig gehalten wurde. Es hätte jedoch den Grundsätzen der hannoverschen Regierung widersprochen, wenn sie der Frankfurter Versammlung das Recht zugestanden hätte, in dieser Art über die deutschen Staaten zu verfügen.<sup>4</sup> Hannover glaubte, dem am wirksamsten entgegenarbeiten zu können, wenn die deutschen Einzelstaaten im Rahmen der Bundesversammlung zu einem möglichsten Einverständnis gelangten. Es wurde in dieser Absicht namentlich von Bayern und Sachsen unterstützt, wie denn überhaupt die Beziehungen der drei

---

2. Bericht der preußischen Gesandtschaft vom 18. 5. 48, G.St.A. AA I Ag 13 vol. 1.

3. Weisung an die Bundestagsgesandtschaft vom 23. 5. 48, Hann. Des. 17 I Nr. 1 c.

4. So auch Bayern. Schreiben vom 29. 5. 48 an den bayrischen Geschäftsträger in Hannover, Hann. Des. 17 I Nr. 1 c.



größten Mittelstaaten in dieser Zeit, wo durch die Paulskirche einzelstaatliche Rechte zum ersten Male ernstlich bedroht erschienen, besonders rege wurden. Nicht nur Hannover, sondern auch Bayern und Sachsen bemühten sich in gleicher Weise um eine solche Solidarität der mittelstaatlichen Politik.<sup>5</sup> Weniger lebhaft waren in dieser Hinsicht die Beziehungen Hannovers zu Württemberg, es schien — wie übrigens auch Bayern — von den württembergischen Plänen nicht sonderlich erbaut zu sein.

Hannover war es bei diesem Verhalten hauptsächlich darum zu tun, den Einfluß der Regierungen gegenüber der Nationalversammlung zu wahren. Es wünschte, bevor die Paulskirche zu den Verfassungsberatungen schritt, eine Reichsverfassung oder doch wenigstens die Grundlagen dazu geschaffen zu sehen. Der Zweck ist deutlich. Der Bund sollte die Führung in der deutschen Sache behalten und damit eine entschiedene Wendung zu Ungunsten der Mittelstaaten vermieden werden. Deshalb lag Hannover daran, einen Bundesbeschluß über den Verfassungsentwurf der siebzehn Vertrauensmänner herbeizuführen, wobei anscheinend stillschweigend vorausgesetzt wurde, daß die Einwände der deutschen Staaten gegen ihn gehörig berücksichtigt würden.<sup>6</sup> Ebenso bemühte es sich darum, daß die bereits seit längerer Zeit geplante Bundesexekutivgewalt eingeführt würde, um dadurch die Verhandlungen mit der Nationalversammlung erheblich zu erleichtern.<sup>7</sup> Als das Entscheidende tritt uns damit ganz deutlich hervor, daß es die Absicht Hannovers war, dem Bundestag nach wie vor den ausschlaggebenden Einfluß zu erhalten, obgleich die Nationalversammlung nunmehr die Verfassungsarbeit in die Hand genommen hatte. Das

---

5. Am 25. 6. berichtete der hannoversche Gesandte in Wien aus Innsbruck (Hann. Des. 17 I Nr. 1 c): „Le Ministre de Saxe m'a fait part d'une copie de l'instruction, que sa cour a donnée à son ministre à Francfort dans les importantes affaires qui s'y traitent actuellement et de la résolution de sa cour de marcher d'accord en cette cause avec les cours de Hanovre, de Bavière et de Wurtemberg.“ Ebenso berichtete am 23. 6. der hannoversche Gesandte von dem Knesebeck aus München . . . „que Mr. de Closen avait reçu l'instruction de se mettre d'accord autant que possible avec ses collègues de Hanovre et de Saxe.“

6. Schreiben an die Bundestagsgesandtschaft vom 29. 5. 48, Hann. Des. 17 I Nr. 1 c.

7. Schreiben an die Bundestagsgesandtschaft vom 29. 5. 48, a. a. O.

hielt das Ministerium Bennisgen-Stüve für umso dringlicher, weil sich schon in den ersten Sitzungen der Paulskirche gezeigt hatte, wie wenig hier die Rechte und Interessen der Regierungen eine Berücksichtigung finden konnten, wenn man den Dingen ihren freien Lauf ließ; hatte sich die Versammlung doch schon bei der Begründung ihrer eigenen Stellung auf das Vorparlament berufen und nicht auf die von den deutschen Einzelstaaten anerkannten Bundesbeschlüsse vom 30. März und 7. April.

In ein neues Stadium traten die Beziehungen Hannovers zur Paulskirche jedoch, als Ende Juni die Frage der Begründung einer provisorischen Zentralgewalt durch die Nationalversammlung selbst akut wurde.

Wie gesagt, stand die Einführung einer solchen provisorischen Bundesregierung schon seit längerer Zeit zur Debatte. Bereits am 18. April war von Baden beim Bundestag der Antrag gestellt worden, eine exekutive Bundesgewalt zu begründen. Hannover war auf diesen Antrag im eigensten Interesse sofort eingegangen. Es wollte bei dieser Bundesregierung eine Stimme erhalten zur „Vertretung der besonderen Interessen des nordwestlichen Deutschlands“.<sup>8</sup> Die nordwestdeutschen Regierungen erklärten sich auch alsbald bereit, Hannover in dieser Absicht zu unterstützen, was jedoch ohne Erfolg blieb, da sich die hannoversche Stimme nicht durchsetzen ließ. Der hannoversche und bremische Bundestagsgesandte hatten zwar am 2. Mai im Revisionsausschuß der Bundesversammlung den Antrag gestellt, ein siebenköpfiges „Reichs-Regiment“ zu bilden, dessen Funktionen bis zum Abschluß der neuen Bundesverfassung gelten sollten, doch es war unmöglich gewesen, diesen Antrag zum Beschluß zu erheben, da Österreich, Preußen und Bayern für ein Triumvirat stimmten.<sup>9</sup> Trotzdem unterstützte Hannover nach wie vor den Plan der exekutiven Bundesgewalt, und zwar deshalb, weil sich hier die Möglichkeit bot, den deutschen Regierungen einen bestimmenden Einfluß auf den Fortgang der Verfassungsfrage zu gewährleisten. Ja, Hannover bemühte sich sogar darum, die Widerstände zu beseitigen, die der Ein-

---

8. Instruktion für die Bundestagsgesandtschaft v. 24. 4. 48, Actenstücke S. 170.

9. Bericht Wangenheims vom 3. 5. 48, Actenstücke S. 177.

führung der Zentralgewalt durch den Bund noch im Wege standen. So lag ihm besonders daran, daß Österreich dem Projekt zustimmte, und es war ihm sehr wünschenswert, daß Österreich unter den gegenwärtigen Umständen sich auch an der Leitung der deutschen Geschicke beteiligte.<sup>10</sup> Der Bundestag hatte ja auch festgesetzt, daß die Bundesregierung ein Direktorium von drei Männern sein sollte, einem Österreicher, einem Preußen und einem Vertreter der übrigen Staaten. Aus den für diese dritte Stimme von Bayern vorgeschlagenen drei Kandidaten wählte Hannover den sächsischen Minister von der Pfordten und suchte für diese Wahl auch bei den übrigen nordwestdeutschen Staaten Stimmung zu machen, was ihm auch gelang. Dabei werden wir uns darüber klar sein müssen, daß Hannover sich deshalb so sehr für die Einführung der Exekutivbehörde eingesetzt hatte, weil der Plan einer seiner Hauptforderungen entschieden entgegenkam, indem hier nämlich die Oberhauptsfrage gelöst wurde durch Einsetzung einer mehrgliedrigen obersten Spitze der Zentralgewalt und nicht durch den erblichen Kaiser, den die Siebzehner gefordert hatten. Schließlich befürchtete Hannover nämlich von einem Direktorium, auch wenn es darin selbst nicht vertreten war, immer noch weniger Eingriffe in seine einzelstaatliche Gewalt als von dem Erbkaisertum.

Die Frage nahm dann ihren für Bundesangelegenheiten üblichen schleppenden Fortgang und geriet daher bald gegenüber den nunmehr einsetzenden Plänen der Nationalversammlung, eine Zentralgewalt zu begründen, ins Hintertreffen. Bereits am 6. Juni schickte Wangenheim einen Gesetzentwurf der Paulskirche nach Hannover, der die Begründung der Zentralgewalt durch die Nationalversammlung in Aussicht nahm und der Exekutivgewalt weit umfänglichere Rechte zusprach, als das der Bund getan hatte. Das rief nun in Hannover erhebliche Besorgnisse hervor, da hiermit die Verfassungswünsche der Einzelstaaten empfindlich verletzt wurden.<sup>11</sup> Der König hielt es daher für angebracht, sofort Erkundigungen bei Preußen, Sachsen und Braunschweig einzuziehen, wie sich die dortigen Regierungen gegenüber dieser Neuordnung der Dinge zu

---

10. Note an die Wiener Gesandtschaft vom 7. 5. 48, Hann. Des. 17 I Nr. 7.

11. Notatum vom 8. 6. 48, Hann. Des. 17 I Nr. 7.

verhalten gedächten. Zu diesem Zwecke wurde der Regierungsrat Hoppenstedt dahin abgeordnet, um Verhandlungen im Sinne der deutschen Staaten und damit Hannovers aufzunehmen. Die Sendung Hoppenstedts blieb jedoch ohne die entsprechenden Erfolge. Eine Einigung gegen die Pläne der Volksversammlung wurde nicht erreicht.<sup>12</sup> Die Abordnung als solche ist aber trotzdem sehr bezeichnend. Wir sehen daraus deutlich, daß, sowie der Plan, eine Zentralgewalt zu begründen, über die Absichten des Bundesbeschlusses vom 3. Mai hinausging, die Opposition Hannovers gegen die anfangs so sehr befürwortete Regelung begann. Hannover befürchtete, daß diese aus der Paulskirche hervorgegangene Zentralgewalt die Regierungen daran hindern würde, über das Verfassungswerk mitzubestimmen, beziehungsweise eine vertragsmäßige Einigung darüber herbeizuführen;<sup>13</sup> ja, es befürchtete ferner, daß die Reichsministerien in die inneren Angelegenheiten der Länder eingreifen würden, und das wollte es unter allen Umständen unterbinden. Die hannoversche Regierung wies deshalb am 27. Juni Wangenheim an, „alles zu vermeiden was als factische Anerkennung eines durch einseitiges Vorschreiten der Nationalversammlung einzuführenden Zustandes gedeutet werden oder was dazu dienen könnte, die beim Fortbestehen der Bundesversammlung immer noch mögliche Vereinbarung unter den einzelnen deutschen Regierungen zu erschweren.“<sup>14</sup>

Unter diesen Umständen ist es ohne weiteres verständlich, daß Hannover vor Gagerns „kühnem Griff“ und dem Gesetz vom 28. Juni nicht sofort kapitulierte. Es entspann sich um die Anerkennung der damit geschaffenen Lage vielmehr ein heftiger Kampf zwischen Hannover und den Frankfurter Gewalten. Die hannoversche Regierung vertrat die Ansicht, daß die Paulskirche damit ihre Machtbefugnisse weit überschritten hatte und daß durch dieses Gesetz ein Zustand geschaffen war, der bei einer wirksamen Ausführung des Gesetzes die Grundlagen der einzelstaatlichen Machtstellung erschüttern und sie ganz wesentlicher Bestandteile berauben

---

12. Hoppenstedts Berichte aus Berlin und Dresden vom 10. bis 13. 6. 48, Hann. Des. 17 I Nr. 7.

13. Notatum vom 9. 6. 48, Hann. Des. 17 I Nr. 7.

14. Weisung an Wangenheim vom 27. 6. 48, Actenstücke S. 204.



mußte.<sup>15</sup> Gewiß war die Opposition der hannoverschen Regierung gegen das Gesetz vom 28. Juni bei ihrem bisherigen Verhalten in jeder Hinsicht folgerichtig, auf die Dauer mußte sich diese Stellungnahme doch als unhaltbar erweisen. Die Grundsätze der Regierung waren Innehaltung des verfassungsmäßigen Weges und Vereinbarungsprinzip, und die hat sie allerdings niemals verlassen. Das hannoversche Ministerium hatte erkannt, daß durch das Gesetz vom 28. Juni wesentliche Bedingungen seines einzelstaatlichen Rechtes angegriffen und ihm genommen worden waren, und zwar von einer Gewalt, der es derartige Befugnisse keinesfalls zuzugestehen dachte. Von diesem Gesichtspunkte aus wird man den Kampf verstehen müssen, der in der folgenden Zeit das Verhältnis zwischen Hannover und Frankfurt bestimmte. Es ist der Kampf des hannoverschen Einzelstaates um die Erhaltung seiner bisherigen Souveränitätsrechte, wie sie ihm durch die Bundesakte zugestanden waren, der Kampf um das Recht der Regierungen gegenüber den Forderungen der Volksbewegung.

Ohne Zutun der deutschen Staaten oder deren Vertreter hatte die Paulskirche durch das Gesetz vom 28. Juni die provisorische Zentralgewalt geschaffen, die bis zur endgültigen Begründung einer Regierungsgewalt in Deutschland die Exekutive ausüben und den Oberbefehl über die Armee, sowie die völkerrechtliche und handelspolitische Vertretung des Deutschen Bundes übernehmen sollte. Ebenfalls aus eigener Initiative hatte die Nationalversammlung an die Spitze dieser vorläufigen Regierungsgewalt den Erzherzog Johann von Österreich gestellt. Dieses einseitige Vorgehen der Volksvertreter widersprach so sehr der Absicht Hannovers, durch Beschluß des Bundestages eine Zentralgewalt zu begründen, daß die Regierung bereits beabsichtigte, deswegen zurückzutreten. Soweit kam es jedoch nicht, weil der König sowohl als auch das Ministerium es für unbedingt notwendig hielt, daß der Erzherzog die auf ihn gefallene Wahl annahm, und zwar unter der Bedingung, daß dem alle deutschen Regierungen zustimmten.

Bei diesem Verhalten war wohl die Ansicht maßgebend, daß ein Fürst schon deshalb an der Spitze der neuen Reichsregierung

---

15. Stüve selbst glaubte sogar, daß mit dem Gesetz vom 28. Juni die Paulskirche die Republik proklamiert habe, wenn auch ohne es zu wollen. Schreiben an seine Wähler in Osnabrück, S. 18/19.



stehen müßte, um in der künftigen Verfassung das monarchische Element von vornherein zu wahren und zu festigen. Außerdem wurde in Hannover die Wahl eines Erzherzogs ganz besonders gutgeheißen, weil damit die Möglichkeit einer einheitlichen Leitung durch Preußen, wovon die hannoversche Regierung für ihren Staat erhebliche Gefahren erwartete, beseitigt schien. Immerhin verhehlte sie sich auch nicht die Nachteile, die ohne eine Änderung des Gesetzes vom 28. Juni für ihre Partikularinteressen entstehen mußten. Aber hierfür wußte sie einen Ausweg. Der Erzherzog sollte vor der Paulskirche Erklärungen abgeben, „daß den Regierungen bei der Ausübung der Central-Gewalt wie bei der Vollendung des Verfassungswerks eine der Selbständigkeit, den Rechten und Interessen der einzelnen Staaten und der Würde der Regierungen einigermaßen genügende Mitwirkung für jetzt gesichert bleibe.“<sup>16</sup> Nur so meinte man in Hannover, einen Konflikt zwischen fürstlichen Regierungsrechten und der Nationalversammlung vermeiden zu können.<sup>17</sup> Zu diesem Zwecke sollte die Bundesversammlung solange wie möglich bestehen bleiben, nicht nur um einen förmlichen Bruch mit der Paulskirche zu verhindern, sondern auch um ein Organ zu haben, dessen man sich bedienen konnte, um die Beschlüsse der Regierungen angemessen zu verkündigen;<sup>18</sup> wie denn überhaupt das Ministerium Bennigsen-Stüve es für das Gebotene hielt, sich allen für die Souveränität der Einzelstaaten gefährlichen Bestrebungen gegenüber auf den Bund zurückzuziehen.

Daneben führte Hannover von sich aus Verhandlungen mit einigen deutschen Regierungen, um so eine möglichst gemeinsame Haltung gegenüber der Zentralgewalt und der durch das Gesetz vom 28. Juni geschaffenen Lage herbeizuführen. Besonders war es Hannover — wie schon vorher — darum zu tun, mit Preußen gleicher Meinung zu sein. Derartige Tendenzen lassen sich in der hannoverschen Politik vom März 1848 bis zum Ende der Paulskirche hin verfolgen. War Hannover zwar zu groß, um sich

---

16. Weisung an die Bundestagsgesandtschaft v. 8. 7. 48, Hann. Des. 17 I Nr. 8 a.

17. Note an den österreichischen Gesandten in Hannover vom 1. 7. 48, Hann. Des. 17 I Nr. 8 a.

18. Schreiben an die Bundestagsgesandtschaft v. 1. 7. 48, Actenstücke S. 214.

Preußen einfach unterzuordnen, so war es auch wieder zu klein, um ohne Unterstützung eine entscheidende Rolle in der deutschen Politik spielen zu können. Zudem war es auch durch seine denkbar ungünstige geopolitische Lage vor wichtigen Entscheidungen immer wieder auf Verständigung mit Preußen angewiesen.<sup>19</sup> Es wurde deshalb am 3. Juli der Regierungsrat Hoppenstedt erneut nach Berlin zu Verhandlungen geschickt. Die innere Selbständigkeit der Einzelstaaten sollte durch genauere Bestimmungen sichergestellt werden, und dafür wollte sich die hannoversche Regierung der Unterstützung Preußens vergewissern. Eine Befugnis zur Gesetzgebung beabsichtigte sie weder der Zentralgewalt noch der Nationalversammlung zuzugestehen. Die Zentralgewalt sollte, solange eine neue Verfassung nicht vorhanden war, als „Zugabe“ der alten angesehen werden und somit ohne eine wirklich praktische Bedeutung bleiben. Die Einsetzung des Reichsverwesers blieb danach dem Bundestag vorbehalten. Zu einer so umfassenden Entscheidung, wie sie Hannover wünschte, kam es auch bei dieser zweiten Berliner Verhandlung nicht. Preußen lehnte ab.<sup>20</sup> Es kam dort lediglich zu einer Punktation zwischen den Gesandten von Bayern, Sachsen, Württemberg und Hannover. Darin war festgelegt, daß der Bundestag seine legislativen und exekutiven Rechte bis auf weiteres in die Hände des Erzherzogs Johann niederlegen sollte. Eine solche Regelung, wie sie dann am 12. Juli ja vom Bundestag durchgeführt wurde, hielt Hannover schon des Auslandes wegen für unbedingt notwendig.<sup>21</sup> Ferner waren die vier Regierungen, die die Berliner Punktation abschlossen, der Ansicht, daß nach Auflösung der Bundesversammlung Regierungsbevollmächtigte bei der Zentralgewalt ernannt werden müßten. Diese Entschlüsse sollten dem Reichsverweser durch Beglückwünschungsabordnungen bekannt gegeben werden.

---

19. Bereits im März 1848 hatte Bennigsen dem preußischen Geschäftsträger in Hannover gesagt, daß es für sein Land immer darauf ankomme, gleichen Schritt mit Preußen zu halten. Bericht der preußischen Gesandtschaft vom 21. 3. 48, G.St.A. AA I Ag 13 vol. 1.

20. Notatum vom 6. 7. 48, Hann. Des. 17 I Nr. 8 a.

21. Schreiben Stüves an Neubourg v. 9. 7. 48 und Neubourgs an Hoppenstedt v. 10. 7. 48, Hann. Des. 17 I Nr. 8 a.

Mit dem Glückwunschsreiben König Ernst Augusts wurden der hannoversche Kriegsminister General Prott und der Regierungsrat Hoppenstedt an den Erzherzog abgeschickt. Ihre Aufgabe war, den Reichsverweser, wie das die Berliner Punktation in Aussicht nahm, gleichzeitig über die in Hannover gehegten Absichten und Wünsche in der Verfassungsfrage aufzuklären. Ferner sollten sie mit der Wiener Regierung eine Verständigung über den Verfassungsentwurf der Siebzehner zu erlangen suchen.<sup>22</sup> Daran mag man sehen, daß Hannover noch immer großes Interesse daran hatte, das geänderte Reichsgrundgesetz als Grundlage der weiteren Verfassungsberatungen anzusehen und es als solche bei der Paulskirche zur Geltung zu bringen. Zu diesen Wiener Verhandlungen kam es aber nicht mehr, da Prott und Hoppenstedt bereits in Dresden mit dem Erzherzog, der sich auf der Reise nach Frankfurt befand, zusammentrafen. Prott konnte dort in einer Audienz beim Reichsverweser das Glückwunschsreiben seines Königs übergeben, fand jedoch keine Gelegenheit mehr zu den Erklärungen, wie sie auf Grund des Berliner Abkommens beabsichtigt waren.<sup>23</sup> Der Erzherzog hatte Prott gegenüber aber zugesichert, die Würde der deutschen Fürsten und Regierungen nach Kräften zu erhalten und sich über die Verfassungsfrage mit ihnen baldigst zu verständigen.<sup>24</sup> Damit war für Hannover diese Angelegenheit zunächst erledigt.

Das Ministerium Bennigsen-Stüve beharrte nunmehr auf dem Standpunkt seines Schreibens an die Stände vom 7. Juli, worin es seinen Widerwillen gegen das Gesetz vom 28. Juni offenkundig zum Ausdruck brachte, sich jedoch einstweilen entschied, seine Bedenken gegen Form und Inhalt dieses Beschlusses nicht geltend zu machen, weil es der Persönlichkeit des Erzherzogs vertraute. Die Regierung behielt sich aber vor, unter Umständen auf ihre Einwände zurückzukommen, so etwa, wenn ein anderer Reichsverweser an die Spitze der Zentralgewalt träte als der Erzherzog Johann. In jedem Falle wehrte sie sich dagegen, daß die Fürsten lediglich als „Unter-

---

22. Note an das Min. d. ausw. Angel. in Dresden, München, Stuttgart v. 7. 7. 48, Hann. Des. 17 I Nr. 8 a.

23. Note an das Min. d. ausw. Angel. in München und Stuttgart vom 13. 7. 48, Hann. Des. 17 I Nr. 8 a.

24. Schreiben an Wangenheim v. 12. 7. 48, Hann. Des. 17 I Nr. 8 a.

gebene“ eines anderen Monarchen erscheinen sollten.<sup>25</sup> Das hannoversche Ministerium vertrat grundsätzlich auch weiterhin die Ansicht, daß die Nationalversammlung kein alleiniges Recht zur Wahl des Reichsverwesers habe und daß ihr ferner niemals das Recht zustehe, ohne Unterstützung der Regierungen eine Zentralgewalt zu begründen.<sup>26</sup> Es hatte sich aus diesem Grunde bewußt nicht zu einer ausdrücklichen Anerkennung der Zentralgewalt und des Gesetzes vom 28. Juni bereittfinden können,<sup>27</sup> hatte vielmehr in dem obengenannten Schreiben an die Stände sich ebenso bewußt gegen die damit in Frankfurt geschaffene Lage ausgesprochen.

Die Paulskirche konnte diese Herausforderung nicht ohne weiteres hinnehmen. Die hannoversche Regierung sah ihre Erklärung zwar als eine durchaus innerhannoversche Angelegenheit an und hielt jede Gegenmaßnahme der Zentralgewalt oder der Nationalversammlung für unnötig. Daß eine solche nicht zu umgehen war, zeigte sich doch sogleich. Es führte dies nämlich zu dem ersten offenen Zusammenstoß zwischen Frankfurt und Hannover, der an Schärfe nur durch die Gegensätze übertroffen wird, zu denen es um Reichsverfassung und Grundrechte kam. Die Haltung Hannovers war in diesem Falle deshalb so unnachgiebig, weil seine Regierung genau wußte, daß sie auch bei späteren Forderungen nachgeben mußte, wenn sie sich erst einmal dazu bereit gefunden hatte bei einem Punkt, der die Grundlage für alle weiteren Eingriffe in die einzelstaatliche Souveränität abgeben konnte und sollte.

Was die Paulskirche einer ähnlichen Erklärung Preußens gegenüber nicht gewagt hatte,<sup>28</sup> trat jetzt ein: die Volksvertretung

---

25. Schreiben an die Stände vom 7. 7. 48 bei Roth und Merck: Quellensammlung Bd. 2, S. 2. Aufzeichnungen Neubourgs, Hann. Des. 17 1 Nr. 8 a.

26. Aufzeichnungen Neubourgs a. a. O.

27. Ein Brief Stüves unterrichtet uns über die Auffassung, die man dabei vertrat: „Das soi disant Gesetz ist ein Ding der Unmöglichkeit. Soll es zur Ausführung kommen, so sind die Staaten vernichtet und unsere Mission ist aus. Dann hat man aber auch die Republik fertig; denn wie der Reichsverweser sich halten soll, ohne die Einzelstaaten, lediglich an der Spitze einer Frankfurter Versammlung, das mögen andere begreifen.“ Brief Stüves an Detmold, Quellen u. Darst. z. Gesch. Nieders., Bd. 13, Nr. 34.

28. Der preußische Minister von Aderswald hatte am 4. 7. in der Berliner



entschloß sich, dieser eventuellen Widersetzlichkeit Hannovers, wie sie das Schreiben vom 7. Juli möglich machte, sofort entgegenzutreten. Sie kam daher schon am 14. Juli zu dem Ergebnis, die Zentralgewalt aufzufordern, daß diese von Hannover ihre „unumwundene“ Anerkennung verlangen sollte.<sup>29</sup> Damit war die hannoversche Regierung nun zu einer offiziellen Stellungnahme gezwungen, das heißt allerdings noch nicht, daß sie sich ohne weiteres zu der geforderten „unumwundenen Erklärung“ herbeiließ. Ja, die hannoversche Note, die am 1. August an den Reichsminister von Schmerling abging, war immer noch sehr „umwunden“.<sup>30</sup> Es wurde darin zunächst festgestellt, daß das Schreiben vom 7. Juli „auffallend mißdeutet“ worden sei. Die hannoversche Regierung gab dann jedoch offen zu, daß sie in der Tat die Abfassung des Gesetzes vom 28. Juni als zu allgemein und damit mangelhaft ansehe. Sie hätte es deshalb für das Richtigste gehalten, wenn dieser Übelstand durch entsprechende Erklärungen des Reichsverwesers beseitigt worden wäre. Damit sollte vermieden werden, daß die Einzelstaaten derartige Schritte zu unternehmen hätten, die ihnen als Partikularismus angerechnet würden. Den Beschluß der Paulskirche vom 14. Juli aber konnte Hannover keineswegs für geeignet halten, seine unumwundene Anerkennung des Gesetzes vom 28. Juni sofort herbeizuführen.<sup>31</sup> Die Erbitterung Hannovers gegen die Nationalversammlung und ihr Vorgehen war vielmehr nur gewachsen und war durchaus noch nicht von der bisher beobachteten grundsätzlichen Überzeugung gewichen. Ja, das Schreiben vom 1. August stellte nur einen erneuten Beweis seiner Prinzipientreue dar.

Das änderte sich bis zu einem gewissen Grade dadurch, daß Schmerling in einem vertraulichen Privatbrief an Stüve<sup>32</sup> der hannoverschen Haltung etwas entgegenkam, allerdings im Grunde bei der Forderung der unumwundenen Erklärung blieb. Außerdem war jetzt die allgemeine Lage eine solche geworden, daß es aussichtslos

---

Nationalversammlung — wenn auch nicht in solch persönlichem Tone — ähnliche Vorbehalte gegen die Zentralgewalt gemacht.

29. Stenographische Berichte S. 896.

30. Hannoversche Note v. 1. 8. 48, Hann. Des. 17 I Nr. 8 b.

31. Hann. Note v. 1. 8. 48 a. a. O.

32. Brief Schmerlings an Stüve vom 29. 7. 48, Hann. Des. 17 I Nr. 8 b.



erscheinen mußte, wenn Hannover nach wie vor an dem Standpunkt vom 7. Juli festhielt. Aber trotzdem meinten Stüve und seine Ministerkollegen, daß in der Unumwundenheit, wie Schmerling das meinte, die Anerkennung der Zentralgewalt und des Gesetzes vom 28. Juni nicht erfolgen könnte. Immerhin bedeutet doch das Schreiben, das das hannoversche Gesamtministerium am 10. August an den Reichsverweser sandte, ein wesentliches Entgegenkommen, wenn man es mit der Stellungnahme vergleicht, die noch am 1. August verfochten worden war. Hannover berief sich jetzt darauf, daß es die Bundesbeschlüsse vom 29. Juni (Beglückwünschung des Erzherzogs Johann zum Reichsverweser) und vom 12. Juli (Übertragung der Bundesgewalt auf den Reichsverweser) anerkannt hätte und glaubte damit bereits mittelbar der Einsetzung der provisorischen Zentralgewalt wie auch dem Gesetz vom 28. Juni zugestimmt zu haben.<sup>33</sup>

Inzwischen hatte sich Hannover doch schon wieder bemüht, sich eine Rückendeckung gegen die Paulskirche zu verschaffen. So hielt sich Ende Juli der Legationsrat von Neubourg in Frankfurt auf, wo er Beratungen mit den ehemaligen Bundestagsgesandten hatte über das Verhältnis der Einzelstaaten zur Zentralgewalt, über die Ernennung von Bevollmächtigten der Einzelstaaten, deren Befugnisse und dergleichen mehr.<sup>34</sup> Es ging also letzten Endes bei diesen Frankfurter Verhandlungen auch darum, wie der Beschluß der Nationalversammlung vom 28. Juni vollzogen werden sollte. Hannover glaubte nämlich, daß eine einzelne Regierung in dieser Frage nichts vermöchte; es wollte daher mit anderen Regierungen vereint der Paulskirche entgegentreten. Dabei maß es der hannoverschen Frage eine allgemeine Bedeutung für den Monarchismus überhaupt zu.<sup>35</sup> Es bemühte sich deshalb, bevor es eine endgültige Antwort auf den Beschluß der Paulskirche vom 14. Juli gab, um eine „Verständigung d(er) Regierungen üb(er) ihre Stellung gegen die N(ational) V(ersammlung).“<sup>36</sup> Vor allem war sich die hannover-

---

33. Schreiben des hann. Gesamtministeriums an den Reichsverweser v. 10. 8. 48, Hann. Des. 17 I Nr. 8 b.

34. Berichte Neubourgs aus Frankfurt v. 25. 7. u. 29. 7. 48, Hann. Des. 17 I Nr. 8 a.

35. Kurze Notizen einer vertraulichen Besprechung im Min. d. ausw. Angel. mit Usedom u. Wangenheim am 18. 7. 48, Hann. Des. 17 I Nr. 8 a.

36. Kurze Notizen . . . . a. a. O.

sche Regierung auch dessen bewußt, daß die Beteiligung Preußens unentbehrlich war, wenn sie ihre Schwierigkeiten mit der Zentralgewalt beziehungsweise Paulskirche lösen wollte.<sup>37</sup> Wangenheim wurde deshalb zu entsprechenden Vereinbarungen nach Berlin geschickt.<sup>38</sup> Er wurde auch angewiesen, besonders mit Preußen über das Schreiben an den Reichsverweser vom 10. August zu verhandeln.<sup>39</sup> Das Ziel war, daß die Berliner Regierung eine der hannoverschen Erklärung zustimmende Note in Frankfurt überreiche.<sup>40</sup> Auch Sachsen suchte Hannover für seine Haltung gegenüber der Zentralgewalt zu gewinnen.<sup>41</sup>

Derartige Bemühungen sind überaus charakteristisch; denn die hannoversche Regierung versuchte immer wieder, ein einhelliges Vorgehen aller deutschen Einzelstaaten gegen die Zentralgewalt zustande zu bringen. Sie beabsichtigte damit, die Selbständigkeit der Regierungen „zum Wohle des Gesamtvaterlandes“<sup>42</sup> zu erhalten. Sie hielt das für nötig um der „mannigfaltigen und wohlbegründeten Interessen der verschiedenen deutschen Stämme“ willen, und um „der Centralgewalt eine wirksame Ausführung der im Kreise ihres Berufs zu treffenden Anordnungen“ zu geben. Die von Hannover dazu angeknüpften Verhandlungen blieben jedoch überall erfolglos; das bedeutete mit anderen Worten, daß das Ministerium Bennigsen-Stüve seinen Kampf mit der Paulskirche und der Zentralgewalt vorläufig allein zu Ende kämpfen mußte.

Es schien zunächst allerdings so, als ob der Konflikt zwischen Hannover und Frankfurt mit der Erklärung Hannovers vom 10. August sein Ende gefunden hätte. Das Reichsministerium war

---

37. Kurze Notizen . . . . a. a. O.

38. Es sollte dort verhandelt werden über „das Verhältniss der Einzelstaaten gegen die provisorische Central-Gewalt, bezüglich der Grenze für die Thätigkeit des Reichsverweser-Amtes, welche von der Rücksicht auf die Selbständigkeit der einzelnen Staaten geboten werden.“ Notatum v. 23. 7. 48, Hann. Des. 17 I Nr. 8 a.

39. Instruktion für Wangenheim v. 10. 8. 48, Hann. Des. 17 I Nr. 8 b.

40. Entwurf eines Schreibens des Gesandten von Knyphausen an d. preuß. Min. d. ausw. Angel., Hann. Des. 17 I Nr. 8 b.

41. Note an das sächs. Min. d. ausw. Angel. v. 10. 8. 48, Hann. Des. 17 I Nr. 8 b.

42. Schreiben an den Bevollmächtigten bei der provisorischen Zentralgewalt v. 1. 9. 48, Hann. Des. 17 I Nr. 8 b. Dies auch für folgende Zitate.

nämlich bereit, diese als ausreichend anzusehen, „obwohl das Schreiben in der That ein sehr gewundenes und geschrobenes“ war.<sup>43</sup> Die Note sollte der Nationalversammlung bekannt gegeben werden. Das hielt aber Bothmer, der inzwischen Bevollmächtigter Hannovers bei der provisorischen Zentralgewalt geworden war, für sehr bedenklich; er befürchtete neue unliebsame Auseinandersetzungen mit der Paulskirche. Aus diesem Grunde sandte er am 21. August, ohne eine dahingehende Instruktion von seiner Regierung erhalten zu haben, eine Note an das Reichsministerium,<sup>44</sup> in der er die geforderte „unumwundene“ Anerkennung der Zentralgewalt für das Königreich Hannover aussprach. Der Regierung blieb damit nur noch übrig, sich angesichts der besonderen Umstände mit der Haltung Bothmers einverstanden zu erklären.<sup>45</sup> Stüve gab offen zu, daß ihn dieser Schritt unangenehm berührt hatte. Er sah allerdings auch ein, daß es auf die Dauer unmöglich gewesen wäre, die Anerkennung der Zentralgewalt noch länger zu versagen.<sup>46</sup>

Die gesamte Lage hatte damit plötzlich eine Wendung erfahren, zu der man sich in Hannover freiwillig sicher nicht so schnell hätte bereitfinden lassen, selbst auf die Gefahr hin, daß man jetzt, nachdem alle Verhandlungen gescheitert waren, der Paulskirche allein gegenüberstand. Die Regierung hatte ihre grundsätzlich partikuläre Einstellung noch keineswegs aufgegeben. Sie konnte sich auch jetzt noch nicht einverstanden erklären mit dem Gesetz vom 28. Juni und war nach wie vor der Ansicht, daß damit ein Rechtsbruch geschehen sei, der den deutschen Einzelstaaten wesentlichste Grundlagen ihrer bisherigen Machtstellung entzog oder sie doch mindestens erheblich bedrohte. Dem stellte sich in der Folgezeit Hannover weiterhin schärfstens entgegen und in all den Kompetenzfragen, die sich jetzt ergaben zwischen der Reichsregierung und den einzelstaatlichen Gewalten, vertrat es ganz eindeutig den Standpunkt der Einzelstaaten, indem es damit die Ordnung zu unterstützen suchte,

---

43. Bericht Bothmers v. 21. 8. 48, Hann. Des. 17 I Nr. 8 b.

44. Note Bothmers an das Reichsministerium v. 21. 8. 48, Hann. Des. 17 I Nr. 8 b.

45. Schreiben an Bothmer v. 26. 8. 48, Hann. Des. 17 I Nr. 8 b.

46. Brief Stüves an Detmold v. 26. 8. 48, Quellen u. Darst. z. Gesch. Nieders., Bd. 13, Nr. 50.

die seiner Ansicht nach zu gesunden deutschen Verfassungsverhältnissen führte. Wenn die Regierung hier schließlich — im letzten sogar gegen ihren Willen — nachgegeben hatte, so läßt sich doch durchaus nicht verkennen, daß sie nicht mehr geneigt war, der Zentralgewalt weiter in dieser Weise entgegenzukommen. Die Opposition gegen die Lage, die durch das Gesetz vom 28. Juni und dessen Durchführung geschaffen war, blieb vielmehr unverändert bestehen. Das zeigte schon ganz deutlich die Haltung, die Hannover einnahm, als der Reichskriegsminister für sämtliche deutschen Bundestruppen auf den 6. August eine Huldigungsparade für den Reichsverweser angesetzt hatte.

#### **IV. Das Ministerium Bennigsen-Stüve im Kompetenzkampf mit den Frankfurter Gewalten.**

Hatte letzten Endes der Kampf Hannovers gegen die Zentralgewalt schon bisher einen Kampf um die Kompetenz der Reichsregierung bedeutet, so wurde das bei den folgenden Auseinandersetzungen noch viel deutlicher. Die ganze Zeit bis zum Frühjahr 1849 steht für Hannover wesentlich im Zeichen dieses Kompetenzkampfes mit der Nationalversammlung und Zentralgewalt. Als dessen erstes Stadium ist der Streit um die Huldigungsparade vom 6. August anzusehen.

Den Ausgangspunkt bildete ein Erlaß des Reichskriegsministers vom 15. Juli. Er hatte die Parade auf den 6. August festgesetzt und zugleich bestimmt, daß bei dieser Gelegenheit ein Aufruf des Reichsverwesers an das deutsche Volk verlesen werden sollte. Ferner wurden die Regierungen verpflichtet, aus diesem Anlaß ein Hoch auf den Reichsverweser auszubringen und vom gleichen Tage an ihre Truppen die deutschen Farben anlegen zu lassen, soweit das bis dahin noch nicht geschehen war. An sich waren diese Maßnahmen alle mehr oder weniger unnötig. In der Form, wie diese Forderungen gestellt wurden, waren sie ganz besonders dazu angetan, die Fürsten an ihrer empfindlichsten Stelle zu treffen. Trotzdem war diesmal die Regierung in Hannover zum Nachgeben bereit, um den Konfliktstoff mit der Zentralgewalt nicht noch zu vermehren. Sie schlug deshalb dem König auch vor, der Aufforderung des Reichskriegsministers nachzukommen. Das ging nun allerdings gegen die Überzeugung Ernst Augusts; er war nicht gewillt, der Zentralgewalt einen solchen Eingriff in seine vornehmsten Herrscherrechte zu gewähren, und wurde darin noch gestützt durch die Tatsache, daß auch der König von Preußen in dieser Frage nicht bedingungslos nachgeben wollte. So hatte Wangenheim bei seinen Verhandlungen in Berlin Ende Juli und



Anfang August auch schon über die Huldigungsparade mit dem Berliner Ministerium beraten, ohne daß es jedoch zu einer Entscheidung über ein gemeinsames Vorgehen Preußens und Hannovers gekommen wäre.

In der hannoverschen Generaladjutantur wurde inzwischen von dem Obersten Jacobi eine Generalorder ausgearbeitet, die mit der, die Friedrich Wilhelm IV. ausgegeben hatte, sinngemäß übereinstimmte. Allein wollte also auch der König Ernst August einen entschiedenen Widerstand gegen Frankfurt vermeiden; auch er hatte das Bedürfnis, sich durch ein gleiches Verhalten anderer Staaten einen entsprechenden Rückhalt zu verschaffen. Die von Jacobi entworfene Generalorder hielt auch der hannoversche Kriegsminister Prott für durchaus angemessen, weil sie ja der preußischen wesentlich gleichkam.<sup>1</sup> In diesem Entwurf war von deutschen Farben, Hoch auf den Reichsverweser und Aufruf an das deutsche Volk keine Rede mehr. Bekanntgegeben wurde darin nur der Amtsantritt des Reichsverwesers und daß „die Oberleitung der deutschen Heere, wenn diese berufen werden gegen die Feinde des Vaterlandes zu kämpfen, eine Oberleitung wie sie früher dem Deutschen Bunde zustand“, auf den Reichsverweser übergegangen sei.<sup>2</sup> Das Ministerium hatte keine wesentlichen Abänderungsvorschläge mehr dazu zu machen. So wurde in dieser Art die Anordnung des Reichskriegsministers auf Wunsch des Königs ohne jede militärische Feier erledigt. Eine Parade sollte zwar anfangs stattfinden, und es waren alle notwendigen Anordnungen dafür getroffen, doch erging noch etwa 10 Minuten vor ihrem Beginn ein Befehl, der sie „des schlechten Wetters wegen“<sup>3</sup> absagte. Es fand daraufhin nur eine Huldigungsparade der Bürgerwehr statt. Von Seiten der Regierung wurde im ganzen Lande überhaupt nichts unternommen, was der Anordnung des Reichskriegsministers irgendwie entsprechen hätte. Die Bevölkerung aber veranstaltete überall begeisterte Huldigungsfeiern für den Reichsverweser. Ähnlich war es in Preußen.

War die Stellung der hannoverschen Regierung in Frankfurt schon sowieso überaus schwierig, weil sie die Anerkennung der

---

1. Brief Protts v. 31. 7. 48, Hann. Des. 17 II Nr. 3.

2. Jacobis Entwurf d. hannov. Generalorder f. d. Parade v. 6. 8. 48, Hann. Des. 17 II Nr. 3.

3. Bericht d. preuß. Gesandtschaft v. 6. 8. 48. G.St.A. AA I Ag 13 vol. II.

provisorischen Zentralgewalt zunächst unterließ, so wurde das durch dies Verhalten nur noch verschlimmert. Dadurch daß die Regierung dem Erlaß des Reichskriegsministers in keiner Weise nachgekommen war, hatte sie für die Frankfurter Gewalten einen erneuten Beweis für ihre Widersetzlichkeit und Sonderbündelei geliefert. In Frankfurt war man damit erneut zur Auseinandersetzung mit Hannover gezwungen und das umso mehr, weil vielfache Zuschriften aus den Kreisen der Bevölkerung des Königreichs darum beim Reichsverweser und der Nationalversammlung baten.<sup>4</sup> Hannover kam es darauf an, sich nicht „total compromittiren zu müssen“.<sup>5</sup> Die Erörterung dieser Frage mit der Zentralgewalt hielt die Regierung allerdings für unbedenklich, sie wollte aber doch unbedingt vermeiden, wieder Unannehmlichkeiten von Seiten der Paulskirche über sich ergehen zu lassen. Sie wünschte zu diesem Zwecke eine Erklärung der Zentralgewalt über die Zulänglichkeit ihrer Maßregeln vom 6. August, „daß das Geschrei der Anarchisten über Ungehorsam und Separatismus aufhören müßte“.<sup>6</sup> Ja, das Ministerium merkte, daß sein Verhalten bei Lage der Dinge unklug gewesen war, und befürwortete deshalb dringend beim König das Anlegen der „deutschen Farben“.<sup>7</sup> Diesmal ging er darauf ein und erteilte seine Genehmigung. So wurde am 21. August der Infanterie das Anlegen von schwarz-rot-goldenen Bändern an die Fahnen befohlen.<sup>8</sup> Das Ministerium war damit freiwillig der Reichsregierung einen Schritt entgegengekommen und konnte zu seiner größten Zufriedenheit feststellen,<sup>9</sup> daß es auch dem Reichskriegsministerium darum zu tun war, ein gutes Einvernehmen mit Hannover herbeizuführen. Die schwarz-rot-goldene Kokarde hatten die hannoverschen Truppen noch nicht angelegt, angeblich, weil der König alle ihm vorgelegten Modelle für „unzweckmäßig“ hielt. Doch auf die Dauer konnte die Regierung auch hier nicht abseits stehen und war gezwungen, auch dieses „Erkennungszeichen“<sup>10</sup> noch anlegen zu

---

4. Schreiben an Bothmer v. 20. 8. 48 Hann. Des. 17 II Nr. 3.

5. Schreiben an Bothmer vom 20. 8. 48 a. a. O.

6. Schreiben an Bothmer vom 20. 8. 48 a. a. O.

7. Notatum vom 10. 8. 48, Hann. Des. 17 II Nr. 3.

8. Schreiben der Generaladjutantur vom 21. 8. 48, Hann. Des. 17 II Nr. 3.

9. Weisung an Bothmer vom 1. 9. 48, Hann. Des. 17 II Nr. 3.

10. Generalorder vom 12. 8. 48, Hann. Des. 17 II Nr. 3.

lassen. Erst am 18. Oktober wurde hierzu der Befehl erteilt. Der König selbst hat die schwarz-rot-goldene Kokarde niemals getragen.

Wenn auch zögernd und ungern, hatte Hannover hier schließlich auf der ganzen Linie nachgeben müssen und war gezwungen worden, seine partikularen Interessen hinter die von ihm heftig und grundsätzlich angezeifelte Kompetenz der Reichsregierung zurückzustellen. Die hannoversche Regierung vertrat nämlich die Ansicht, daß die Zuständigkeit der provisorischen Zentralgewalt wesentlich auf der dem Reichsverweser übertragenen Bundesgewalt beruhte,<sup>11</sup> und dem liefen solche Anordnungen, wie sie hier vom Reichskriegsminister getroffen waren, natürlich in jeder Hinsicht zuwider. Das hannoversche Außenministerium sah sich daher noch einmal genötigt, ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß „eine mehr oder weniger directe Communication der Reichs-Ministerien mit einzelnen Landesministerien oder Behörden möglichst vermieden und auch auf diese Weise das Princip der staatlichen Einheit, der Zentralgewalt gegenüber, regierungsseitig conserviert werden“ sollte.<sup>12</sup> Das galt in ganz besonderem Maße für die militärischen Verfügungen. Vor allem konnte und wollte der König in dieser Hinsicht ein einseitiges Vorgehen der Zentralgewalt niemals zugestehen, weil damit die bedeutendsten Grundlagen seiner Souveränität beseitigt wurden.<sup>13</sup>

Derartige Hinweise hielt das Ministerium Bennigsen-Stüve umso mehr für nötig, als es in einem Erlaß des Reichskriegsministers vom 12. August, der eine Vermehrung der deutschen Heere auf 2 Prozent der Bevölkerung anordnete, einen erneuten Eingriff in die hannoversche Eigenstaatlichkeit sah. Die Regierung beklagte sofort die dadurch entstehenden Kosten und sonstigen Nachteile<sup>14</sup>

---

11. Denkschrift: Das Competenz-Verhältniss der provisorischen Centralgewalt, Hann. Des. 17 I Nr. 8 b.

12. Instruktion für Bothmer v. 20. 8. 48, Hann. Des. 39 III Nr. 14.

13. Gerade diese Pläne, die die Nationalversammlung hinsichtlich der Truppen hatte, bewiesen Ernst August klar, „daß die Hauptabsicht in der Paulskirche ist: Republikanism. Und sie wissen wohl, wenn sie einmal die Truppen in ihre Hände bekommen, wir sind zermalmt. Aber sie werden einen höllisch harten Biß haben noch, ehe sie mich schlucken, und ich glaube nicht, daß Preußens Adler hat seine Klauen verloren.“ Brief Ernst Augusts an Friedrich Wilhelm IV. Revolutionsbriefe Nr. 81.

14. Weisung an Bothmer vom 19. 8. 48, Hann. Des. 17 II Nr. 16.

und forderte Bothmer deshalb auf, Erkundigungen einzuziehen, wodurch solche außergewöhnlichen Maßnahmen gerechtfertigt würden. Da das Reichskriegsministerium Hannover in dieser Frage nicht entgegenkam, wurde im hannoverschen Ministerium die Sache zu den Akten gelegt, ohne daß irgend etwas entsprechendes geschehen wäre. Die Regierung hielt an dem bisherigen Zustande fest und tat so, als ob der Erlaß vom 12. August gar nicht bestände. So blieb dann diese Angelegenheit bis zum Frühjahr 1849 unerledigt. Hannover wurde noch fünfmal aufgefordert, den Erlaß des Reichskriegsministers, der auf einem Beschluß der Nationalversammlung vom 15. Juli beruhte, durchzuführen;<sup>15</sup> doch es ging nicht darauf ein, vermied vielmehr ganz bewußt jede Antwort auf solche Anforderungen und dachte keineswegs daran, den betreffenden Beschlüssen der Nationalversammlung nachzukommen. Ähnlich verhielt es sich mit der vom Reichskriegsministerium geforderten Angabe über Stärke und „Dislocation“ der hannoverschen Truppen. Auch diese Frage war vom Herbst 1848 bis in das Frühjahr 1849 hinein akut, ohne daß es zu einer von der Zentralgewalt anerkannten Lösung gekommen wäre. Es handelte sich auch hierbei um eine Anordnung, die dem eigensten partikularen Interesse Hannovers zuwiderlief und deshalb nicht im Sinne der Reichsregierung durchgeführt wurde. Das hannoversche Ministerium äußerte sich einfach nicht, und mochte es die Zentralgewalt noch so oft und eindringlich fordern. Es sollten so alle unangenehmen Diskussionen ausgeschaltet werden, die Hannover nur noch mehr in den Ruf der Sonderbündelei und des krassen Partikularismus brachten.

Von diesem Standpunkt aus werden wir auch das Verhalten Hannovers in der Frage des Malmöer Waffenstillstandes zu beurteilen haben, ein Problem, das im August und September 1848 für seine Politik von entscheidender Bedeutung war.<sup>16</sup>

---

15. Schreiben des Reichskriegsministeriums v. 10. 11. 48, 5. 1. 49, 17. 3. 49, 19. 4. 49. Hann. Des. 17 II Nr. 16. Am 19. 4. 49 wurde dem die bezeichnende Anfrage hinzugefügt, ob Hannover „überhaupt willens ist, den vom Reichskriegsministerium als Organ der Zentralgewalt in solchen Beziehungen gestellten Anforderungen zu genügen, oder nicht.“

16. Ich beschränke mich hier auf die Angaben, die für das Verhalten Hannovers gegenüber den Frankfurter Gewalten charakteristisch sind. Im übrigen verweise ich auf die Arbeit von Sievers: Niedersächs. Jahrb. 3, 1926.



Hannover stand hierbei eindeutig auf Seiten Preußens, dessen ausdrückliche Lossagung von der Paulskirche ja überhaupt der Überzeugung des Ministeriums Bennigsen-Stüve am meisten entsprach. Es schenkte deshalb den Bedingungen des Malmöer Waffenstillstandes seinen ungeteilten Beifall und war erfreut über die Absicht Preußens, den Vertrag von sich aus abzuschließen, ohne Bevollmächtigte aus Frankfurt hinzuzuziehen.<sup>17</sup> Hannover war entschlossen, Preußen unter allen Umständen in seinem Verhalten zu unterstützen; doch wollte es offene Erklärungen darüber, soweit das möglich war, umgehen, um seine ohnehin schon äußerst schwierige Lage in Frankfurt nicht noch zu verschlechtern.<sup>18</sup> Der hannoversche Bevollmächtigte in Frankfurt war zu diesem Zwecke auch angewiesen worden, seinen ganzen Einfluß bei der Zentralgewalt und den Mitgliedern der Paulskirche aufzubieten, um die Annahme des Waffenstillstandes durchzusetzen.<sup>19</sup> Eine offene Erklärung vermied Hannover dabei jedoch, und sie wurde schließlich auch unnötig, als die Paulskirche selbst beschlossen hatte, den Waffenstillstand anzunehmen, weil es eine andere Möglichkeit für sie nicht gab. Kam es deshalb in dieser Frage nicht zu einem erneuten Zusammenstoß mit der Nationalversammlung und Zentralgewalt, so war das ausschließlich darauf zurückzuführen, daß Hannover nicht offen für Preußen Partei ergriff. Latent war auch hier der Gegensatz vorhanden, und der Sturm der Entrüstung, der über diesen Waffenstillstand in der Paulskirche ausbrach, war an sich auch ein erneuter Beweis für die Kluft, die nach wie vor zwischen Hannover und Frankfurt bestand. Hinzu kam allerdings noch, daß Hannover schon immer die Last dieses Krieges gegen Dänemark ungern getragen hatte und ihm schon aus diesem Grunde ein Schritt wie der Preußens lieb sein mußte. Aber es war eben — wie gesagt — nicht nur das allein. Die Form, deren sich Preußen bei Abschluß des Waffenstillstandes bedient hatte, indem es über die von der Zentralgewalt gegebene Befugnis weit hinausging, um

---

17. Vertraul. Bericht d. preuß. Gesandtsch. v. 13. 7. 48, G.St.A. AA I Ag 14.

18. Vertraul. Bericht d. preuß. Gesandtsch. v. 2. 9. 48, G.St.A. AA I Ag 14.

19. Bei Sievers a. a. O. S. 53.



sich dabei auf seine einzelstaatlichen Rechte und Bedürfnisse zu berufen, entsprach ganz den hannoverschen Ansichten und wurde daher von der hannoverschen Regierung gebilligt. Das geschah wesentlich mit deshalb, weil sich hier die Möglichkeit bot, die einzelstaatlichen Interessen gegenüber den zentralen Forderungen der Frankfurter mit Unterstützung der Großmacht Preußen, um die man sich immer wieder bemüht hatte, zu wirksamer und entscheidender Geltung zu bringen. Alle Mißstimmung fiel dabei auf Preußen, doch kam Hannover selbst zu dem gewünschten Ziele.

Die Ohnmacht der Paulskirche und der aus ihr hervorgegangenen Zentralgewalt war deutlich zum Ausdruck gekommen. Hannover aber pochte noch oft auf die im dänischen Kriege bewiesene gute deutsche Gesinnung und die großen Opfer, die es dort gebracht hatte. Die hannoversche Regierung versuchte ihre positive Einstellung auch weiterhin zu beweisen, indem sie ihre aus Schleswig-Holstein zurückkehrenden Truppen der Zentralgewalt zur Verfügung stellte, um Unruhen in Thüringen zu unterdrücken. Es war offenbar geworden, daß Frankfurt doch nicht auf die Unterstützung der Einzelstaaten verzichten konnte, und deshalb griff Hannover schnell zu; denn in den Einzelstaaten sah es, wenn nicht die einzigen, so doch die ausschlaggebenden Aufbauwerte deutschen Lebens.

Das zeigt uns auch eine andere Auseinandersetzung, die in diese Zeit nach Abschluß des Malmöer Waffenstillstandes fällt. Es ist die Frage des Gesandtschaftsrechtes der Einzelstaaten und der Gültigkeit der Reichsgesetze im Königreich Hannover.

Schon durch das Gesetz vom 28. Juni war bestimmt worden, daß die völkerrechtliche und handelspolitische Vertretung Deutschlands von der provisorischen Zentralgewalt ausgeübt werden sollte, die zu diesem Zwecke Gesandte und Konsuln zu ernennen hatte. Um die Ausführung dieses Programmpunktes bemühte sich die Zentralgewalt seit dem September 1848. Da Württemberg und Sachsen bereits ihre Gesandtschaften eingezogen hatten, handelte es sich nur noch um die Haltung Österreichs, Preußens, Bayerns und Hannovers.

Hannover vermied zunächst jede direkte Äußerung über diese Frage. Es wartete erst ab, wie sich die übrigen deutschen Staaten

verhielten.<sup>20</sup> Daß das Ministerium Bennigsen-Stüve auf seine Vertretungen im Auslande nicht ganz verzichten wollte, hatte es schon dem Verfassungsentwurf der Siebzehner gegenüber betont. Dem entsprechend fiel auch jetzt die Entscheidung aus. Die Regierung beschloß, ihre Gesandtschaften von allen den Posten einzuziehen, „wo nicht die Angelegenheiten und Interessen des Landes oder des Königlichen Hauses die Fortdauer einer diplomatischen Verbindung für jetzt noch dringend erheischen“.<sup>21</sup> Das bedeutete also praktisch: es blieb alles wie bisher. Die hannoverschen Gesandtschaften in London, Paris und im Haag blieben bestehen,<sup>22</sup> selbstverständlich auch die diplomatischen Vertretungen bei den deutschen Regierungen. Die Gesamtinteressen Deutschlands zu vertreten, überließ man zwar den Reichsgesandtschaften, die Aufgaben der hannoverschen Gesandtschaften blieben die speziell hannoverschen Interessen. Dabei wurde aber nicht zugegeben, wie das in dem betreffenden Erlaß der Zentralgewalt vom 20. September gefordert war, daß alle politischen Handlungen der Reichsgesandtschaften auch für die Gesandtschaften der Einzelstaaten verpflichtend seien. Das beweist deutlich genug, daß Hannover mit dem Zugeständnis der Reichsgesandtschaften keine grundlegende Änderung schaffen wollte. Ausschlaggebend sollten auch künftig die einzelstaatlichen Gesandtschaften bleiben, eine Tatsache, die sich erneut bestätigte, als die diplomatischen Vertretungen der Zentralgewalt, die im Auslande nun allenthalben eingerichtet wurden, auf zum Teil erhebliche Schwierigkeiten stießen. Die Reichsregierung in Frankfurt wünschte, daß die im Auslande vertretenen deutschen Einzelstaaten durch Kollektiverklärungen bei den betreffenden Regierungen die Stellung der Gesamtvertretung festigten.<sup>23</sup> Eine solche Erklärung war für Hannover unvorteilhaft, und darum unterblieb sie, zumal deshalb, weil auch Preußen und Bayern keineswegs bereit waren, auf die Bedeutung ihrer völker-

---

20. Schreiben an sämtliche Gesandtschaften vom 28. 9. 48, Hann. Des. 17 II Nr. 23.

21. Weisung an Bothmer vom 13. 11. 48, Hann. Des. 17 II Nr. 23.

22. Die Einziehung der hannoverschen Gesandtschaft in Rom war ohnehin geplant.

23. Note des Reichsaußenministeriums vom 14. 11. 48, Hann. Des. 17 II Nr. 23.

rechtlichen Vertretungen zu verzichten.<sup>24</sup> Eine Kollektiverklärung erstrebte allerdings auch die hannoversche Regierung in der Frage der Gesandtschaften, nur eine ganz andere als die Zentralgewalt. Sie wollte eine Übereinstimmung der deutschen Regierungen herbeiführen, weil sie hoffte, auch auf diese Weise die Zentralgewalt und die Nationalversammlung davon überzeugen zu können, daß wie in allen andern Punkten so auch hier eine ersprießliche Lösung nur möglich sei durch eine Vereinbarung mit den Regierungen.<sup>25</sup>

Daß für die Reichsdiplomatie wirklich ein Bedürfnis vorlag, gab Hannover zwar gern zu, doch die Art, in der sich die Frankfurter damit befaßten, wurde nicht gutgeheißen.<sup>26</sup> „Da wurde eine Theorie vom Bundesstaate inventirt, die vor allen Dingen die gemeinsame Vertretung im Auslande als Criterium aufstellte und jede Separatvertretung ausschloß.“<sup>27</sup> Der unitarische Zug, den die Verfassung damit erhielt, war überhaupt das Wesentliche, was die hannoversche Regierung auch bei dieser Gelegenheit in die Opposition trieb. Sie vertrat den Standpunkt des Staatenbundes, durch den sie die Souveränität der deutschen Einzelstaaten, die sie für lebensnotwendig hielt, allein gewahrt sah, und widersetzte sich deshalb auch allen Maßnahmen, die eine Vereinheitlichung im Gesandtschaftsrecht herbeiführen wollten, weil damit die einzelstaatlichen Interessen erheblich gefährdet werden konnten.

In dieselbe Zeit wie die Auseinandersetzung um das Gesandtschaftsrecht fiel auch die Diskussion darüber, ob die von der Nationalversammlung beschlossenen Reichsgesetze auch für Hannover verbindliche Kraft hätten oder nicht. Es handelte sich hierbei wesentlich darum, ob die hannoversche Regierung das Gesetz der Paulskirche vom 27. September anerkennen wollte; denn darin war die Rechtsgültigkeit der Reichsgesetze in den deutschen Einzelstaaten bereits verfügt.

---

24. Bericht der Berliner Gesandtschaft v. 10. 12. 48, Hann. Des. 17 II Nr. 23. Note des bayr. Min. d. ausw. Angel. v. 17. 12. 48, Hann. Des. 17 II Nr. 25.

25. Note an d. bayr. Min. d. ausw. Angel. v. 5. 12. 48, Hann. Des. 17 II Nr. 23.

26. (St ü v e): Deutschlands Bedürfnisse. Sendschr. an einen Frankfurter Reichstagsdeputierten, S. 37.

27. (St ü v e): Deutschlands Bedürfnisse, S. 39.

Hannover umging zunächst eine selbständige Entscheidung in dieser Angelegenheit. Es wandte sich erst einmal an Preußen, um dessen Ansicht darüber zu erfahren.<sup>28</sup> Schließlich wurde auch vom hannoverschen Justizministerium die Frage sorgfältig geprüft. Es gelangte zu dem Resultat, daß alle Zweifel über die Verbindlichkeit der Reichsgesetze erst dann beseitigt wären, wenn entweder jedes einzelne Gesetz oder das Reichsgesetz vom 27. September nach einer verfassungsmäßigen Mitwirkung der Stände durch den König veröffentlicht würde. Ohne ein solches Verfahren würde es immer zweifelhaft sein, welches Gesetz das ausschlaggebende wäre in dem Fall, wo Landes- und Reichsgesetz einander widersprächen. Es würde dann auf den politischen Standpunkt des einzelnen Richters ankommen, ob er sich für das eine oder das andere entscheiden wollte.<sup>29</sup>

Das Gesetz vom 27. September bedeutete eine wesentliche Änderung der hannoverschen Verfassung. Es sprach dem König grundlegende Souveränitätsrechte ab, um sie auf den Reichsverweser und die Nationalversammlung zu übertragen. Das hannoversche Justizministerium betonte daher ausdrücklich, daß die Reichsgesetze in dieser Hinsicht keineswegs auf eine Stufe gestellt werden könnten mit den Gesetzen der ehemaligen Bundesversammlung. Es bestand hier ein grundlegender Unterschied, weil die Regierung Hannovers jetzt nicht mehr mitwirken konnte, solche Beschlüsse zu fassen, wie das ja in der Bundesversammlung der Fall gewesen war. Aus dem Erlaß des Bundestages vom 12. Juli, durch den seine Befugnisse auf den Reichsverweser übertragen wurden, konnte also wenig gefolgert werden. Vor einer Verhandlung mit der Ständeverversammlung sollte daher die „Veröffentlichung dieser Gesetze durch einfachen Abdruck ohne irgendwelchen Zusatz eintreten“.<sup>31</sup> Die schon vorhandenen Bedenken konnten durch diese Art der Veröffentlichung nicht vermehrt werden. Im übrigen hatte man ja die

---

28. Note an die Berliner Gelandtschaft vom 14. 10. 48, Hann. Des. 17 II Nr. 7.

29. Schreiben des hannoverschen Justizministeriums an das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten vom 23. 10. 48, Hann. Des. 17 II Nr. 7.

30. Schreiben des Justizministeriums v. 23. 10. 48 a. a. O.

31. Schreiben des Justizministeriums v. 23. 10. 48 a. a. O.



Möglichkeit, einzelne besonders bedenkliche Gesetze einstweilen zurückzuhalten.

Danach verfuhr dann Hannover auch. Das Reichsgesetzblatt wurde im Lande verteilt, wie die erste Abteilung der hannoverschen Gesetzsammlung, aber ohne jeden Zusatz der Regierung, der die Reichsgesetze auch für Hannover für bindend erklärt hätte. Für ein Gesetz, das im Königreich Hannover zu Recht bestehen sollte, war nämlich erforderlich, daß es vom König offiziell verkündigt wurde. Das geschah mit den Reichsgesetzen nicht; denn die Anordnung des Königs, das Reichsgesetzblatt zu verteilen, kann als offizielle Verkündigung schlechterdings nicht angesehen werden. Es war dem Ministerium sicherlich klar, daß es auch bei diesem von ihm gewählten Verfahren nicht ganz unbeteiligt blieb, doch erschien ihm diese Form bedeutend ungefährlicher, als wenn der König die offizielle Verkündigung vorgenommen hätte,<sup>32</sup> ganz abgesehen davon, daß dieser bei seiner grundsätzlichen Abneigung gegen alles, was aus Frankfurt kam, auch niemals dazu bereit gewesen wäre.<sup>33</sup> Immerhin, was die hannoversche Regierung erreichen wollte, erreichte sie auf diesem Wege sicher genug: sie blieb in der Lage, während des Provisoriums der Reichsverfassung jeden Beschluß zu prüfen, und es war ihr möglich, die von ihr befürchtete Rechtsunsicherheit zu vermeiden, die eintreten mußte, wenn die Reichsgesetze veröffentlicht wurden, bevor das endgültige deutsche Verfassungswerk begründet war.<sup>34</sup> Durch baldige Vereinbarungen mit den Ständen sollten die hier noch vorliegenden Schwierigkeiten beseitigt und damit der Weg frei gemacht werden für eine verfassungsmäßige Entwicklung auch hinsichtlich der Frage, ob die Reichsgesetze in Hannover zu Recht beständen oder nicht.

Bei den bisher erlassenen Reichsgesetzen hatte die Regierung noch nicht so ernste Bedenken gehabt, als daß sie es darüber zu einem offenen Bruch oder zu einem unter allen Umständen uner-

---

32. Notatum vom 4. 11. 48, Hann. Des. 17 II Nr. 7.

33. Brief Ernst Augusts vom 17. 1. 49 an Friedrich Wilhelm IV. Revolutionsbriefe Nr. 166.

34. Schreiben an Bothmer vom 4. 11. 48, Hann. Des. 17 II Nr. 7. Der König machte zu dem Entwurf dieses Schreibens folgende bezeichnende Randbemerkung: „Approbirt, als ich bin nach dem Vortrage nicht compromittirt, als die Herren mir versichern.“



wünschten Konflikt mit der Nationalversammlung und Zentralgewalt hätte kommen lassen.<sup>35</sup> Und doch lag die Gefahr dazu in ihren bisherigen Maßnahmen begründet. Der hannoversche Bevollmächtigte bei der provisorischen Zentralgewalt erkannte sogleich, wie bedenklich die Entscheidungen seiner Regierung waren, wenn man einen Bruch mit der Paulskirche vermeiden wollte. Er zögerte deshalb anfangs, die Ansichten Hannovers amtlich in Frankfurt bekanntzugeben, und als er sie schließlich im Dezember der Zentralgewalt mitteilte, tat er das nur unvollkommen, um nicht erneute Unannehmlichkeiten mit der Paulskirche heraufzubeschwören.<sup>36</sup> Das war berechtigt; denn schon begannen sich erhebliche Konfliktsstoffe zwischen Hannover und Frankfurt anzuhäufen über die künftige deutsche Reichsverfassung, die nunmehr in Frankfurt ihren Vollendung entgegenging.

---

35. Notatum vom 4. 11. 48 a. a. O.

36. Bericht Bothmers vom 21. 12. 48, Hamm. Des. 17 II Nr. 7.

## V. Der Kampf gegen Reichsverfassung und Grundrechte.

Seit dem November 1848 traten die Beratungen der Paulskirche über die künftige deutsche Reichsverfassung immer mehr in den Mittelpunkt der hannoverschen Politik. Die Regierung erkannte sehr wohl, daß hier etwas geschaffen wurde, was ihren eigenen Interessen völlig widersprach und ihre bisherige Selbständigkeit notwendig beseitigen mußte. Daß sie keinesfalls bereit war, eine solche Lösung ohne weiteres hinzunehmen, haben wir schon im Vorhergehenden erkennen können. Und das blieb so, ja, die immer vorhandenen Gegensätze zwischen Hannover und Frankfurt verschärften sich nur noch, da so ernstlich die Eigenstaatlichkeit Hannovers vorher noch nicht gefährdet gewesen war. So erreichte denn der Kampf der hannoverschen Regierung um die Selbsterhaltung ihres Staates in dieser Auseinandersetzung über die Reichsverfassung seinen Höhepunkt. Sowohl die von Frankfurt als auch die von Preußen her drohende Gefahr wurde am größten und damit zugleich der Widerstandswille und die Widerstandskraft der hannoverschen Regierung gegen diese Gefahr. Hiermit ist schon angedeutet, daß wir es auch in diesem Kampf mit einer in der Hauptsache negativen Stellungnahme zu den großen Lebensfragen der Nation zu tun haben werden, wie sich ja überhaupt leichter sagen läßt, was Hannover in der deutschen Sache nicht wollte, als anzugeben, welche positiven Gedanken es in dieser Hinsicht hegte.

Schon in dem Schreiben an die Stände vom 7. Juli hatte Hannover grundsätzlich einer Verfassung seine Zustimmung versagt, die die Selbständigkeit der deutschen Einzelstaaten nicht genügend sicherstellte. Der König hatte damals erklärt, eher vom Thron zurückzutreten, als sich seine Unabhängigkeit wesentlich beschränken zu lassen. Die hannoversche Regierung, die ernstliche revolutionäre Erschütterungen nicht durchzumachen gehabt hatte,

begriff nicht die fieberhafte Bewegung, mit der man in Frankfurt und anderswo nach Heilmitteln für Übel suchte, die sie selbst nicht kannte. Das Ministerium war sogar überzeugt, daß diese Bestrebungen ihm selbst nur neue Schwierigkeiten bereiteten.<sup>1</sup> Diese Ansicht hatte Hannover schon gegenüber dem Verfassungsentwurf der siebenzehn Vertrauensmänner bewährt und zeigte sie nunmehr aufs Neue auch gegenüber der Verfassung, die von der Paulskirche beraten wurde. Das Werk der Siebzehner hatte Hannover allerdings noch mit mehr Gleichmut betrachtet, als die Reichsverfassung, die jetzt in der Nationalversammlung entstand. Bei den Siebzehnern war ja noch die Möglichkeit vorhanden, durch den Bundestag die Meinung der Einzelstaaten gehörig zur Geltung zu bringen. Das war jetzt nicht mehr möglich oder wenigstens doch sehr unwahrscheinlich, da die Regierungen untereinander nicht einig waren und somit die Paulskirche zwingen, von sich aus vorzugehen. Damit war jede einzelstaatliche Einflußnahme beseitigt, und gleichzeitig war der Gedanke des Staatenbundes verlassen, an dem Hannover während der ganzen Auseinandersetzungen der Jahre 1848/49 festhielt. Das sah es nun als sehr gefährlich an, und so setzte es mit seinem Kampf an dieser Stelle ein. Es verfocht das Recht der Regierungen, über die künftige Verfassung mitzubestimmen, und ging dabei aus von dem Grundsatz, daß das Verfassungswerk auf einer Vereinbarung der Volksvertreter mit den Regierungen beruhen sollte. Das hätte nach der Ansicht der hannoverschen Regierung letzten Endes darauf hinauslaufen müssen, daß die künftige Verfassung auch alle Wünsche der Einzelstaaten aufnehmen mußte, daß also, wenn man den Gedanken folgerichtig zu Ende denken will, auf diese Weise der Staatenbund „verfassungsmäßig“ gesichert worden wäre. Damit beabsichtigte Hannover an der Grundlage des Deutschen Bundes festzuhalten, die die Paulskirche überwinden wollte.

Den eigentlichen Anstoß erhielt dieser Kampf um die Reichsverfassung durch die Frage der Grundrechte, die ja einen Teil der künftigen Verfassung bilden sollten. Bereits am 22. Oktober hatte der Reichsminister des Innern die in erster Lesung beschlossenen

---

1. Artikel: Die Resultate des Ländtags. Hannoversche Zeitung v. 14. 7. 48, Nr. 183. Nach einem vertraul. Bericht d. preußischen Gesandtschaft v. 15. 7. (G.St.A. AA I Ag 14) ist dieser Artikel von Stüve verfaßt.

Grundrechte den Regierungen bekannt gegeben und sie aufgefordert, die notwendigen Vorbereitungen zu treffen, um die Grundrechte nach der zweiten Lesung möglichst schnell durchführen zu können.<sup>2</sup> Das entsprach allerdings gar nicht den Absichten der hannoverschen Regierung, die hinsichtlich der Grundrechte noch erheblichere Bedenken hatte, als sie von ihr bei der Veröffentlichung der Reichsgesetze geäußert worden waren.

Wenn das Verfassungswerk im Einverständnis zwischen den Regierungen und Volksvertretern zustandekommen sollte, wie Hannover das wünschte, so kam es darauf an, jeden Schritt zu vermeiden, der einer Förderung der Verfassungsarbeit hinderlich sein konnte. Einen solchen Schritt sah aber die hannoversche Regierung in dem Rundschreiben vom 22. Oktober und der darin ausgesprochenen Aufforderung, mit den Vorarbeiten für die Veröffentlichung der Grundrechte zu beginnen.<sup>3</sup> Ganz abgesehen davon, daß sie eine erhebliche Änderung der Grundrechte in der zweiten Lesung für unbedingt erforderlich hielt, war die Regierung auch überzeugt, daß diese Beschlüsse nicht auf einem wirklichen politischen Bedürfnis beruhten, also schon aus diesem Grunde für die gegenwärtige Zeit, die zunächst das Notwendige berücksichtigen mußte, überflüssig wären.<sup>4</sup> Außerdem bedeuteten die Grundrechte tiefe Eingriffe in die Privatrechte der Einzelnen und mußten, wie man in Hannover meinte, durch die Unbestimmtheit ihrer Fassung, zu einer nicht tragbaren Rechtsunsicherheit führen. Diese Bedenken waren gewiß berechtigt. Forderungen wie Teilbarkeit von Grund und Boden, Trennung von Kirche und Schule, Unentgeltlichkeit des Volksschulunterrichtes usw. glaubte das Ministerium keinesfalls durchführen zu dürfen. Es war darin grundsätzlich anderer Meinung als die Nationalversammlung. Namentlich im Hinblick auf das Recht am Grund und Boden stand es prinzipiell auf dem Standpunkt, daß hannoversches Landrecht Reichsrecht bricht.<sup>5</sup> Die Regierung war der Ansicht, daß die Grundrechte für das Land verderblich und damit unausführbar seien. Sie hoffte, daß sich

---

2. Rundschreiben des Reichsinnenministeriums v. 22. 10. 48 bei Roth und Merck: Quellensammlung Bd. 2, S. 126.

3. Schreiben an Bothmer v. 11. 11. 48, Hann. Des. 17 II Nr. 5.

4. Schreiben an Bothmer v. 11. 11. 48 a. a. O. auch für folgendes.

5. (Stüve): Deutschlands Bedürfnisse S. 9.

davon auch das Reichsministerium noch würde überzeugen lassen, an das sie sich zu diesem Zwecke mit einer entsprechenden Denkschrift wandte, die von Bothmer allerdings erst im Dezember bei der Zentralgewalt eingereicht wurde, als es bereits zu spät dafür war.

Hannover glaubte, daß es mit dieser Haltung wichtigste Interessen des nördlichen Deutschland vertrat und zugleich dem Gesamt-vaterland einen Dienst erwies dadurch, daß es auf zu weitgehende Beschlüsse aufmerksam machte, die das Zustandekommen des ganzen Verfassungswerkes gefährden könnten. Nach seiner Ansicht mußten die Beschlüsse der Nationalversammlung so beschaffen sein, daß sie für die Regierungen annehmbar wären, das heißt also, die Interessen der Einzelstaaten durch sie nicht verletzt würden. So betonte das hannoversche Ministerium denn ausdrücklich, daß seine Erklärung gegen die Grundrechte „aus Pflichtgefühl und Vaterlandsliebe“ erwachsen sei.<sup>6</sup> Hinzu kam noch, daß Hannover es an sich schon für bedenklich hielt, einen Teil des Verfassungswerkes zu veröffentlichen, solange man nicht den Überblick über das ganze besaß.

Nur in einem Fall war Hannover bereit, auch in der Frage der Grundrechte nachzugeben: „würden diese Übel der Preis sein um welchen die Eintracht des deutschen Vaterlandes allein zu erkaufen wäre, so dürfte die Kgl. Regierung die Übernahme derselben nicht scheuen. Anders aber liegen die Verpflichtungen wenn, abgesehen von dem großen Einigungswerke, es sich allein um diese Bestimmungen handelt.“<sup>7</sup> Damit sagte sich die Regierung also praktisch von jeder Verpflichtung hinsichtlich der Grundrechte los. Unter Hinweis darauf, daß sie den Rechtszustand vor Ungewißheit und Unsicherheit bewahren wollte, suchte sie auch eine Maßnahme zu vermeiden, die ihren partikular-hannoverschen Bestrebungen hätte gefährlich werden können.

Die Grundrechte würden in der Tat in Hannover einer Verfassungsänderung gleichgekommen sein, und die durfte die Regierung nur mit Zustimmung der Ständeversammlung durchführen, wie das in den Artikeln 65, 71, 102 und 103 des neuen Landesver-

---

6. Weisung an die Berliner Gesandtschaft v. 21. 1. 49, Hann. Des. 17 I Nr. 1 e.

7. Schreiben an Bothmer vom 17. 12. 48 bei Roth und Merck: Quellensammlung Bd. 2, S. 148.



fassungsgesetzes vom 5. September 1848 festgelegt war. So sah Hannover denn in dem Plan der Zentralgewalt, die Grundrechte zu veröffentlichen, einen „Angriff auf die gültig bestehenden Verfassungen“.<sup>8</sup> Nur das Zustandekommen der neuen Reichsverfassung, die auf einer Vereinbarung zwischen Volksvertretern und Regierungen beruhen sollte, konnte diese Stellung ändern. Das hannoversche Ministerium berief sich dabei auf den Beschluß der Nationalversammlung vom 27. Mai, in dem ausdrücklich bestimmt worden war, daß die deutschen Einzelverfassungen solange ihre Gültigkeit behielten, bis das allgemeine Verfassungswerk vollendet sei. Die Regierung verwies ferner auf den Beschluß vom 28. Juni, der die Zentralgewalt von der Einwirkung auf das Verfassungswerk ausgeschlossen hatte, und sie empfahl dringend, „Verhältnisse unverletzt zu erhalten, an deren unsanfter Berührung das ganze Verfassungswerk scheitern könnte“.<sup>9</sup>

Vor allem machte Hannover auch darauf aufmerksam, daß sich die Veröffentlichung der Grundrechte sehr ungünstig auf das Verhältnis Österreichs zu Deutschland auswirken würde; ja, es befürchtete, daß die Grundrechte dem Beitritt Österreichs zu dem künftigen deutschen Staate unüberwindliche Hindernisse in den Weg legten. Derartige Argumente lassen uns scheinbar eine wirklich deutsche — und zwar eine großdeutsche — Gesinnung bei der hannoverschen Regierung voraussetzen, aber doch nur scheinbar. Letzten Endes handelte es sich für Hannover immer wieder darum, die eigenen Interessen genügend gewahrt zu sehen. Darüber kann das großdeutsche Vokabular, in das man die partikularen Absichten kleidete, nicht hinwegtäuschen. Gewiß waren die Beziehungen des hannoverschen Hofes und besonders des Königs Ernst August zu Österreich überaus rege und freundschaftlich; doch es fragte sich, warum das der Fall war. Bei dem König mag mitgesprochen haben, daß Österreich es besser verstand, die Mittelstaaten zu behandeln als Preußen. Entscheidend war das jedoch nicht. Ihm und seiner Regierung ging es hauptsächlich darum, bei Österreich einen Halt zu finden gegen die Gefahr, die von Preußen her drohte. Es kam darauf an, mit Österreich, dessen Außenpolitik auch 1848

---

8. Weisung an Bothmer v. 17. 12. 48 a. a. O.

9. Weisung an Bothmer v. 17. 12. 48 a. a. O.

antinationale bestimmt und von legitimistisch-dynastischen Gesichtspunkten beherrscht war, die deutschen Einzelstaaten in ihrer bisherigen Souveränität zu erhalten. Aus diesem Grunde neigte Hannover, das sich erst stark an Preußen angelehnt hatte, seit dem Herbst 1848 immer mehr zu Österreich. Für die Stellung der hannoverschen Regierung, die von der Idee ausging, eine Reform auf der Grundlage des Deutschen Bundes herbeizuführen, ist das sehr bezeichnend. Als sie seit dem April 1849 sich wieder eine Zeitlang an Preußen anschloß, hat sie damit ihre „größtdeutschen Ideale“ nicht verlassen. Bei allen wichtigen Entscheidungen, bei denen die einzelstaatliche Souveränität auf dem Spiel stand, wies das Ministerium auf Österreich.

Aus diesem Grunde lehnte die Regierung auch eine Veröffentlichung der Grundrechte ab und behielt sich ihr eigenes Recht und das ihrer Landesvertretung bewußt vor.<sup>10</sup>

Bothmer äußerte sich dementsprechend ebenfalls ablehnend zu dem Einführungsgesetz der Grundrechte, als es in der Sitzung des Reichsministeriums vom 23. Dezember darüber zu einer Aussprache kam.<sup>11</sup> Er betonte bei dieser Gelegenheit ganz deutlich, daß die Veröffentlichung der Grundrechte, wenn das Reichsministerium darauf bestände, genau so erfolgen würde, wie bisher die Reichsgesetze in Hannover bekannt gegeben seien, also in einer Form, durch die die Geltung der Grundrechte nicht hergestellt würde und es den Ständen überlassen bliebe, festzusetzen, welche Bedeutung ihnen beizumessen sei.

Für Frankfurt hatte Hannover damit erneut bewiesen, daß der einzige Maßstab seines Handelns partikularistisch war, und die Angriffe aus der Paulskirche ließen daher auch nicht lange auf sich warten. Bereits am 9. Januar 1849 wandte sich eine Reihe hannoverscher Abgeordneter deswegen an die Zentralgewalt.<sup>12</sup> Gagern antwortete darauf in einer Form, die der hannoverschen Regierung außerordentlich entgegenkam. Er betonte die Bereitwilligkeit, mit der sie Truppen für den Reichsdienst zur Verfügung gestellt habe, verwies auf die Pünktlichkeit, mit der die Beiträge für die deutsche Flotte eingezahlt seien und erwähnte, wie die Haltung Hannovers

---

10. Weisung an Bothmer v. 17. 12. 48 a. a. O.

11. Protokoll der Sitzung, Hann. Des. 17 II Nr. 5.

12. Stenographische Berichte S. 4477/78.

in handelspolitischen Fragen den Absichten der Zentralgewalt entspreche. Gagern erklärte weiterhin, daß auch nicht die Grundrechte zum Schutze der Freiheit in Hannover Bedenken erregt hätten, sondern die von der Teilbarkeit des Grundeigentums handelnden Paragraphen. Er stellte alledem gegenüber aber auch eindeutig fest, daß die Grundrechte in Hannover zu Recht beständen und daß sie auf Grund des Reichsgesetzes vom 27. September 1848 gesetzliche Kraft besäßen. Würden daher die Grundrechte in Hannover nicht vollzogen, so würde die Zentralgewalt „demgemäß“ verfahren.<sup>13</sup>

Daß bei der Haltung Hannovers wirklich sachliche Bedenken gegen die Grundrechte bedeutungsvoll waren, steht ganz außer Zweifel. Entscheidend allerdings war der Gedanke, daß es grundsätzlich abzulehnen sei, hier der Zentralgewalt entgegenzukommen; denn hatte die Regierung erst in dieser Frage einmal nachgegeben, so war es nur noch ein Schritt, um von der Zentralgewalt zu weiteren Zugeständnissen veranlaßt zu werden. Hatte sie die Grundrechte durchgeführt, die ja einen Teil der künftigen Verfassung bilden sollten, so war sie damit auch zur Annahme der übrigen Teile des Verfassungswerkes verpflichtet.<sup>14</sup> Das wollte Hannover unter allen Umständen vermeiden, solange nicht eine Vereinbarung zwischen den Regierungen und den Frankfurter Gewalten zustande gekommen war. Dieser Grundsatz der Vereinbarung, der die Richtschnur Hannovers in der Verfassungsfrage war und blieb, wurde von ihm auch für die Grundrechte in Anspruch genommen, so daß es auch in dieser Hinsicht erst dann auf die Frankfurter Beschlüsse eingehen konnte, wenn der Einfluß der Regierungen entsprechend gewährleistet war. So kann es uns denn auch nicht wundern, daß Hannover sich in dieser Zeit damit befaßte, zu einer Verständigung der Regierungen über die Frankfurter Verfassung und damit verbunden die Grundrechte zu gelangen.

Je mehr das Verfassungswerk der Paulskirche seiner Vervollendung entgegenging, umso mehr und umso eingehender befaßte sich Hannover mit dem Problem, wie das Recht und die Bedürfnisse der Einzelstaaten den Volksvertretern gegenüber entschieden genug

---

13. Erklärungen Gagerns, Stenographische Berichte S. 4752 ff.

14. (Stüve): Das Bündnis der drei Königreiche Preußen, Sachsen und Hannover vom 26. Mai 1849, S. 76.

zur Geltung gebracht werden sollten. Es handelte sich darum, in welcher Form man den Vereinbarungsgrundsatz, der in den Bundesbeschlüssen vom 30. März und 7. April vorgesehen war, praktisch verwirklichte und auf diese Weise „die formelle Gültigkeit und materielle Tüchtigkeit“<sup>15</sup> der zukünftigen Verfassung vor allem Zweifel sicherte.

Diese Dinge spielten in der hannoverschen Politik seit dem November 1848 eine nicht zu unterschätzende Rolle, wenn sie auch anfangs, wenigstens äußerlich, noch in den Hintergrund traten vor der Auseinandersetzung um die Grundrechte, die in dieser Zeit Hannovers überwiegendes Interesse beanspruchten. Das Ergebnis, zu dem die hannoversche Regierung schon verhältnismäßig früh kam, war der Plan eines Staatenhauses, das neben der Nationalversammlung errichtet werden sollte.<sup>16</sup> Die Vereinbarung wünschte Hannover dadurch zu erreichen, daß diesem Staatenhause das Recht zugebilligt würde, über das Verfassungswerk mitzuberaten und mitzubeschließen; denn die Nationalversammlung allein hatte sich ja bisher als unfähig erwiesen, die Rechte und Interessen der deutschen Einzelstaaten genügend zu berücksichtigen.

Dabei stand die Regierung anscheinend auf dem Standpunkt, daß die Schwierigkeiten, die einem solchen Verfahren in der Paulskirche entgegenstehen mußten, durch ein gemeinsames Vorgehen der deutschen Staaten beseitigt werden könnten. Dieser Plan, der nach hannoverscher Ansicht eine segensreiche Entwicklung verbürgte, wurde von dem Ministerium in der Folgezeit immer wieder in die Diskussion geworfen, zumal deshalb, weil es wußte, daß auch andere Staaten — hauptsächlich Preußen —<sup>17</sup> nach wie vor auf dem Grundsatz der Vereinbarung zwischen den Regierungen und dem Frankfurter Parlament beharrten. Hannover war daher auch zu Verhandlungen mit Preußen über diesen Gegenstand im eigensten Interesse bereit.<sup>18</sup> Verhandlungen suchten übrigens auch Bayern und Württemberg herbeizuführen und hatten in Berlin und

---

15. Entwurf zu einer Antwort an den bayr. Geschäftsträger in Hannover auf dessen Rückfrage v. 17. 11. 48 (undatiert), Hann. Des. 17 I Nr. 1 d.

16. Entwurf zu einer Antwort . . . a. a. O. auch für folgendes.

17. Bericht des Grafen Platen aus Berlin v. 6. 12. 48, Hann. Des. 17 I Nr. 1 d.

18. Schreiben an Bothmer v. 8. 12. 48, Hann. Des. 17 I Nr. 1 d.



Dresden deshalb eine Punktation eingereicht, die als Verhandlungsgrundlage dienen sollte. Hannover vertrat bis zu einem gewissen Grade also auch in dieser Hinsicht allgemein mittelstaatliche Ansichten. Vor allem hatte es dabei auch schon die Gefahr im Auge, die aus einer preußischen Lösung der Oberhauptsfrage erwachsen konnte. Diese „unausführbare Schöpfung einer doctrinären Professoren-Theorie“<sup>19</sup> wurde von ihm am heftigsten befehdet und bewirkte, daß Hannover im Laufe der weiteren Entwicklung nur noch mehr auf die Seite Österreichs gedrängt wurde.

Zu den in Berlin geplanten Verhandlungen kam es nicht. Der hannoversche Staatenhausplan blieb zunächst ein Plan, an seine Verwirklichung war vorerst noch nicht zu denken. Auch die Bemühungen Bayerns in Berlin scheiterten.<sup>20</sup> Das hinderte Hannover nun aber nicht, rastlos weiter gegen die Frankfurter und ihr Werk zu arbeiten.

Wenn man die hannoversche Politik in allen Einzelheiten während dieser Tage verfolgt, so sieht man recht deutlich, was für eine tiefe Abneigung der König Ernst August wie sein Ministerium gegen alles hatte, was in Frankfurt geschah, und wie sie im Grunde den Frankfurter Plan, einen starken und einheitlichen deutschen Plan zu begründen, nur verwünschten. Einem so feinsinnigen Beobachter wie dem preußischen Gesandten von Schleinitz konnte das nicht entgehen. Er sah es ganz klar und brachte es in seinen Berichten auch des öfteren zum Ausdruck, daß der eigentliche und innerste Wunsch Hannovers war, daß die Frankfurter Versammlung durch die Macht der Umstände gezwungen würde, ihre Idee eines die Einzelstaaten umfassenden deutschen Reiches zu verlassen und zum Staatenbunde zurückzukehren.<sup>21</sup> Die hannoversche Regierung fürchtete, „daß eine unzeitige oder den thatsächlich bestehenden Verhältnissen nicht entsprechende Entscheidung dieser schwierigen Frage nicht allein die deutsche Einheit, die man von jeher hier für eine Unmöglichkeit gehalten hat, sondern auch die deutsche Einigkeit und ihr letztes Symbol, die Frankfurter National-

---

19. Vertraul. Bericht d. preuß. Gesandtschaft v. 19. 12. 48, G.St.A. AA I Ag 14.

20. Bericht Platens aus Berlin v. 14. 12. 48, Hann. Des. 17 I Nr. 1 d.

21. Vertraul. Bericht d. preuß. Gesandtschaft v. 19. 12. 48 a. a. O.



Versammlung, zu Grabe tragen werde.“<sup>22</sup> Stüve warf bereits allen Ernstes die Frage auf, ob es nicht doch das Richtigste sein würde, wenn Deutschland zum Bundestag zurückkehrte.<sup>23</sup> Im übrigen war er sich darüber klar, daß die Mittelstaaten bei Lage der Dinge nur abwarten könnten, um es weder mit Österreich noch mit Preußen zu verderben.<sup>24</sup>

Für umso wünschenswerter hielt es die hannoversche Regierung aber, daß Preußen mit einer offenen und bestimmten Erklärung die Zentralgewalt auf das Vereinbarungsprinzip in der Verfassungsfrage hinwies. Sie sah darin einen Schritt, der zur Beruhigung der Gemüter nötig war und zugleich die Paulskirche in den rechten Schranken hielt. Sie suchte daher, durch ihren Gesandten in Berlin in diesem Sinne zu wirken.<sup>25</sup> Denselben Plan verfolgte Hannover in Wien,<sup>26</sup> um durch eine entsprechende Erklärung der beiden deutschen Großmächte in Frankfurt nur umso schneller und sicherer den Grundsatz der Vereinbarung durchsetzen zu können. Eine solche Note Preußens erschien am 23. Januar. Hannover begrüßte es, daß Preußen sich damit an die Spitze stellte und eine Verständigung anzubahnen suchte. Es drängte daher sofort darauf, daß nunmehr Regierungserklärungen über die Verfassung abgegeben würden,<sup>27</sup> um Änderungen im Sinne der Einzelstaaten zu erreichen. Eine solche Erklärung wie die Preußens vom 23. Januar war dem Ministerium Bennigsen-Stüve vor allem deshalb willkommen, weil sie ihm die Möglichkeit gab, sich bei etwaigen Schwierigkeiten mit der Anfang Februar zusammentretenden Ständeversammlung darauf zu berufen. Und doch hätte die hannoversche Regierung diese Note gern anders gehabt. Sie bedauerte vor allem die Art, in der Preußen die österreichische

---

22. Bericht d. preuß. Gesandtschaft v. 4. 1. 49, G.St.A. AA I Ag 16.

23. Brief Stüves an Detmold v. 23. 12. 48, Quellen und Darst. z. Gesch. Nieders. Bd. 13 Nr. 80.

24. Brief Stüves an Detmold v. 4. 1. 49, Quellen u. Darst. z. Gesch. Nieders. Bd. 13 Nr. 86.

25. Weisung an die Berliner Gesandtschaft v. 21. 1. 49, Hann. Des. 17 I Nr. 1 e.

26. Instruktion für die Wiener Gesandtschaft v. 21. 1. 49, Hann. Des. 17 I Nr. 1 e.

27. Schreiben an Schleinitz v. 28. 1. 49, Hann. Des. 17 I Nr. 1 e.

Frage beurteilte.<sup>28</sup> In dieser Hinsicht hielt Hannover es für unerlässlich, Normen zu finden, die den unentbehrlichen Fortbestand der Beziehungen Österreichs zu Deutschland garantierten.<sup>29</sup> Ferner vermißte das Ministerium, daß Preußen die Grundrechte entschieden ablehnte, und es wünschte, daß man in Berlin auch den Grundrechten gegenüber noch erklärte, daß der Grundsatz der Vereinbarung auf sie anzuwenden sei.<sup>30</sup>

Im übrigen nahm die hannoversche Regierung mit den Vorschlägen Stüves zur deutschen Frage ihren Staatenhausplan wieder auf, den sie für ein wahres Bedürfnis der Zeit hielt, und durch den sich ihrer Ansicht nach eine gesunde und fördernde Entwicklung anbahnen ließ.<sup>31</sup> Das Staatenhaus, an das Stüve dachte, sollte zunächst provisorisch sein und seine Aufgabe darin bestehen, mit der Nationalversammlung das Verfassungswerk zustande zu bringen. Die Zentralgewalt sollte zu diesem Zwecke eine Verständigung mit den Regierungen herbeiführen und in den beiden Häusern des Reichstages, dem Staatenhaus und dem Volkshaus, dann die entsprechenden Schritte in die Wege leiten. Von der Verfassung selbst wollte Stüve zunächst die Teile eingeführt sehen, die sich sowohl mit dem Gedanken des Frankfurter Bundesstaates vereinbaren ließen als auch mit dem eines Staatenbundes, da diesen Teilen ja die geringsten Schwierigkeiten im Wege standen. Die kritischen Punkte — das waren für Hannover vor allem die Bundesstaatsidee und die Oberhauptsfrage — sollten bis zum Schluß gelassen werden. Dabei hoffte Stüve wohl im stillen, daß man schließlich doch beim Staatenbunde stehen blieb, wenn man so verfuhr.

Das Problem Österreich und die Frage des engeren Bundesstaates, wie sie durch die preußische Zirkulardepesche vom 23. Januar aufgefaßt waren, suchte die hannoversche Regierung zunächst auf diese Weise zu umgehen, indem sie sie mehr oder

---

28. Schreiben an die Berliner Gesandtschaft v. 26. 1. 49, Hann. Des. 17 I Nr. 1 e.

29. Schreiben an Schleinitz v. 28. 1. 49 a. a. O.

30. Note an die Berliner Gesandtschaft vom 2. 2. 49, Hann. Des. 17 I Nr. 1 e.

31. Vorschläge Stüves zur deutschen Frage v. 3. 2. 49, Hann. Des. 17 I Nr. 1 e. Auch für folgendes. Aktenanhang Nr. 1.

weniger der Zukunft überließ. Bestimmt war diese Haltung durch die Absicht, die Gefahr eines engeren Bundesstaates mit preußischer Spitze, die das Ministerium Bennigsen-Stüve immer wieder als Schreckgespenst vor Augen hatte, abzuwenden. Ebenfalls deshalb beabsichtigte es auch die Spannungen zwischen den beiden deutschen Großmächten zu beseitigen, die durch die preußischen Erklärungen hervorgerufen waren. Die geeignete Vermittlungsgrundlage sah die Regierung in den Stüveschen Vorschlägen zur deutschen Frage. Wangenheim wurde denn auch damit nach Berlin abgeordnet, um für die Ansichten Hannovers Stimmung zu machen. Ein Erfolg war jedoch diesem Verständigungsversuch nicht beschieden. Die Berliner Regierung fürchtete die Schwierigkeiten, auf die der Plan eines provisorischen Staatenhauses gerade in Österreich stoßen konnte, und machte auf die außerordentlichen Widerstände aufmerksam, die einem Vorgehen im Sinne Hannovers in Frankfurt erwachsen mußten.<sup>32</sup>

Die Ansichten in Hannover wurden durch diese ablehnende Haltung nicht geändert. Für das hannoversche Ministerium bedeutete die Vereinbarung über das Verfassungswerk und die Verständigung zwischen Österreich und Preußen eine Frage von grundsätzlicher Bedeutung, auf die es wesentlich ankam, wenn die Souveränität des hannoverschen Staates im bisherigen Sinne erhalten bleiben sollte. Es ging darum, Österreich und Preußen in dem künftigen deutschen Reiche zu vereinigen, um dadurch ihre latente Rivalität zu erhalten und die Unabhängigkeitsgelüste der Mittelstaaten zu bestärken. Die Regierung knüpfte damit geschickt an gewisse Tendenzen an, die in der Einheitsbewegung selbst vorhanden waren, oder doch vorhanden gewesen waren. Wie für die Anfänge der Paulskirche das deutsche Problem nur eine gesamtdeutsche Frage gewesen war, so war es für das Empfinden weiter Kreise des deutschen Volkes zunächst völlig unmöglich, an die Gründung eines deutschen Staates ohne Österreich zu glauben. Wenn Hannover aber eine preußisch-kleindeutsche Lösung der deutschen Frage ablehnte, so war dabei das Partikularinteresse des hannoverschen Staates maßgebend. Das hannoversche Ministerium befürchtete von einem Reich unter preußischer Spitze wesentliche

---

32. Bericht Wangenheims aus Berlin v. 6. 2. 49, Hann. Des. 17 I Nr. 1 e.

Beschränkungen seiner Souveränität, und deshalb wandte es sich gegen alle Schritte, die geeignet waren, eine solche Regelung zu ermöglichen. Dabei darf allerdings nicht unerwähnt bleiben, daß genau so, wie ein preußisches Kaisertum von der hannoverschen Regierung abgelehnt wurde, auch eine Hegemonie Österreichs bekämpft worden wäre, da es immer das oberste Ziel Hannovers war, für die Leitung der Bundesregierung „den Charakter einer delegierten Gewalt“<sup>33</sup> zu betonen. Aber das konnte am ersten und besten erreicht werden, wenn Österreich und Preußen in dem künftigen deutschen Reiche vereint blieben; denn es war schlechterdings unmöglich, Österreich Preußen oder Preußen Österreich unterzuordnen. Das wußte Hannover nur zu genau<sup>34</sup> und beabsichtigte, aus diesen Zuständen auch für die eigene Lage möglichst viel zu gewinnen.

Aus dieser Erwägung heraus hielt die hannoversche Regierung auch immer wieder ihren Plan eines provisorischen Staatenhauses für das geeignete Mittel, um zu einer geordneten Lage der Dinge zu gelangen. Sie sah hierin die Möglichkeit, eine Lücke des Gesetzes vom 28. Juni auszufüllen. Das gute Einvernehmen zwischen Österreich und Preußen, das Hannover für eine gedeihliche Entwicklung für unbedingt notwendig betrachtete, sah sie ebenfalls darin gewährleistet und glaubte auch, daß der Plan selbst in der Paulskirche ein „unentbehrliches patriotisches Vertrauen“ zu den Regierungen herbeiführen könnte.<sup>35</sup>

Vor allen Dingen suchte die hannoversche Regierung auch die übrigen Mittelstaaten für diesen Plan zu gewinnen und wandte sich deswegen an Bayern, Sachsen und Württemberg,<sup>36</sup> um die hannoversche Ansicht geltend zu machen. Die Regierung beauftragte ferner ihren Bevollmächtigten bei der provisorischen Zentralgewalt, von Frankfurt aus für den Staatenhausplan Stimmung zu machen und sich darüber mit den Bevollmächtigten von Bayern, Sachsen und Württemberg zu verständigen. Gegenüber der Nationalver-

---

33. Bericht d. preuß. Gesandtschaft v. 10. 1. 49, G.St.A. AA I Ag 16.

34. Bericht d. preuß. Gesandtschaft v. 14. 2. 49, G.St.A. AA I Ag 16.

35. Note an die Berliner Gesandtschaft v. 10. 2. 49, Hann. Des. 17 I Nr. 1 e.

36. Schreiben an d. sächs. Min. d. ausw. Ang. v. 10. 2. 49, Note an die Münchener Gesandtschaft v. 20. 2. 49, Hann. Des. 17 I Nr. 1 e.



sammlung war Hannover allerdings nicht bereit, die Initiative zu ergreifen. Das sollte seiner Ansicht nach Preußen tun. Der Aufforderung Gagerns, vor der zweiten Lesung des Verfassungsentwurfes die Ansichten der Regierungen dazu zu äußern, traute nämlich Hannover nicht so recht.<sup>37</sup> Sein Ministerium war vielmehr der Meinung, daß ein Einvernehmen der deutschen Regierungen unter Preußens Führung erreicht werden sollte, um dann in geschlossener Front der Paulskirche entgegenzutreten und ihr so die Rechte und Interessen der Einzelstaaten eindringlich zum Bewußtsein zu bringen.

Hannover hielt das umso mehr für nötig, als das Frankfurter Parlament bereits mit der zweiten Beratung der Verfassung begonnen hatte, ohne daß den Regierungen Zeit gelassen worden war, ihre Ansichten zu äußern, wie das die preußische Zirkulardespeche vom 23. Januar in Aussicht genommen hatte.

Das Ministerium Bennigsen-Stüve wünschte ferner deshalb einen gemeinsamen Schritt der deutschen Regierungen, weil Österreich immer noch nicht die ihm entsprechende Teilnahme an den deutschen Dingen zugesichert war. Da es seinen Staatenhausplan auch hierfür als wirksames Heilmittel ansah, pries es ihn nunmehr auch in Österreich an,<sup>38</sup> um damit einen ernstlichen Konflikt zwischen Österreich und Preußen in der Verfassungsangelegenheit zu vermeiden; denn gerade in dieser Frage hielt Hannover, wie wir sahen, das Zusammenwirken der beiden deutschen Großmächte für besonders wichtig.<sup>39</sup> Es versuchte daher noch einmal, eine gewisse vermittelnde Haltung einzunehmen, als sich Anfang Februar die Gelegenheit dazu bot durch die Anwesenheit Brenners in Hannover, der dorthin von Wien aus zu Verhandlungen geschickt war. Das Ministerium nahm dabei in erster Linie Stellung gegen ein einheitliches Oberhaupt des künftigen Reiches, denn es war der Ansicht, daß gerade diese Form die Einigung sehr erschweren würde, ja, ihr unüberwindliche Hindernisse in den Weg legen

---

37. Weisung an die Wiener Gesandtschaft v. 10. 2. 49, Hann. Des. 17 I Nr. 1 e.

38. Weisung an die Wiener Gesandtschaft vom 10. 2. 49 a. a. O.

39. Note an den österreichischen außerordentlichen Abgesandten von Brenner v. 13. 2. 49, bei Roth und Merck: Quellensammlung, Bd. 2, S. 276.



müßte. Gewiß wollte auch Hannover eine Zentralgewalt, aber mit der wesentlichen Einschränkung, daß der „Erhaltung der einzelnen deutschen Staaten zur Pflege ihrer mannigfaltigen Bedürfnisse und Interessen unentbehrlichen Selbständigkeit“ dadurch kein Abbruch getan würde.<sup>40</sup> Im übrigen erklärte sich die hannoversche Regierung weder vorbehaltlos für Österreich noch für Preußen, sie nahm von beiden an, was ihren eigenen Anschauungen entsprach, und lehnte ab, was ihnen nicht entsprach.

Doch die von Hannover erstrebte Verständigung der deutschen Regierungen, besonders die zwischen Österreich und Preußen, scheiterte schließlich daran, daß der Stüvesche Plan eines provisorischen Staatenhauses in Berlin jetzt endgültig verworfen wurde mit der Begründung, daß eine solche Gestaltung sich nicht verwirklichen ließe.<sup>41</sup> Hannover glaubte deshalb, von Preußen in der Vereinbarungsfrage nichts Bestimmtes mehr erreichen zu können; doch weit davon entfernt, seine grundsätzliche Stellung zu diesen Dingen aufzugeben, wandte es sich jetzt jetzt darum an Österreich, um unter seiner Führung, „jedoch wenn irgend möglich unter Beitritt von Preußen“, zu einer einmütigen Erklärung der deutschen Regierungen gegen den Verfassungsentwurf der Paulskirche zu gelangen.<sup>42</sup> Zwar verwies nun auch Österreich auf die großen Schwierigkeiten, denen die Einführung eines provisorischen Staatenhauses begegnen mußte,<sup>43</sup> doch kam es Ende Februar und Anfang März zu Verhandlungen in Frankfurt zwischen Österreich, Bayern, Sachsen, Hannover, Württemberg und Baden über die Bildung eines Direktoriums.<sup>44</sup> Das Ergebnis dieser Beratungen, an denen später auch Kurhessen, Sachsen-Weimar und Braunschweig teilnahmen, war der Plan eines Direktoriums mit sieben regierenden Fürsten, an deren Spitze ein Reichsstatthalter — abwechselnd Österreich und Preußen — stehen sollte. Praktisch haben die Besprechungen allerdings niemals eine Bedeutung er-

---

40. Note an Brenner v. 13. 2. 49 a. a. O.

41. Bericht der Berliner Gesandtschaft v. 14. 2. 49, Hann. Des. 17 I Nr. 1 e.

42. Schreiben an die Wiener Gesandtschaft v. 16. 2. 49, Hann. Des. 17 I Nr. 1 e.

43. Bericht der Wiener Gesandtschaft v. 17. 2. 49, Hann. Des. 17 I Nr. 1 e.

44. Bericht Bothmers v. 9. 3. 49, Hann. Des. 17 I Nr. 1 f.

langt, weil durch die österreichische Gesamtstaatsverfassung die Lage ganz entscheidend verändert wurde. Für die Lösung der deutschen Frage, die in Hannover gutgeheißen wurde, ist aber doch recht kennzeichnend, daß das Ministerium Bennigsen-Stüve das Ergebnis dieser Frankfurter Verhandlungen für geeignet hielt, gesunde Verfassungsverhältnisse in Deutschland zu schaffen. Allerdings gedachte Hannover auch hierauf nur einzugehen, wenn eine Verständigung darüber zwischen Österreich und Preußen erzielt würde,<sup>45</sup> doch für seine Anschauungen in der Oberhauptsfrage sind diese Entscheidungen recht bedeutungsvoll und charakteristisch; denn es war überzeugt, daß von einer direktorialen Spitze der Zentralgewalt keine ernstliche Gefahr für die einzelstaatliche Selbständigkeit zu fürchten war und daß diese in Wahrheit auch nicht zu einer wesenhaften Festigung des Bundes über den Rahmen eines nur völkerrechtlichen Verbandes hinausführte.

Inzwischen war doch im Laufe des Februars die Haltung der hannoverschen Regierung zur deutschen Frage durch innerpolitische Schwierigkeiten maßgeblich beeinflußt worden. Durch die Neuwahlen, die unter dem Einfluß der Ereignisse des Jahres 1848 stattgefunden hatten, hatte die Ständeversammlung ein ganz anderes Aussehen bekommen. Die neue Kammer erklärte sich solidarisch mit der Paulskirche und ihrem Werk und geriet damit in Gegensatz zur Regierung. Das Ministerium war gänzlich von diesen innerpolitischen Kämpfen um die deutsche Frage in Anspruch genommen und konnte gerade jetzt, während sich die Dinge in Frankfurt so überaus gefährlich zuspitzten, dort nur eine recht gehemmte Tätigkeit entfalten. Die Ständeversammlung griff erneut die Frage der Grundrechte auf und forderte entschieden ihre Veröffentlichung in Hannover.

Wir haben bereits gesehen, welche scharf ablehnende Haltung die hannoversche Regierung bisher gegenüber den Grundrechten eingenommen hatte. Daran änderte sich nicht das geringste. Alle Frankfurter Vorwürfe und Drohungen hatten nichts genützt, die Grundrechte waren in Hannover nicht veröffentlicht worden, geschweige denn Anstalten getroffen, ihre praktischen Forderungen auch nur irgendwie zu verwirklichen. Hannover bekämpfte in den

---

45. Bericht d. preuß. Gesandtschaft v. 11. 3. 49, G.St.A. AA I Ag 16.

Grundrechten, wie es Stüve später einmal ausgedrückt hat, das Prinzip der Revolution<sup>46</sup> und war unter keinen Umständen bereit, in dieser Frage nachzugeben. Wenn daher jetzt die Stände die Grundrechte auch für Hannover für verbindlich hielten und von der Regierung forderten, diesen Teil der Frankfurter Verfassung einzuführen, so ging das so grundsätzlich gegen die Meinung des Ministeriums, daß es sogleich seinen Rücktritt ins Auge faßte. Von den Ständen war dabei zunächst ein Sturz des Ministeriums gar nicht beabsichtigt, und ganz bewußt war der Wahlkampf schon unter die Parole gestellt: Stüve und die Grundrechte! Dabei stand der überwiegende Teil der Bevölkerung des Landes hinter der Ständeversammlung. Wenn auch in gewissen Kreisen Hannovers Partikularismus und Sondergeist immer noch eine nicht unerhebliche Rolle spielten, so war doch auch hier die Einheitsbewegung stark und drängte nach politischer Entwicklung im Sinne eines mächtigen deutschen Gesamtstaates. Nationale und liberale Gedanken formten die Haltung des politisch aktiven Teiles der hannoverschen Bevölkerung und bildeten die Überzeugung heraus, daß die Frankfurter Reichsverfassung anzunehmen sei. Die außerordentlich zahlreichen Denk- und Bittschriften, die fast täglich beim König und dem Ministerium eingingen, können uns ein beredtes Zeugnis dafür sein, daß auch hier neben der partikular-dynastisch bestimmten Politik der Regierung Volkskräfte standen, die sich ganz eindeutig mit der Paulskirche als der Vertreterin des deutschen Einheits- und Freiheitsgedankens identifizierten.

Die offene Opposition gegen die Regierung ging nur von der zweiten Kammer aus, während sich die erste Kammer, wenigstens anfangs, eine gewisse Zurückhaltung auferlegte. Das Ministerium versuchte demgegenüber zunächst einmal, durch eine eingehende Erklärung seiner Ansichten die Ständeversammlung von der Richtigkeit seiner Haltung zu überzeugen und für seine Politik zu gewinnen, und zwar geschah das mit ausdrücklicher Billigung des Königs.<sup>47</sup> Ausgehend von dem als „Haupttrichterschnur“ aufgestellten

---

46. Aussage Stüves gegenüber dem Reichskommissar Seebeck am 1. 5. 49, Hann. Des. 17 I Nr. 1 h.

47. Randbemerkung zu dem Schreiben an die Stände v. 10. 2. 49, Hann. Des. 7 IV Nr. 2. Die Note selbst auch für folgendes. Extrablatt der Hannoverschen Zeitung v. 11. 2. 49 Nr. 38.

Programm: „Maßregeln zur Einigung Deutschlands und zur Erreichung einer Vertretung des Volks beim Bunde in verfassungsmaßigem Wege“ wurde hier von der Warte der Grundrechte aus noch einmal die ganze grundsätzliche Stellungnahme der Regierung zur Paulskirche und ihrem Werk aufgerollt. Diese Auseinandersetzung zeigt die Regierung auf dem Höhepunkt des Kampfes nach zwei Fronten, gegen die Nationalversammlung und Zentralgewalt einerseits und die Stände andererseits, um ihre partikularistisch-eigenstaatlichen Rechte zu wahren. Das Ministerium wies nach, wie gefährlich und nachteilig Freizügigkeit, Gewerbefreiheit, Teilbarkeit des Grundeigentums, Ablösung aller schutzherrschaftlichen Lasten und dergleichen sich auswirken müßten, und es machte ferner darauf aufmerksam, wie hier das Reichsrecht in wichtigste innere Angelegenheiten der Einzelstaaten eingriff und eine Bestimmung über lebenswichtige Fragen des eigenen Staates damit der hannoverschen Regierung entzog. Es waren vor allem die §§ 3, 7, 27, 28, 33, 35, 36, 37 und 38 der Grundrechte, die die Regierung für besonders bedenklich hielt und mit deren Annahme sie sich daher durchaus nicht einverstanden erklären konnte, wenigstens solange die Gesamtverfassung noch nicht vorlag. Außerdem meinte sie, die provisorische Zentralgewalt sei auch überhaupt nicht berechtigt, die Einführung der Grundrechte zu verfügen, da sie ja durch das Gesetz vom 28. Juni ausdrücklich von der Mitbestimmung über das künftige Verfassungswerk ausgeschlossen sei. Genau so ließ sich ein solches Recht ihrer Ansicht nach nicht herleiten aus den Befugnissen des Deutschen Bundes, die der Zentralgewalt übertragen waren; denn mit der Bundesakte waren solche Bestimmungen, wie sie die Grundrechte enthielten, nicht zu vereinbaren. Trotzdem war das Ministerium bereit, einen Teil der Grundrechte, gegen den es keine Bedenken hatte, mit Zustimmung der Stände zu veröffentlichen, allerdings unter dem Vorbehalt, daß sie der Einwirkung der Landesgesetzgebung nicht entzogen würden, solange die neue deutsche Gesamtverfassung noch nicht galt. Die Verfassung als solche war ihm die eigentliche Aufgabe, um die es ging, die Grundrechte sah es aber nur als eine Erweiterung an, auf die man gegenwärtig noch verzichten konnte.

Die Ständeversammlung hielt alle diese Gründe nicht für stichhaltig. Sie lehnte das Schreiben der Regierung vom 10. Februar



ab. Die Minister reichten daraufhin ihr Entlassungsgesuch ein. Auch die Anerkennung ihrer Innenpolitik, die die Stände aussprachen, konnte daran nichts ändern, denn diese beruhte, wie sie selbst hervorhoben, auf denselben Grundsätzen wie die Haltung in der deutschen Frage.<sup>48</sup> Diese Grundsätze bestanden aber darin, den verfassungsmäßigen Weg niemals zu verlassen, und das schien hier nicht möglich zu sein, wo es sich darum handelte, die Gesetzgebungsgewalt der Regierung erheblich zu beschränken. Der König erklärte zu dem Entlassungsgesuch der Minister jedoch, darauf erst dann eingehen zu können, wenn ein neues Ministerium gebildet sein würde. Im stillen hoffte er vielleicht schon, daß es dazu niemals käme und es ihm dann möglich wäre, das Ministerium Bennigsen-Stüve zu halten, dessen Politik in der deutschen Frage seinen eigenen Anschauungen so sehr entsprach.

Inzwischen nahmen die Dinge ihren Lauf. Eine aus beiden Kammern der Ständeversammlung gebildete Konferenz kam nach anfänglichem Scheitern schließlich zu dem Ergebnis, daß die Grundrechte in Hannover zu Recht beständen. Damit war auch über die bisher noch zweifelhafte Haltung der ersten Kammer entschieden. Auch sie trat nunmehr auf die Seite der Opposition gegen die Regierung. Mit einer an Einhelligkeit grenzenden Mehrheit beschlossen dann am 2. März beide Kammern die sofortige Veröffentlichung der Grundrechte in Hannover.

Währenddessen hatte die Regierung in diesem Konflikt mit den Ständen Rückhalt bei Preußen gesucht und fand ihn auch durch eine preußische Note vom 8. Februar,<sup>49</sup> in der den Ländern ausdrücklich das Recht zugesprochen wurde, über die Einführung der Grundrechte zu entscheiden und in der ferner die Ansicht vertreten wurde, daß auch über die Grundrechte als Bestandteil der Verfassung eine Verständigung der Regierungen mit der Nationalversammlung im Sinne der preußischen Zirkulardepesche vom 23. Januar erforderlich wäre. Diese für die hannoversche Regierung so wichtige Note wurde, als Ende Februar der Konflikt mit den Ständen ernst geworden war, in der Hannoverschen Zeitung

---

48. Schreiben des Gesamtministeriums an den König v. 19. 2. 49, Hann. Des. 7 IV Nr. 2.

49. Roth und Merck: Quellensammlung Bd. 2 S. 177.



veröffentlicht, um damit einen gewissen Druck auszuüben. Preußen selbst war nicht bereit gewesen, mit einer offenen Erklärung über die Grundrechte, die Hannover von ihm gewünscht hatte, hervorzutreten.<sup>50</sup> Der Ständeversammlung machte diese Veröffentlichung jedoch nicht den gewünschten Eindruck. Sie forderte vielmehr entschieden die Durchführung der Grundrechte,<sup>51</sup> und es scheint so, als ob die Regierung wirklich damit rechnete, daß sie in dieser Frage bis zu einem gewissen Grade nachgeben müßte. Schon am 2. März hatte sie Bothmer beauftragt, sich mit dem preußischen Bevollmächtigten in Frankfurt in Verbindung zu setzen wegen einer Erklärung an den Reichsministerpräsidenten auf Abänderung der Grundrechte.<sup>52</sup>

Von Seiten des Königs war inzwischen der Versuch gemacht, ein neues Ministerium zu bilden. Lang, der Führer der Opposition in der zweiten Kammer, war aufgefordert, ein Regierungsprogramm einzureichen, war dazu aber nicht in der Lage. Ja, er betonte, daß von der Mehrheit der zweiten Kammer niemand ein Ministerium übernehmen werde. Im übrigen beschränkte er sich auf den Hinweis, daß eine neue Regierung „namentlich den deutsch-unfreundlichen Absichten Österreichs“ entgegentreten müsse.<sup>53</sup> War der König an sich schon geneigt gewesen, das Ministerium Bennigsen-Stüve zu halten, so konnten solche Äußerungen nur dazu beitragen, ihn in dieser Absicht zu bestärken. Das neue Ministerium kam also nicht zustande.

Der Konflikt mit den Ständen wurde daraufhin gewaltsam zu Ende geführt. Die Regierung schlug der Ständeversammlung zunächst vor, in Beratungen über andere Dinge einzutreten, da es bei dem gegenwärtigen Stand der deutschen Sache ohnehin nicht erforderlich sei, über eine Prinzipienfrage wie die Grundrechte zu entscheiden.<sup>54</sup> Weiterhin verlangte sie die Zustimmung zu einem Gesetz, in dem angeordnet wurde: „die von der provisorischen Centralgewalt bis zur Begründung einer dauernden Verfassung

---

50. Preuß. Promemoria v. 23. 2. 49 als Antwort auf Knyphausens Note v. 21. 2. 49, Hann. Des. 17 I Nr. 1 e.

51. Schreiben an die Stände v. 3. 3. 49, Hann. Des. 7 IV Nr. 2.

52. Weisung an Bothmer v. 2. 3. 49, Hann. Des. 7 IV Nr. 2.

53. Bericht der preuß. Gesandtschaft v. 8. 3. 49, G.St.A. AA I Ag 16.

54. Schreiben an die Stände v. 13. 3. 49, Hann. Des. 7 IV Nr. 2.

Deutschlands verkündigten Beschlüsse der National-Versammlung zu Frankfurt a. M. haben, sobald sie vom Könige verkündigt sind, verbindliche Kraft für das Königreich<sup>55</sup>. Ein solches Gesetz hätte mittelbar also alle Reichsgesetze für Hannover für unverbindlich erklärt; denn der König hatte bisher noch nicht ein einziges verkündigt. Die Ständeversammlung ging selbstverständlich bei den herrschenden Ansichten nicht darauf ein. Sie dachte vielmehr daran, dem Ministerium Bennigsen-Stüve ihr Mißtrauensvotum auszusprechen. Dazu kam sie jedoch nicht mehr. Am 15. März wurde die Versammlung vertagt; dem folgte Anfang April eine zweite Vertagung und schließlich am 25. April die Auflösung der zweiten Kammer, und zwar mit der Begründung, daß sie, obgleich sie vertagt war, durch offenes Paktieren mit der Frankfurter Paulskirche versucht hätte, in den Verlauf der Entwicklung einzugreifen. Sie hätte sich damit von dem obersten Grundsatz verfassungsmäßigen Wirkens entfernt und so selbst ihre Auflösung verschuldet.

Doch alle diese Erörterungen, die sich mit der Vertagung der zweiten Kammer und ihrer Auflösung befassen, sind, so wichtig sie für innerhannoversche Zustände sein mögen, für unsere Frage von

---

55. Schreiben an die Stände v. 13. 3. 49 a. a. O.

56. Proklamation wegen Auflösung der Stände v. 25. 4. 49, außerordentl. Morgenblatt der Hannoverschen Zeitung v. 26. 4. 49, Beilage zu Nr. 102. In der Begründung zur Auflösung der zweiten Kammer heißt es wörtlich, daß ein solcher Schritt deshalb nötig war, weil die Abgeordneten während der Vertagung versuchten: „1. sich mit der von der Nationalversammlung beschlossenen Verfassung als solcher einverstanden zu erklären und 2. Uns zu vermögen, zu der auf Seine Majestät den König von Preußen gefallenen Wahl zum deutschen Kaiser Unsere Zustimmung zu geben. Dieser Versuch ständische Majoritäten zu einer Adresse während der Vertagung zusammen zu bringen, und die Stimmen der Cammermitglieder für die Zukunft zu binden, widerspricht dem wahren Geiste der Verfassung so entschieden, daß Wir selbst bei einem gleichgültigen Gegenstande Uns genötigt sehen würden, demselben entgegen zu treten. Wenn aber auf diese Weise die freie und öffentliche Berathung über einen Gegenstand, der die höchsten Rechte und Interessen Unserer Krone, unseres Landes und Volkes, ja die Existenz des Staates selbst betrifft, abgeschnitten werden soll: so würden Wir Unsere Königliche Pflicht nicht erfüllen, wenn Wir in einem solchen äußersten Falle nicht von dem zum Schutze der Verfassung selbst in Unsere Hände gelegten Rechte der Auflösung Gebrauch machen wollten.“

untergeordneter Bedeutung. Was von entscheidender Wirkung für die Stellung Hannovers zur deutschen Frage war, ist die Tatsache, daß durch die Vertagung und spätere Auflösung der Ständerversammlung die hannoversche Regierung in dem bedeutungsvollsten Zeitpunkt der Frankfurter Ereignisse wieder freie Hand bekommen hatte und erneut zu eigenem Eingreifen im eigenen Interesse in der Lage war. Die Frankfurter haben das sogleich erkannt und sprachen daher von der Kammerauflösung als von einem „Staatsstreich“.<sup>57</sup> Das Verfassungswerk 'ging der Vollendung entgegen und es fragte sich, wie die hannoversche Regierung, die aus inneren Kämpfen gefestigt hervorging, sich dazu verhalten sollte. Nachgegeben hatte sie bisher noch in nichts. Sie hatte immer an dem Vereinbarungsgrundsatz festgehalten, hatte sich der Veröffentlichung der Grundrechte mit Erfolg widersetzt und hatte mit großer Folgerichtigkeit immer mehr oder weniger offen ihre einzelstaatlichen Interessen herausgestrichen und deren lebenswichtige Bedeutung für das Gesamt Vaterland nachzuweisen versucht.

Das blieb auch in der Folgezeit so. Ja, die Betonung der hannoverschen Eigenstaatlichkeit trat nur noch stärker in den Vordergrund, als das bisher der Fall gewesen war. Die Entwicklung, die in Frankfurt zur Kaiserwahl Friedrich Wilhelms IV. führte, barg für Hannover die größte Gefahr in sich und widersprach seinen Absichten und Wünschen in jeder Beziehung.

Zunächst ging es in Frankfurt noch um den Vereinbarungsgrundsatz, um eine möglichst einhellige Erklärung der deutschen Regierungen zu der von der Paulskirche geschaffenen Reichsverfassung.

Bereits am 23. Februar war von Preußen und einer Reihe anderer Regierungen eine solche Erklärung zur Reichsverfassung abgegeben worden. Dem trat nun auch Hannover im wesentlichen bei.<sup>58</sup> Das hannoversche Ministerium, dem es bekanntlich immer um eine möglichst einhellige Erklärung der deutschen Regierungen zu tun gewesen war, glaubte sich dazu im allgemeinen Interesse verpflichtet. Es sah sich allerdings hinsichtlich seiner eigensten

---

57. Berichte Rümelins aus der Paulskirche S. 211.

58. Weisung an Bothmer v. 2. 3. 49, Hann. Des. 17 I Nr. 1 f.

hannoverschen Rechte zu gewissen Vorbehalten genötigt. So wurde zum Beispiel als „unausweichlich“ der Vorbehalt zu § 52 betrachtet, der es mit der Einführung der Grundrechte zu tun hatte. Ferner glaubte Hannover in eigenen politischen und Handelsangelegenheiten nicht auf sein Gesandtschaftsrecht verzichten zu können und hielt das auch mit der Natur des Staates, den die Frankfurter wollten, für durchaus vereinbar.<sup>59</sup> Es tauchte damit wieder ein Gesichtspunkt auf, der in Hannover schon verfochten war, als im Herbst 1848 auf Betreiben der Zentralgewalt die Gesandtschaften der deutschen Einzelstaaten aus dem Auslande zurückgezogen werden sollten. Darüber hinaus konnte sich Hannover nicht damit einverstanden erklären, daß die Reichsausgaben aus den Zolleinkünften bestritten werden sollten. Seiner Ansicht nach wären die notwendigen Kosten durch Matrikularbeiträge der Einzelstaaten aufzubringen gewesen.<sup>60</sup> Über den Inhalt der Grundrechte, die Hannover für so verhängnisvoll hielt, sollte erst noch eine Vereinbarung mit den Regierungsbevollmächtigten in Frankfurt, besonders denen von Österreich, Preußen und Bayern, herbeigeführt werden.<sup>61</sup> So wichtig alle diese Einwände sein mögen, so ist doch nicht zu übersehen, daß Hannover im allgemeinen mit Preußen übereinstimmte und das der Zentralgewalt gegenüber auch deutlich betonte.<sup>62</sup> Dies Verhalten hat in Frankfurt einen außerordentlich günstigen Eindruck gemacht. Das hatten die Frankfurter Hannover offenbar gar nicht zugetraut, da sie immer ein solches — allerdings berechtigtes — „Vorurtheil wegen separatistischer und selbst reactionärer Tendenzen“<sup>63</sup> gegen diesen Staat gehabt hatten. Abgesehen von den angegebenen Punkten und einigen nebensächlicheren Einzelfragen war die hannoversche Regierung mit Preußen einer Meinung, weil die preußischen Erklärungen in der Tat die einzelstaatlichen Interessen vor den gegenstehenden Absichten der Frankfurter Reichsverfassung zu schützen suchten, indem sie wichtige Vorbehalte aufnahmen, wie sie auch

---

59. Notatum v. 26. 2. 49, Hann. Des. 17 I Nr. 1 f.

60. Notatum v. 27. 2. 49, Hann. Des. 17 I Nr. 1 f.

61. Weisung an Bothmer v. 2. 3. 49, a. a. O.

62. Note Bothmers an die Zentralgewalt v. 7. 3. 49, Roth und Merck: Quellensammlung Bd. 2, S. 408.

63. Bericht Bothmers v. 11. 3. 49, Hann. Des. 17 I Nr. 1 f.



von Hannover im Laufe der Auseinandersetzungen über die Frankfurter Verfassung des öfteren gemacht waren. Hinzu kam noch, daß die hannoversche Regierung allein nicht in der Lage war, eine entscheidende Rolle zu spielen, daß es für sie vielmehr darauf ankommen mußte, zwischen den bestehenden Gewalten und Gefahren möglichst geschickt zu lavieren.

Wäre es auf Hannover allein angekommen, so hätte es sich gewiß nicht allzuweit von dem bisherigen Staatenbunde entfernt. Seine Regierung hätte den alten Bundestag, soweit unbedingt nötig, reformiert und hätte im ganzen an der Unabhängigkeit und Selbständigkeit der deutschen Einzelstaaten festgehalten, um die Sonderaufgaben und Sonderverhältnisse des hannoverschen Staates weiter fördern und ausbauen zu können. Das war letzten Endes auch das Ziel des Königs Ernst August gewesen, als er im Jahre 1837 nach Hannover kam. Er wollte die Sonderart dieses nordwestdeutschen Mittelstaates ausbauen und in dieser Hinsicht alles nachholen, was während der englischen Regentschaft versäumt worden war. Als erstrebenswert erschien so in Hannover auch jetzt nur: „Ein fester Bund zur Vertheidigung nach außen und zur Ordnung im Innern mit ganz Östreich. Eine entwickelte Bundesdiplomatie ohne Ausschluß der eigenen Vertretung der Staaten, aber in enger Verbindung mit derselben. Ein Vereinswesen in Sachen des Handels und Verkehrs unter Schutz und Garantie des Bundes.“<sup>64</sup> Die Frankfurter Reichsverfassung konnte nach hannoverscher Ansicht durch ihr unnötiges Zentralisieren nur Unheil und große Verwirrung anrichten.<sup>65</sup> Ja, die Regierung glaubte, daß die Reichsgewalt ihre eigene Kraft und ihr Ansehen damit untergrub; sie war der Meinung, daß die Verschiedenheit in Deutschland auf natürlichen und historischen Grundlagen beruhte, die sich ohne große Gefahren und Nachteile nicht beseitigen ließen. Was in Frankfurt geschaffen war, bedeutete für das Ministerium Bennigsen-Stüve den Einheitsstaat. Es meinte, daß diese Verfassung die Einzelstaaten nach und nach vernichten müßte und ihre Souveräne

---

64. (Stüve): Deutschlands Bedürfnisse S. 43.

65. Bemerkungen gegen die Beschlüsse der deutschen Reichsversammlung über Flüsse, Canäle und Seen und über Eisenbahnen, S. 5. (Denkschrift der hannoverschen Regierung.)



zu „Präfecten“ erniedrigen würde.<sup>66</sup> Hannover sah in dem von der Paulskirche geschaffenen Wahlgesetz eine ernstliche Bedrohung des monarchischen Prinzips.<sup>67</sup> Um all dem wirksam entgegenzuarbeiten, war es unbedingt nötig für Hannover, nicht etwa allein dazustehen, sondern in geschlossener Front mit einer Reihe anderer deutscher Regierungen zu marschieren, um der Zentralgewalt nur umso eindringlicher zum Bewußtsein zu bringen, was es für unerläßlich hielt. Ausschließlich aus diesen Erwägungen heraus hatte sich Hannover der preußischen Kollektivklärung angeschlossen, nicht etwa, um damit eine Unterwerfung unter die preußische Hegemonie anzuerkennen.

Eine solche Lösung bekämpfte die hannoversche Regierung weiterhin, und zwar ziemlich offen. Das änderte sich auch nicht, als durch die Kremsierer Verfassung die Mehrheit der Paulskirche zwangsläufig auf eine preußische Spitze der künftigen Zentralgewalt hingewiesen war. Durch diese österreichische Gesamtstaatsverfassung war auch für Hannover eine Wendung von grundsätzlicher Bedeutung eingetreten, war doch dadurch der hannoversche Plan, Österreich und Preußen in dem entstehenden deutschen Staat nebeneinander zu sehen, so gut wie unmöglich geworden. Die geheime Hoffnung der Regierung, durch die Vereinigung der beiden deutschen Großmächte im Reich der Gefahr zu entgehen, von der preußischen Vormachtstellung über kurz oder lang erdrückt zu werden, war hinfällig geworden. Stüve wandte sich deshalb schärfstens gegen diesen österreichischen Schritt und die durch ihn hervorgerufenen Verhältnisse, weil es nunmehr offenbar geworden war, daß die Verfassung Deutschlands ohne Österreich entstehen mußte.<sup>68</sup> Trotzdem meinte er, dürfte Österreich für die deutsche Sache nicht verloren gehen. Es gehörte ihm einfach lebensnotwendig dazu, die Geschichte eines Jahrtausends lehrte das. So

66. Bericht der preuß. Gesandtschaft v. 30. 3. 49, G.St.A. AA I Ag 16.

67. Bericht der preuß. Gesandtschaft v. 30. 3. 49 a. a. O.

68. Das Stüvesche Urteil über die österreichische Gesamtstaatsverfassung enthält der Leitartikel der Hannoverschen Zeitung v. 19. 3. 49 (Nr. 70). „Und je wärmer wir den Gedanken festgehalten haben und noch festhalten, daß Österreich nicht aus Deutschland scheiden könne und dürfe, um desto entschiedener müssen wir jene afterpolitische Mißgeburt von uns abweisen. Ja wir müssen es bekennen, Österreich und Deutschland sind einander fremd geworden.“

glaubte denn die hannoversche Regierung auch, daß die in Frankfurt entstehende deutsche Verfassung keine endgültige sein könnte, sondern nur eine provisorische, um Österreich niemals den Weg ins deutsche Reich zu versperren. Das Ministerium war daher zwar einverstanden, unter den gegenwärtigen Umständen die Leitung der deutschen Geschicke an Preußen zu übertragen, doch nur unter dem Vorbehalt, daß das provisorisch geschah, und besonders dann, „wenn durch diese Übertragung einer solchen Gewalt keine anderen Befugnisse auf Preußen übergingen als diejenigen welche bereits dem Bundestag verfassungsmäßig zustanden“.<sup>69</sup> Das zeigt deutlich genug, worauf die hannoversche Regierung hinsteuerte, wenn sie „großdeutsch“ dachte.

Diese erneute Berufung auf den Deutschen Bund und die durch ihn gebotenen Machtverhältnisse beweist auch schon, wie Hannover die Entwicklung beurteilen mußte, die sich nach der entscheidenden Wendung in der österreichischen Frage in Frankfurt abspielte. Das Schreckgespenst der „Mediatisierung“ durch Preußen tauchte damit erneut auf und bestimmte in Hannover die politische Haltung in dieser Zeit. Der König, der Hof und seine Anhänger, nicht eigentlich das Ministerium, sahen sogar in den Frankfurter Vorgängen, die auf die Kaiserwahl Friedrich Wilhelms IV. hinführten, nichts anderes als eine preußische Intrige und glaubten darin „die Verwirklichung eines längst von Preußen gehegten und vorbereiteten Plans“<sup>70</sup> vor sich zu haben. Diese Hofkreise, die wir aus dynastischen Gesichtspunkten heraus überhaupt als viel ausgesprochener partikularistisch anzusehen haben als die Regierung, hielten demgegenüber für nötig, daß Preußen zusammen mit Österreich und eventuell den deutschen Königen eine Verfassung oktroyierte, die „in keinem Falle viel mehr als die frühere Bundesacte zu gewähren hätte“.<sup>71</sup>

---

69. Bericht der preuß. Gesandtschaft v. 24. 3. 49, G.St.A. AA I Ag 16.

70. Vertraul. Bericht der preuß. Gesandtschaft v. 16. 3. 49, G.St.A. AA I Ag 14.

71. Vertraul. Bericht der preuß. Gesandtschaft v. 16. 3. 49 a. a. O.

## VI. Die Stellungnahme Hannovers zur Kaiserwahl Friedrich Wilhelms IV.

Ein entschiedenes Übergewicht Preußens in dem entstehenden deutschen Staate lehnten, wie wir bereits gesehen haben, Stüve und seine Regierung ab. Man wird die tiefe Überzeugung, die sich damit für ihn verband, achten müssen. Man darf jedoch nicht übersehen, daß es im Grunde genommen, was sein Biograph Gustav Stüve nicht zugibt, eine rein partikularistische Auffassung war, die hier dem hannoverschen Politiker den Blick für eine Entwicklung verschloß, der über kurz oder lang einmal die Zukunft gehören mußte. Es soll hier nicht abgestritten werden, daß Stüve die Einigung Deutschlands in den von ihm für nötig gehaltenen Grenzen ernstlich wünschte; aber es fehlte ihm bei aller Bedeutung doch der Sinn für die Machtpolitik, die erforderlich war, um einen gesunden und lebenskräftigen deutschen Staat zu schaffen. Worauf seine politischen Forderungen in Frankfurt, Wien und Berlin hinausliefen, das war die Sicherung Hannovers, war weiter nichts, als für Hannover möglichst viel herauszuschlagen und von seiner Souveränität nichts einzubüßen. Bis zu einem gewissen Grade mußte Hannover dabei immer auf Preußen Rücksicht nehmen. Dazu zwang schon seine geographische Lage. Den süddeutschen Staaten etwa war weit eher ein Anschluß an Österreich möglich, wenn von Preußen her Gefahr drohte, als Hannover. Dies Land war rings von preußischem Gebiet umschlossen, und im Ernstfall konnte es nur eine Frage der Zeit sein, wann Hannover gänzlich von Preußen überrannt wurde, wie sich das ja 1866 auch bestätigt hat. Aus dieser Erwägung heraus hatte beim König Ernst August und der hannoverschen Regierung schon immer ein gewisses Mißtrauen gegen Preußen bestanden, und das hatte ihr Verhalten dem mächtigen Nachbarn gegenüber richtunggebend beeinflußt. Insofern können auch die oben zitierten Ansichten der hannoverschen Hof-

kreise als durchaus typisch gelten. Sie können uns einen Begriff vermitteln von den Anschauungen, mit denen Hannover an die Lage heranging, die eine Lebensfrage des hannoverschen Staates bedeutete in dem Falle, daß Friedrich Wilhelm IV. bereit war, die auf ihn gefallene Kaiserwahl anzunehmen und die von der Paulskirche beschlossene Reichsverfassung als Grundlage einer Neuordnung des deutschen staatlichen Lebens zu betrachten. Denn soviel stand fest: kam der engere Bundesstaat unter preußischer Spitze, wie er in Frankfurt geplant wurde, zustande, so konnte sich Hannover schlechterdings nicht davon ausschließen.<sup>1</sup>

Hannover hatte von jeher eine Kollektivgewalt als oberste Spitze des Reiches für die angemessenste Lösung der Oberhauptfrage gehalten, schon allein deshalb, weil sich bei einem solchen Delegationscharakter der Zentralbehörde das Recht und die Interessen der Einzelstaaten, die für die hannoversche Regierung ja durchaus im Vordergrund ihrer Richtlinien standen, am sichersten gewahrt blieben. Ein einheitliches Reichsoberhaupt hatte das Ministerium seit dem Verfassungsentwurf der siebenzehn Vertrauensmänner des Deutschen Bundes schon abgelehnt, weil damit die Unabhängigkeit der Einzelregierungen wesentlich beschränkt werden mußte. Aus diesem Gesichtspunkt heraus hatte Hannover auch immer die Mediatisierung der kleinen deutschen Staaten abgelehnt, um damit nicht einen Präzedenzfall zu schaffen, daß später auch die größeren Staaten von den größten mediatisiert würden. Eher wäre es bereit gewesen, Pläne in die Tat umzusetzen, die sich mit dem Gedanken einer Kreiseinteilung, beziehungsweise von Wehrherzogtümern befaßten. Für derartige Absichten war selbst der König Ernst August zugänglich, ja, er selbst hielt die Schaffung von Kreisen für nötig, in denen die Fürsten der größeren Staaten die kleineren betreuten, besonders hinsichtlich der „Impraktibilität der

---

1. Die hannoversche Regierung „fühlt und weiß sehr wohl daß das hiesige Land aus Gründen innerer Nothwendigkeit sich von einem engeren deutschen Bundesstaate, der alle Nachbarländer Hannovers umfaßte, möchte derselbe nun unter Mitwirkung der National-Versammlung oder ohne dieselbe zu Stande kommen, auf die Länge unmöglich ausschließen könnte, deshalb sind auch dem sonst so ruhigen und besonnenem Grafen von Bennigsen vor einigen Tagen die Worte entschlüpft: „Es sei nun sehr wahrscheinlich, daß Hannover binnen Kurzem eine Preußische Provinz sein werde.“ Vertraul. Bericht der preuß. Gesandtschaft v. 10. 4. 49, G.St.A. AA I Ag 14.



Armeen dieser kleinen Staaten“.<sup>2</sup> Dagegen war Ernst August der Meinung, daß ein deutsches Kaisertum an der Spitze der übrigen Fürsten Deutschlands mit der Ehre dieser Fürsten unvereinbar sei und daher abgelehnt werden müßte. Das hielt er besonders dann für erforderlich, wenn die Kaiserkrone von den Frankfurter Gewalten einem deutschen Fürsten angeboten wurde; denn es war seine Überzeugung, daß den Volksvertretern eine solche Befugnis niemals zustand und auch nicht zugebilligt werden könnte.

Als nun die Paulskirche am 28. März doch die Kaiserwahl Friedrich Wilhelms IV. vorgenommen hatte, da meinte der König, die Versammlung habe dabei die Absicht gehabt, Preußen und Österreich ernstlich miteinander zu verfeinden,<sup>3</sup> um damit Preußen und Deutschland zu ruinieren; denn der König vermutete, daß die Annahme der Wahl durch Friedrich Wilhelm IV. zum Bürgerkrieg führen würde.<sup>4</sup> Es erscheint uns nach allem, was vorhergegangen ist, als selbstverständlich, daß Hannover und seine Regierung zu diesem Schritt der Paulskirche und seinen Folgen in schärfste Opposition traten. Entscheidend war dabei die partikuläre Haltung des Ministeriums Bennigsen-Stüve. Hinzu kam noch, daß der revolutionäre Ursprung der Krone ihm für die Weiterentwicklung der deutschen Sache als höchst bedrohlich erschien.<sup>5</sup> Deshalb war die Regierung in Hannover gewillt, ihre grundsätzliche Abneigung

---

2. Brief Ernst Augusts an Friedrich Wilhelm IV. v. 21. 1. 49. Revolutionsbriefe Nr. 172.

3. Brief Ernst Augusts an Friedrich Wilhelm IV. v. 7. 4. 49, Nieders. Jb. 1933, S. 144/45.

4. Schreiben an Knyphausen v. 14. 3. 49, Schreiben des Kabinettsrates von Münchhausen an das Min. d. ausw. Ang. v. 14. 3. 49, Hann. Des. 17 I Nr. 1 f.

5. Stüves Artikel in der Hannoverschen Zeitung vom 2. 4. 49 Nr. 82. „Es gibt Lehren der Geschichte, die immer ihre Wahrheit bewähren. Eine solche ist der Spruch jenes Alten: „Herrschaft wird nur bewahrt durch dieselben Mittel, durch welche sie gewonnen ist!“ Nimmt Preußen diese Kaiserkrone aus den Händen der Revolution, nimmt es sie besudelt mit allem Schmutze, der nach den Transactionen der letzten Woche daran klebt, so bleibt ihm keine Wahl. Es kann dieselbe nur durch Revolution, durch Gewalt und Unrecht, durch Käuflichkeit und Untreue erhalten. Will Preußen das nicht, ist es für solche Mittel zu deutsch, zu gut; dann wird es sie verlieren und Mehreres mit ihr.“



gegen diese Maßnahme der Nationalversammlung vom ersten Augenblick an offensichtlich zum Ausdruck zu bringen.

Der König hatte aus diesem Grunde die Berliner hannoversche Gesandtschaft bereits am 14. März anweisen lassen, daß der Gesandte, falls das diplomatische Korps zur Überreichung der Kaiserkrone hinzugezogen würde, nur dann daran teilnehmen sollte, wenn er schon vorher bestimmt wüßte, daß Friedrich Wilhelm IV. die Krone abzulehnen beabsichtigte.<sup>6</sup> Für überaus bedenklich hielt die hannoversche Regierung auch die Art und Weise, in der das Verfassungswerk in Frankfurt zustande gekommen war. Sie konnte sich nicht damit abfinden, daß auf die Einwände der deutschen Regierungen, die zu der Verfassung gemacht waren, keine Rücksicht genommen war, und sie glaubte, besonders sich widersetzen zu müssen, weil der Grundsatz der Vereinbarung zwischen Volk und Fürsten gänzlich außer Acht gelassen war.<sup>7</sup> Das Ministerium hielt bereits die Annahme für berechtigt, daß der König von Preußen aus diesem Grunde die Kaiserwahl ablehnen würde, da doch der Vereinbarungsgrundsatz auch von Preußen immer anerkannt worden war.<sup>8</sup>

Hannover war sich aber der großen Gefahr bewußt, die eintreten mußte, wenn der Erzherzog Johann die Leitung der provisorischen Zentralgewalt nicht behielt und auch Friedrich Wilhelm IV. sich nicht an die Spitze stellte. Die hannoversche Regierung wußte genau, daß bei der damaligen Lage eine kräftige Zentralgewalt nötiger war als je.<sup>9</sup> Ihrer Ansicht nach war deshalb erforderlich, daß Friedrich Wilhelm nun die Leitung des Provisoriums übernahm, allerdings nicht auf der Grundlage des Gesetzes vom 28. Juni. Er sollte dann die Gelegenheit benutzen, den Frankfurter Verfassungsentwurf in dem Sinne umzugestalten, wie das die preußische Kollektiverklärung vom 23. Februar für nötig hielt, der sich ja — wenn auch unter Vorbehalt — Hannover ange-

---

6. Schreiben an Knyphausen v. 14. 3. 49 a. a. O. Schreiben Münchhausens an das Min. d. ausw. Ang. v. 14. 3. 49 a. a. O.

7. Note v. 27. 3. 49 an die Gesandtschaft in Wien und Berlin, Hann. Des. 17 I Nr. 1 g.

8. Schreiben an die Berliner Gesandtschaft v. 31. 3. 49, Hann. Des. 17 I Nr. 1 g.

9. Note v. 27. 3. 49 an die Gesandtschaft in Wien u. Berlin a. a. O.

schlossen hatte. Die Oberhauptsfrage sollte dann einer Verständigung zwischen Preußen und Österreich vorbehalten bleiben.<sup>10</sup> Eine derartige Regelung der Dinge im hannoverschen Sinne hätte allerdings die ganze Entscheidung in die Hand der Einzelstaaten gelegt und die Paulskirche sicherlich von einer maßgeblichen Bestimmung ausgeschlossen. Sie war aber undurchführbar.

Daß diese Meinung der Regierung nicht auch die Ansicht der Bevölkerung Hannovers war, braucht wohl kaum erst genauer ausgeführt zu werden. In dieser Hinsicht war es in Hannover wie überall in Deutschland. Weite Kreise standen durchaus auf Seiten der Paulskirche und verlangten die Durchführung ihres Werkes. Es liegen uns viele Bittschriften an den König vor, in denen dieser gebeten wurde, die Kaiserwahl des Königs von Preußen anzunehmen. Es hängt das vor allem mit dem Wirken der Volksvereine zusammen. Am 4. April fand in Celle eine große Versammlung von siebzig derartigen Vereinen des Landes statt, in der das Ministerium Bennigsen-Stüve heftig angegriffen wurde. Die Versammlung wollte beim König seine Entlassung beantragen. Sie beschloß ferner, an Friedrich Wilhelm IV. eine Bittschrift zu senden, um ihn zur Annahme der Kaiserkrone zu veranlassen. In Frankfurt wollte sie danken für die vollendete Reichsverfassung und zugleich die Paulskirche ersuchen, die Unterwerfung der hannoverschen Regierung unter die Verfassung und die Beschlüsse der Nationalversammlung herbeizuführen. Daß es bei dieser Stimmung in Hannover nicht zu Unruhen kam, ist wohl darauf zurückzuführen, daß die ganze Wesensart der Niedersachsen dazu nicht neigt.

So war denn mit der Ablehnung der Kaiserkrone durch Friedrich Wilhelm IV. für die hannoversche Regierung die größte Gefahr gebannt. Mit sichtlich Genugtuung nahm sie die entsprechenden Nachrichten aus Berlin entgegen,<sup>11</sup> obgleich sie ja nach der bisherigen Haltung Preußens kaum etwas anderes hatte erwarten können. Auf jeden Fall stand für Hannover aber fest, daß es durch diesen preußischen Schritt vor erheblichen Schwierigkeiten bewahrt worden war. Durch die Erklärung Friedrich Wilhelms IV., die unumwunden ausgesprochen hatte, daß man zu einer Verständi-

---

10. Schreiben an die Berliner Gesandtschaft v. 31. 3. 49 a. a. O.

11. Randbemerkung Ernst Augusts zu einem Bericht Knyphausens v. 2. 4. 49, Hann. Des. 17 I Nr. 1 g.

gung der Einzelregierungen über das Verfassungswerk kommen müßte, war sogar die hannoversche Ansicht wesentlich gefördert.<sup>12</sup> So sah sich die Regierung denn zu einem förmlichen Dank an Preußen verpflichtet.<sup>13</sup> Im übrigen wartete Hannover jetzt auf die Einleitung von Verhandlungen durch Preußen, vor allem auch mit Österreich. Es setzte voraus, daß dabei allen deutschen Regierungen das Recht der freien Zustimmung gewahrt bliebe.<sup>14</sup> Auf diese Weise sollte nach hannoverscher Ansicht die in Frankfurt verfahrenene Lage zu einem guten Ende geführt werden.

In dieser Lage nun wurde in Hannover die preußische Zirkularnote vom 3. April bekannt. Hatte sich hier das Ministerium nach der Ablehnung der Kaiserkrone bereits völlig sicher gefühlt und geglaubt, vor allen Eingriffen in die partikular-hannoverschen Interessen hinfort bewahrt zu bleiben, so zeigte sich damit, wie trügerisch diese Hoffnung gewesen war. Preußen hielt wie früher entschieden an dem Plan des engeren Bundesstaates fest und erklärte sich bereit, an dessen Spitze zu treten. Die Gefahr einer Mediatisierung, die die hannoversche Regierung abgewandt glaubte, war damit wieder aufgetaucht.<sup>15</sup> Stüve nud seine Kollegen waren

---

12. Bericht der preuß. Gesandtschaft v. 4. 4. 49, G.St.A. AA I Ag 16. „Obgleich man nach dem bisher von Preußen eingeschlagenen Gange kaum an die Möglichkeit einer anderen Entscheidung glauben konnte, so war in den letzten Tagen doch die Besorgniss hier rege geworden, daß die Erwidierung Sr. Majestät des Königs die Annahme der Ihm übertragenen Würde allein von der Zustimmung der übrigen Regierungen Deutschlands abhängig machen werde. Hierdurch würde den mittleren deutschen Staaten, namentlich Bayern, Sachsen und Hannover die ganze Last der Entscheidung über die Zukunft des Vaterlandes zugewälzt und die betreffenden Regierungen, namentlich die hiesige, würden auf diese Weise in eine überaus schwierige wonicht gänzlich unhaltbare Lage gerathen sein.“

13. Weisung an die Berliner Gesandtschaft v. 5. 4. 49. Hann. Des. 17 I Nr. 1 g.

14. Weisung an die Berliner Gesandtschaft v. 5. 4. 49 a. a. O. auch für folgendes.

15. Bericht der preuß. Gesandtschaft v. 10. 4. 49, G.St.A. AA I Ag 14. „Diese Hoffnung nun, in Folge deren man sich von der Frankfurter Versammlung schon völlig befreit und in Beziehung auf das Verfassungswerk in integrum restituirt sah, wurden plötzlich durch die Cirkular Depesche vom 3ten e. wie durch einen Blitzstrahl aus heiterem Himmel wieder niedergeschlagen und vernichtet. Denn nicht allein daß Preußen in dieser Depesche an der Idee des engeren Bundesstaates festhielt, es erklärte zugleich auch

der Ansicht, daß man jetzt den großen Irrtum zu büßen hätte, den Bundestag vorzeitig beseitigt zu haben. Zudem war nunmehr durch die preußische Zirkularnote vom 3. April erneut das Problem Österreich akut geworden, und es fragte sich, was nun werden sollte. Hannover bat, um Zeit zu gewinnen, in Preußen zunächst einmal um eine genauere Erläuterung des Begriffes „Bundesstaat“, und es wünschte Aufschluß über die preußischen Ansichten über einen etwaigen „engeren Bundesstaat“.<sup>16</sup> Überbracht wurde das betreffende hannoversche Schreiben nach Berlin durch Wangenheim, der dort wieder über die Verfassungsfrage verhandeln sollte. Das Ziel dieser erneuten Verhandlung Wangenheims war, bei Preußen einen Halt zu finden gegen die Gefahr, die von Frankfurt her drohte; denn die Frankfurter Verfassung und das Wahlgesetz hielt die hannoversche Regierung für gänzlich unannehmbar und unausführbar. Sie sah darin „die organisirte Revolution und den Übergang zur republicanischen Staatsform“.<sup>17</sup> Die Annahme dieser Verfassung mußte nach hannoverscher Ansicht zu einer tiefen Spaltung zwischen Nord- und Süddeutschland führen. „Der Bürgerkrieg mußte ihre unausbleibliche Folge sein.

Wenn sich Hannover damit wieder an Preußen gewandt hatte, so geschah das deshalb, weil von dort jetzt die entscheidenden Schritte für die Zukunft erwartet werden mußten. Mit Österreich wollte es das Ministerium darum keineswegs verderben.<sup>18</sup> Es ver-

---

seinen festen Entschluß an die Spitze dieses neuen Bundesstaates treten zu wollen. Dadurch sind die alten, auf einen Augenblick beseitigten Befürchtungen in neuer Stärke erwacht und das Schreckbild der „Mediatisierung“ erhebt furchtbarer als je sein Haupt.“ So fühlte sich Ernst August auch schon genötigt, in einem Brief vom 20. 4. an Friedrich Wilhelm IV. darauf hinzuweisen: „ich bin fest in meinen Prinzipien als der Fels von Gibraltar, so kannst Du versichert sein, daß im Fall der Not werde ich mich nie mediatisieren lassen, ob es bei A oder B ist. Lieber krepieren unter tausend Kugeln als mich in meinen letzten Tagen zum Hundsfott zu deklarieren.“ Nieders. Jb. 1933, S. 153.

16. Schreiben an die Berliner Gesandtschaft v. 7. 4. 49, Hann. Des. 17 I Nr. 1 g.

17. Bericht der preuß. Gesandtschaft v. 14. 4. 49, G.St.A. AA I Ag 16, auch für folgendes.

18. Brief Neubourgs an Platen v. 13. 4. 49, Hann. Des. 17 I Nr. 1 g. „Ein Hilferuf nach Wien steht ohnedies zwischen den Zeilen fast jeder Depesche die Ihnen direct oder indirect von hier aus zugegangen ist und in Berlin ist keine



trat mit Rücksicht auf Österreich auch weiterhin den Gedanken, daß es sich gegenwärtig in Deutschland nur um die Feststellung eines Provisoriums handeln könne, nicht aber um die Gründung einer endgültigen Staatsform. Die Regierung meinte nämlich, daß die österreichische Gesamtstaatsverfassung, die zwar nur ein völkerrechtliches Bündnis mit Österreich zugelassen hätte, mit der Zeit Abänderungen erfahren müßte, „die eine lebendige und organische Verschmelzung der deutsch-österreichischen Provinzen mit dem übrigen Deutschland nicht bloß ermöglichen, sondern auch nothwendig zur Folge haben würden“.<sup>19</sup> Dabei hielt Hannover es jetzt nicht mehr für nötig, daß Preußen die provisorische Zentralgewalt übernehme, da der bisherige Reichsverweser nicht mehr die Absicht hatte, sich von seinem Posten zurückzuziehen.<sup>20</sup> Die Idee des engeren Bundesstaates im Sinne der preußischen Zirkulardepesche vom 3. April lehnte Hannover ab und glaubte, dem zunächst am besten entgegenarbeiten zu können, wenn der Erzherzog im Amt blieb. Was es von Preußen erwartete, war vielmehr das, daß die Verfassungsfrage jetzt so geregelt würde, daß sich alle Bundesglieder in gleicher Weise daran beteiligen könnten. Preußen sollte Mittel und Wege schaffen, auf denen man der Paulskirche erfolgreich widerstehen könnte; denn das Verhalten der Nationalversammlung von der zweiten Lesung des Verfassungsentwurfs bis zu dem Entschluß vom 11. April, an der in der zweiten Lesung beschlossenen Verfassung unwandelbar festzuhalten, konnte Hannover nicht billigen. Es wünschte, daß Preußen und Österreich im Einverständnis miteinander eine Abänderung der Frankfurter Verfassungsbeschlüsse herbeiführten und damit zum Wohle von ganz Deutschland eine gesunde Lösung der deutschen Frage gewährleisten.<sup>21</sup>

Als daher Preußen zu diesem Zwecke zu Verhandlungen in Berlin aufforderte, war Hannover sofort bereit; denn gehandelt

---

Erklärung abgegeben und kein Antrag gestellt, dem nicht eine Hinweisung und ein Vorbehalt der Mitwirkung Österreichs beigefügt wäre.

19. Bericht der preuß. Gesandtschaft v. 18. 4. 49, G.St.A. AA I Ag 16.

20. Schreiben an die Münchener Gesandtschaft v. 15. 4. 49, Hann. Des. 17 I Nr. 1 g.

21. Schreiben an die Berliner Gesandtschaft v. 24. 4. 49 als Antwortnote auf die preußische Zirkulardepesche vom 3. 4. 49, Hann. Des. 17 I Nr. 1 h.



mußte werden in dieser Lage, und daß Preußen dabei die Führung haben mußte, war unter den gegenwärtigen Umständen auch ziemlich selbstverständlich. Wangenheim und Stüve selbst gingen nach Berlin, um an einer Lösung der Verfassungsfrage durch die Staaten mitzuarbeiten. Das war für die Nationalversammlung ein harter Schlag und mußte faktisch ihr Ende bedeuten; ihr maßgebender Einfluß war vorbei. Das erkannte die hannoversche Regierung sogleich und griff deshalb so schnell zu. Hinzu kam noch, daß mit der Auflösung der zweiten preußischen Kammer sich auch Preußen von der Frankfurter Reichsverfassung und damit von der Paulskirche offen losgesagt hatte. Die revolutionären Gewalten in Frankfurt, die Hannover immer bekämpft hatte, gingen damit ihrem sicheren Ende entgegen, und das Ministerium in Hannover konnte mit Genugtuung feststellen, daß es sich mit Erfolg solange in Opposition gehalten hatte. Der König selbst, dem ja das Treiben der Volksvertreter immer in der Seele zuwider gewesen war, gefiel sich jetzt darin, jedem zu erzählen, er sei der einzige Fürst in Deutschland gewesen, der das Frankfurter Übel von Anfang an richtig erkannt und aus diesem Grunde die provisorische Zentralgewalt „nur mit Bedingungen“ anerkannt habe.<sup>22</sup>

Zunächst war es mit dem Beginn der Verhandlungen in Berlin durchaus nicht Hannovers Absicht, die Paulskirche zu beseitigen.<sup>23</sup> Die Regierung wollte vielmehr die Existenz der Versammlung so lange gefristet sehen, bis in Berlin die Verhandlungen abgeschlossen waren, um dann das Ergebnis der Nationalversammlung als Ultimatum vorlegen zu können.<sup>24</sup> Es war ferner nicht ihre Absicht, etwa die preußische Hegemonie anzuerkennen und es zu dem in der preußischen Zirkularnote vom 3. April propagierten engeren Bundesstaat kommen zu lassen, das Ministerium hatte vielmehr nach wie vor sein eigenstes hannoversches Interesse im Auge. Für

---

22. Vertraul. Bericht der preuß. Gesandtschaft v. 10. 4. 49, G.St.A. AA I Ag 14.

23. Einverstanden wäre Hannover gewesen mit der Beseitigung des Reichsministeriums, das es für eine „nicht allein überflüssige sondern verderbliche Einrichtung“ hielt. Vertraul. Bericht der preuß. Gesandtschaft v. 10. 4. 49 a. a. O.

24. Vertraul. Bericht der preuß. Gesandtschaft v. 16. 5. 49, G.St.A. AA I Ag 14.

die Beurteilung seiner gesamten Haltung ist gerade das überaus bezeichnend. Hannover suchte nicht nur den Frankfurter Gewalten gegenüber seine partikulare Selbständigkeit zu bewahren, sondern mit demselben Nachdruck setzte sich seine Regierung auch der preußischen Staatspolitik gegenüber für die Erhaltung der einzelstaatlichen Sonderrechte ein. Es war ihr erst einmal darum zu tun, durch eine Zusammenarbeit der Einzelstaaten (einschließlich Österreich) den Frankfurter Gewalten endgültig den Todesstoß zu versetzen, um nicht genötigt zu sein, die für so gefährlich gehaltene Reichsverfassung anzunehmen. Die Regierung verfolgte dabei ferner den Gedanken, durch diese Zusammenarbeit der Einzelstaaten zu einer Lösung der Verfassungsfrage zu kommen, die die Souveränität der deutschen Fürsten und ihrer Länder garantierte. Dabei war sie sich darüber klar, daß sie sich zu einer gewissen Weiterentwicklung der Bundesakte verstehen mußte, naturgemäß nur unter der Bedingung, daß der Grundsatz der freien Vereinbarung erhalten blieb.<sup>25</sup> Stüves Ziele waren: ein Reichsgericht, Einigung in diplomatischer Vertretung, im Kriegswesen, im Seewesen, im inneren Verkehr und in der Gesetzgebung. Die Oberhauptsfrage sollte durch Errichtung einer Kollektivinstanz geregelt werden, durch Einsetzung eines Direktoriums, eines Reichsrates oder einer ähnlichen Institution. Auch hierbei wollte Stüve nicht alle Macht der Zentralgewalt in einer Hand vereinigt sehen, er war vielmehr für Trennung der Kompetenzen, um damit das erdrückende Übergewicht Preußens zu beseitigen.<sup>26</sup>

Auf dieser Grundlage hatte die hannoversche Regierung ihre Verhandlungen in Berlin begonnen, die dann am 26. Mai zum Abschluß des Dreikönigsbündnisses führten.<sup>27</sup> Es war das gewiß keine ideale Lösung für Hannover, das sieht man deutlich aus der Art und Weise, wie es sich später auf die Vorbehalte zu diesem

---

25.\* Aufzeichnungen Stüves, Quellen u. Darst. z. Gesch. Nieders. Bd. 13, S. 557.

26. Aufzeichnungen Stüves, Quellen u. Darst. z. Gesch. Nieders. Bd. 13, S. 542, 557/58.

27. Ich behandle das Dreikönigsbündnis und seine Bedeutung hier nur soweit, wie es für die Haltung Hannovers gegenüber der Paulskirche erforderlich ist. Im übrigen verweise ich auf die Arbeit von Kricheldorf, Zs. d. hist. Ver. f. Nieders. Jg. 1914.

Bündnis berief, und wie sehr es die Entwicklung begrüßte, die zur Reaktivierung des Deutschen Bundes führte. Doch das stand fest: bei Lage der Dinge war diese Lösung die einzig mögliche, und deshalb nahm sie Hannover an. Es konnte sich durch den Rückhalt, den es damit bei Preußen fand, erfolgreich der Einführung der Frankfurter Reichsverfassung widersetzen und brauchte sich von der provisorischen Zentralgewalt keine Eingriffe mehr in seine Souveränität gefallen zu lassen. Fast ausschließlich aus dieser Voraussetzung heraus ist das Verhalten zu erklären, das Hannover seit Ende April den Frankfurter Gewalten gegenüber beobachtete. Wie sich das auswirkte, können wir schon erkennen an der Art, wie in Hannover der Reichskommissar Seebeck abgefertigt wurde, der Ende April von der Zentralgewalt nach Hannover geschickt war, um mit der dortigen Regierung über die Verfassungsfrage zu verhandeln.

## VII. Das Ende der Nationalversammlung.

Am 26. April hatte die Paulskirche beschlossen, die Regierungen nunmehr aufzufordern, die Reichsverfassung, die Wahl des Oberhauptes und das Wahlgesetz anzuerkennen. Sie hatte ferner festgesetzt, daß bevor dies nicht geschehen sei, die Kammern der Einzelstaaten nicht aufgelöst oder vertagt werden sollten. Es war die Aufgabe des Reichskommissars Seebeck, der Ende April nach Hannover kam, die dortige Regierung dazu zu veranlassen.

Auf was für Meinungen er hier traf, hätte der Unterhändler der Zentralgewalt bereits aus der offiziellen Hannoverschen Zeitung vom 26. April entnehmen können. In ihrem von Stüve verfaßten Leitartikel „Zur Beurtheilung der Reichsverfassung“<sup>1</sup> war, systematisch geordnet und gleichsam als Programm zusammengefaßt, die ganze Stellung der hannoverschen Regierung zu lesen, wie sie jetzt möglich war, nachdem Friedrich Wilhelm IV. die Kaiserkrone abgelehnt hatte und in Berlin Verhandlungen der deutschen Regierungen begonnen hatten. Stüve sieht in der ganzen Reichsverfassung nichts anderes als den Widerwillen gegen die Einzelstaaten und das Bestreben, diese zu vernichten, und von diesem Gesichtspunkt aus beurteilt er alle Einzelpunkte und weist nach, wie verhängnisvoll sie ist. Er wendet sich aus diesem Grunde noch einmal gegen die monarchische Spitze, verurteilt das Prinzip der Volkssouveränität, wie es für das Volkshaus praktisch in Anspruch genommen ist, lehnt das Wahlgesetz ab, da er es einfach für unausführbar hält, beklagt die großen Opfer, die die Einzelstaaten in ihren auswärtigen Beziehungen bringen sollen, tadelt schließlich an der neuen Verfassung, daß das Reich unbedingte Befehlsgewalt über das Heer haben soll und dergleichen mehr. Der Grundfehler ist nach Stüves Ansicht bei alledem, daß man die Rechte der Bundesgewalt und der Einzelstaaten nicht genau begrenzt hat.

---

1. Aktenanhang Nr. 2.

Damit seien Halbheiten geschaffen, die auf die Dauer die verhängnisvollsten Folgen haben müßten. Stüve gelangt zu dem Ergebnis, daß in der Stellung des Volkes zur Regierung die Frankfurter Verfassung „dem unbedingtsten zuchtlosesten Demokratismus und somit der Auflösung Thür und Thor öffnet“; denn das Staatenhaus, das allein eine gesunde Entwicklung verbürgen könnte, weil es ganz auf bestehenden Verhältnissen begründet ist, spielt neben dem souveränen Volkshause nur eine untergeordnete Rolle. Das einzige, was Stüve an der Frankfurter Verfassung positiv wertet, ist der Gedanke des Reichsgerichtes, obgleich er auch hier Einschränkungen macht. Im ganzen glaubt er, daß das hier aufgestellte Prinzip der Volkssouveränität der tiefsten Grundlage aller Landesverfassungen widerspricht. Er kann daher auch in dem Werk der Paulskirche nur einen Mißgriff sehen, dem mit aller Entschiedenheit entgegengearbeitet werden muß.

Ein Zeitungsartikel Stüves vom Tage darauf wurde noch deutlicher.<sup>2</sup> Darin wird ausgesprochen, daß jetzt die Regierungen die weitere Entscheidung in die Hand nehmen müßten. Preußen und Hannover hätten damit den Anfang gemacht durch Auflösung ihrer Kammern und würden diesen Weg zu Ende gehen, um den gerechtfertigten Wünschen des deutschen Volkes Geltung zu verschaffen.

Daß bei diesen Meinungen die Sendung Seebecks so gut wie völlig aussichtslos war, versteht sich von selbst; denn alles, was er in Hannover erreichen sollte, war in diesen beiden Artikeln Stüves bereits öffentlich abgelehnt.

Trotzdem fanden am 1. Mai die Verhandlungen der hannoverschen Regierung mit Seebeck noch statt.<sup>3</sup> Sie blieben ohne jeden Erfolg. Seebeck forderte im Namen der Zentralgewalt zunächst, daß die Stände einberufen würden, um der Bevölkerung eine Möglichkeit zu bieten, sich in gesetzlicher Form zu äußern. Dabei machte er darauf aufmerksam, daß es zu Unruhen kommen würde, wenn sich das Ministerium dazu nicht entschlösse. Demgegenüber machte die hannoversche Regierung doch sogleich geltend, daß sie den damit in Frankfurt angenommenen Standpunkt der Revolution ihrerseits keineswegs billigen könnte. Sie hätte nämlich seit dem

---

2. Hannoversche Zeitung v. 30. 4. 49 Nr. 105.

3. Notizen über die Verhandlungen des Ministeriums mit Seebeck v. 1. 5. 49, Hann. Des. 17 I Nr. 1 h.



Frühjahr 1848 bereits die Revolution überwunden und müßte daher Frankfurt gegenüber, das für sie nach wie vor den Zustand der Revolution verkörperte, eine Abwehrstellung einnehmen.<sup>4</sup> Das gelte auch für die Frankfurter Verfassung, zu deren Annahme Seebeck aufforderte. Stüve setzte dem Unterhändler der Zentralgewalt auseinander, daß er mit seinen Kollegen in der Verfassung die organisierte Revolution erblicke und zu ihrer Annahme unter keinen Umständen bereit sei, schon allein deshalb, weil der Gedanke des Erbkaisertums in jeder Hinsicht mangelhaft sei und der Verfassung einen Charakter verleihe, der jede Erklärung über sie zur Unmöglichkeit mache.<sup>5</sup> Stüve sah die Nationalversammlung auf dem Wege zur roten Republik,<sup>6</sup> während es Seebeck gerade darauf ankam, in Hannover das Gegenteil zu beweisen. Der Reichskommissar erklärte, es käme darauf an, die Revolution in gesetzmäßige Bahnen zu leiten. Dazu sollte das Erbkaisertum dienen, weil das Direktorium dem demokratisch-einheitlichen Element im Volkshause gegenüber zur Republik führe. Das erkannte das hannoversche Ministerium nicht an, es verharrte vielmehr grundsätzlich auf dem Standpunkt, jetzt da die große Zeit Frankfurts vorbei war, ihm und seinem Vertreter Seebeck keinen Schritt entgegenzukommen. Das tat es auch nicht, als Seebeck seine Forderungen noch einmal schriftlich einreichte, sie wurden auch da ebenso schriftlich abgelehnt.

---

4. Stüve sagte zu Seebeck wörtlich: „Die Revolution war hier überwunden. Frankfurt brachte sie zurück. Den nächsten Anlaß gaben die Beschlüsse über die Grundrechte. Hannover trat in den Zustand der Abwehr. In diesem ist sie auf's Neue durch die Verfassung versetzt. Die Verfassung gewährt ihr keinen Schutz gegen die Revolution, sie organisiert diese.“ Notizen v. 1. 5. 49 a. a. O.

5. „In Beziehung auf die gegenwärtige Lage der Verfassungs-Angelegenheit wird hervorgehoben, daß mit dem Erbkaiserthum an dem Hauptgegenstande der Verfassung fehlt; an einer Grundbedingung, deren Mangel die Verfassung zum Fragment und eine Erklärung darüber unmöglich macht.“ Notizen vom 1. 5. 49 a. a. O.

6. Artikel Stüves, Hannoversche Zeitung v. 30. 4. 49 Nr. 105.

7. Schreiben an die hannoversche Regierung vom 14. 5. 49, Hann. Des. 7 IV Nr. 2.

Auch als die Nationalversammlung noch einmal selbst die Anerkennung der Verfassung forderte und Neuwahlen anordnete,<sup>7</sup> konnte das in Hannover keine Aufregung mehr verursachen. Solche Forderungen galten jetzt mit der Randbemerkung „zu den Acten“ als erledigt.

Dabei wurde im ganzen der Ton der hannoverschen Regierung recht scharf. Sie wußte, daß sie sich jetzt völlig auf die Ansichten des Berliner Ministeriums stützen konnte und daß es deshalb für sie kein ernstliches Wagnis mehr bedeutete, wenn sie ihre tiefe Abneigung gegen Frankfurt offenkundig zum Ausdruck brachte. Wir dürfen in dieser Haltung nur den folgerichtigen Ausgang der hannoverschen Politik in der Zeit des Frankfurter Parlamentes sehen. Es tritt jetzt klar zutage, was Hannover gewünscht hatte, wenn es dauernd eine geschlossene Front der Regierungen gegen die Paulskirche hatte zustande bringen wollen oder, falls das nicht möglich war, doch wenigstens Preußen für die eigenen Ansichten einnehmen wollte. Allein beabsichtigte das Ministerium Bennigsen-Stüve seine Opposition gegen die Nationalversammlung und Zentralgewalt nicht soweit zu treiben, daß es zum offenen Bruch kam. Äußerlich suchte es wenigstens immer die Beziehungen zu den Frankfurter Gewalten in angemessenen Formen zu erhalten, was nun allerdings nicht ausschloß, daß es innerlich dagegen seine Abneigung oft genug bewiesen hatte. In diesem Sinne bedeuteten die in Berlin eingeleiteten Verhandlungen der deutschen Regierungen über die Verfassungsfrage auch einen Sieg der hannoverschen Anschauungen. Die gemeinsamen Schritte der Einzelstaaten, die Hannover zur Erhaltung der partikularen Befugnisse erstrebt hatte, waren jetzt verwirklicht worden. Gewiß ist nicht zu verkennen, daß Hannover sich auch durch Berlin in seiner mittelstaatlichen Souveränität bedroht fühlte und deshalb sich den Hegemoniebestrebungen Preußens widersetzte, indem es sofort Vorbehalte zum Dreikönigsbündnis machte, die gegebenenfalls dessen praktische Bedeutung zunichte machen konnten. Im ganzen war aber doch die von Frankfurt her drohende Gefahr gebannt. Hannover konnte nicht mehr zur Annahme der Reichsverfassung gezwungen werden und damit war der erste Schritt weg vom Frankfurter Bundesstaat getan. Gewiß soll damit nicht gesagt werden, wie

Sybel das tut,<sup>8</sup> daß Hannover zu den Berliner Verhandlungen kam, um im gegebenen Augenblick doch wieder von ihnen abzuschwenken. Die ehrliche Absicht, nunmehr von den deutschen Regierungen aus zu einer Lösung der Verfassungsfrage zu kommen, dürfen wir dem hannoverschen Ministerium nicht absprechen. Das Entscheidende aber war, wie weit es wirklich mit den deutschen Regierungen zu einer wesenhaften Festigung des Bundes über die Bundesakte hinaus fortschreiten wollte. Und das war in der Tat nur ein recht geringes Stück. Bei allen Zugeständnissen mußte doch nach hannoverscher Ansicht die Macht der Einzelstaaten ein zu bedeutendes Element bleiben, als daß man von einem deutschen Reich hätte sprechen können. So kommen wir denn auch in dieser Hinsicht zu unserer Feststellung zurück, daß Hannover im Grunde nicht über den Staatenbund hinauswollte, und zwar deshalb, weil andernfalls die einzelstaatliche Souveränität ihr sicheres Ende

Die durch die Einleitung der Verhandlungen in Berlin erreicht hätte.

schaffene Lage, die ihren offensichtlichen Ausdruck erhielt in den Beratungen des hannoverschen Ministeriums mit Seebeck, bestimmte denn auch die Haltung der Regierung gegenüber den inneren Schwierigkeiten in der deutschen Frage. Auch hier war das Ministerium zur rücksichtslosen Bekämpfung der Elemente bereit, die sich noch für das Frankfurter Werk einsetzten. Bereits am 25. April war deshalb die zweite Kammer aufgelöst, und die Regierung war auch fernerhin gewillt, allen Schwierigkeiten tatkräftig — wenn nötig mit der bewaffneten Macht<sup>9</sup> — entgegenzutreten und hielt derartige Schritte auch in den übrigen deutschen Staaten für unbedingt erforderlich.

Die Regierung sah es deshalb auch als berechtigt an, daß Preußen in den sächsischen Aufstand eingriff und jede revolutionäre Bewegung mit Gewalt erstickte. Einen Reichsfriedensbruch konnte sie darin mit der Paulskirche nicht sehen. Sie hielt den Beschluß der Nationalversammlung vom 10. Mai, der Preußen dessen bezichtigte, für denkbar unangebracht und erklärte sich in jeder Hinsicht mit Preußen solidarisch, als dieses daraufhin seine Abge-

---

8. Sybel: Die Begründung des deutschen Reiches durch Wilhelm I. Bd. 1, S. 336.

9. Vertraul. Note an die Berliner Gesandtschaft v. 11. 5. 49, Hann. Des. 17 I Nr. 1 i.

ordneten aus Frankfurt abberief. Hannover sah in diesem neuen Frankfurter Beschluß „einen offenen Aufruf zur Rebellion, zur bewaffneten Auflehnung der Völker gegen ihre Regierungen“ und „man bezweifelte nicht, daß sich die National-Versammlung dadurch den Todesstoß versetzt haben werde“.<sup>10</sup>

Die hannoversche Regierung glaubte zwar, vorläufig diesem preußischen Beispiel noch nicht folgen zu dürfen, um die öffentliche Meinung des eigenen Landes nicht erneut zu verletzen. Doch war sie schon jetzt grundsätzlich dazu bereit, wenn Preußen ein entsprechendes Vorgehen für nötig hielt.<sup>11</sup> Die gleichen Maßnahmen Hannovers ließen denn auch nicht lange auf sich warten. Durch eine Weisung vom 23. Mai an Bothmer erfolgte die Abberufung der hannoverschen Abgeordneten aus der Paulskirche,<sup>12</sup> nachdem außer den preußischen auch die von Österreich und Sachsen ebenfalls zum Verlassen der Nationalversammlung veranlaßt waren. Dabei verwies die Regierung hauptsächlich darauf, daß sie eine gedeihliche Lösung der deutschen Frage von der Frankfurter Versammlung nicht mehr erwarten könnte, seit diese den Grundsatz der freien Vereinbarung zwischen den Regierungen und Volksvertretern verlassen hätte. Ja, Hannover hatte sich zu einem solchen Vorgehen genötigt gesehen, weil die Beschlüsse der Nationalversammlung seit dem 28. März seiner Ansicht nach geeignet waren, „Deutschland der Gefahr einer Auflösung aller staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung Preis zu geben“.<sup>13</sup> Wenn das hannoversche Ministerium deshalb seine Abgeordneten aus Frankfurt abberief, so war es darauf bedacht, den Nordwesten Deutschlands vor dem Treiben der „Umsturzpartei“ zu sichern.<sup>14</sup>

So gelangte Hannover nunmehr zu seinem Ziel. Die Abgeordneten verließen die Paulskirche, und die Regierung sagte sich los von dem Parlament, das ein Jahr lang ihre partikular-hannover-

---

10. Vertraul. Bericht der preuß. Gesandtschaft v. 13. 5. 49, G.St.A. AA I Ag 14.

11. Vertraul. Bericht der preuß. Gesandtschaft v. 16. 4. 49, G.St.A. AA I Ag 14.

12. Roth und Merck: Quellensammlg. Bd. 2 S. 531.

13. Schreiben an die Wiener Gesandtschaft v. 11. 6. 49, Hann. Des. 17 I Nr. 1 k.

14. Vertraul. Schreiben an die Münchener Gesandtschaft v. 28. 5. 49, Hann. Des. 17 I Nr. 1 i.



schen Rechte und Interessen so entscheidend bedroht hatte und zu dem sie ein Jahr lang deswegen in Opposition gestanden hatte. Daß die provisorische Zentralgewalt und die Reichsverweserschaft des Erzherzogs Johann vorläufig noch bestehen blieb, war für Hannover von geringerer Bedeutung; denn irgendwelche wesentlichen politischen Funktionen glaubte seine Regierung ihnen nicht mehr zubilligen zu brauchen. Praktisch lief für sie die Zurückberufung der hannoverschen Abgeordneten aus der Paulskirche und die Einsetzung des Verwaltungsrates in Berlin darauf hinaus, daß Hannover die provisorische Zentralgewalt nicht mehr anerkannte. So waren denn im Grunde mit der Abberufung seiner Volksvertreter aus Frankfurt die ganzen Ereignisse überwunden, die Hannover zum Kampf gegen die Frankfurter Gewalten veranlaßt hatten.

Daraus wird uns die Haltung ganz selbstverständlich, die das hannoversche Ministerium gegenüber dem Rest der Nationalversammlung einnahm, der noch nach dem 23. Mai weitertagte, als die Abgeordneten Hannovers schon angewiesen waren, ihr Mandat niederzulegen. Zunächst einmal versuchte die hannoversche Regierung auch Bayern zu veranlassen, seine Deputierten aus Frankfurt zurückzuziehen, um damit den Beweis zu ermöglichen, daß auch die bayrische Regierung so dachte „wie die übrigen deutschen Höfe, welche Festigkeit und Gesinnung genug besessen haben, die Verfassungsbeschlüsse der National Versammlung nicht unbedingt anzuerkennen.“<sup>15</sup> Im übrigen maß sie den Frankfurter Beschlüssen keine Bedeutung mehr bei, vollends nicht mehr, als die einstige Nationalversammlung als Rumpfparlament in Stuttgart tagte. Es genügte der hannoverschen Regierung festzustellen, daß kein hannoverscher Abgeordneter der Verlegung der Versammlung nach Stuttgart zugestimmt hatte.<sup>16</sup> Zwar beabsichtigte Hannover anfangs noch einen Schritt der Staaten, die dem Verwaltungsrat angehörten, doch kam es dazu nicht mehr. Das Rumpfparlament ging ohnehin schon seinem sicheren Ende entgegen.<sup>17</sup> So hatte es denn

---

15. Vertraul. Weisung an die Münchener Gesandtschaft vom 28. 5. 49 a. a. O.

16. Note an das sächs. Min. d. ausw. Ang. v. 21. 6. 49, Hann. Des. 16 G Nr. 66 b.

17. Instruktion für den hannoverschen Bevollmächtigten beim Verwaltungsrat v. 23. 6. 49, Hann. Des. 17 I Nr. 1 k. „In Erwiderung auf die



nicht einmal dem Beschluß des Rumpfparlamentes besondere Bedeutung beigemessen, der das Dreikönigsbündnis und dessen Ausführung für hochverräterisch erklärt hatte; denn das erkannte die Regierung ganz genau, daß ihr von dieser Versammlung keine Gefahr mehr für ihre Souveränität drohen konnte, da ihr auch im Volke der breite Rückhalt fehlte, der der Paulskirche ihre moralische Macht gegeben hatte.

So ging denn die Zeit vorüber, in der das Frankfurter Parlament versucht hatte, die Schicksalsfrage der deutschen Zerrissenheit und Uneinigkeit zu lösen, ohne daß sich zunächst ein wirklich greifbarer Erfolg feststellen ließ. Die partikularen, einzelstaatlichen Gewalten hatten sich noch einmal behaupten können; denn die bürgerlich erstarrte Volksbewegung hatte ihnen gegenüber ihre revolutionäre Kraft verloren. Der Partikularismus war damit für rund zwanzig Jahre erneut als kennzeichnendes Merkmal deutschen staatlichen Lebens bestätigt. Und Hannover hatte, wie wir gesehen haben, zu seinem Teil dazu beigetragen, daß das so sein konnte und mußte.

---

berichtliche Anfrage v. 22. d. M. über die diesseitigen Ansichten wegen etwaiger Maßregeln welche von den verbündeten Regierungen gegen die Stuttgarter s. g. Regentschaft und die vom Rumpfparlament ausgeschriebenen Reichstags-Wahlen zu ergreifen sein möchten, bemerken Wir, daß hier für das Rathsamste gehalten wird, Schritte, welche den Fortgang der eingetretenen völligen Auflösung jener Regentschaft wie der etwaigen Überbleibsel der National Versammlung unterbrechen könnte, thunlichst zu vermeiden, und das in betreff der fraglichen Wahlen nur eine geeignete öffentliche Verwarnung wider etwaige Betheiligung an denselben unter Umständen zu erwägen sein dürfte.“

## **Zusammenfassung.**

Die Haltung der hannoverschen Regierung in der deutschen Frage ging aus von jenem Programmpunkt 1, den das Ministerium Bennigsen-Stüve bei Übernahme der Regierungsgeschäfte aufgestellt hatte und der die Innehaltung des verfassungsmäßigen Weges als oberstes Ziel in Anspruch nahm. Das heißt, Hannover ging aus vom Deutschen Bunde als der einzigen verfassungsmäßigen, alle deutschen Staaten umfassenden Institution und wollte im Grunde auch nicht weit darüber hinaus. Die Verfassung des Bundes sollte im Sinne der Zeit vom Bundestag selbst, nötigenfalls unter Hinzuziehung einer Volksvertretung, umgestaltet werden. Das Ganze sollte also erreicht werden auf Initiative der deutschen Staaten durch Bundesbeschlüsse. Die Volksvertretung würde dabei eine nur mehr oder weniger untergeordnete Rolle gespielt haben. Diese Forderung Hannovers sah eher aus wie ein Zugeständnis als wie eine grundlegende Änderung der Verfassung, wie sie die revolutionäre Bewegung verlangte.

Darin liegt der bedeutungsvolle Unterschied zwischen der Ansicht der hannoverschen Regierung und der bürgerlich-liberalen Einheitsbewegung. Die deutsche Frage war für das Ministerium in Hannover in erster Linie eine Frage der Staaten, für die Schichten, die die Revolution trugen, vor allem eine Frage des Volkes. In Hannover ging es hauptsächlich, ehe man an weiteres denken konnte, um eine Vereinbarung der deutschen Regierungen untereinander, in Frankfurt um eine Bestimmung des Volkes über sein eigenes Schicksal. Die Paulskirche wollte einen starken und einheitlichen deutschen Staat, die hannoversche Regierung hielt demgegenüber nach wie vor am Staatenbunde fest und wandte sich scharf gegen jede Zentralisation, um die bisherige Freiheit und Besonderheit der Einzelstaaten zum Besten des Volksganzen, wie sie meinte, zu sichern.

Mit den vom Deutschen Bunde getragenen Reformbestrebungen war Hannover einverstanden, weil sie nun einmal durch die Macht der Umstände notwendig geboten waren. Mochte die spätere Entwicklung sich auch noch so weit von diesen ersten Versuchen des Bundes entfernen, in Hannover pochte man eindringlich immer wieder auf die zu Recht bestehenden Bundesbeschlüsse vom 30. März und 7. April. Das hinderte zwar nicht, daß die hannoversche Regierung auch an den Reformplänen der siebenzehn Vertrauensmänner, die vom Bunde eingesetzt waren, um die Verfassungsfrage zu bearbeiten, entsprechende Aussetzungen zu machen hatte, soweit sie ihre eigenen staatlichen Rechte nicht genügend gewahrt sah. Ja, kaum war der Verfassungsentwurf der Siebzehner herausgekommen, so erkannte sie bereits die darin liegende Gefahr und wies daher sofort seine Unvereinbarkeit mit der Bundesverfassung nach, betonte die Innehaltung des verfassungsmäßigen Weges und tat alles, um eine unveränderte Annahme dieser Verfassung durch den Bund und damit ihre Legalisierung zu vermeiden.

Bei der hohen Bedeutung, die das Ministerium Bennigsen-Stüve der Entscheidung der deutschen Regierungen in der Verfassungsfrage zuerkannte, ist es selbstverständlich, daß Hannover nur mit größten Bedenken verfolgte, wie der Einfluß und die Macht des Bundes immer mehr zurücktraten und wie sich das Organ der deutschen Regierungen den Entscheidungen des Fünfzigerausschusses, einer völlig illegalen Autorität, unterwarf. In Hannover wollte man den Bund solange wie nur irgend möglich erhalten, um ein Gegengewicht der Staaten gegen die Volksbewegung zu schaffen und um ihren Einfluß auf die Entwicklung der deutschen Verfassungsverhältnisse zu bewahren. Diesen Gesichtspunkt hat die hannoversche Regierung niemals aus den Augen verloren, besonders auch dann nicht, als der Bundestag aufgelöst war und damit die Regierungen die Vertretung verloren hatten, die ihre Ansichten in Frankfurt hätte geltend machen können.

So war denn der Kampf um die Anerkennung der Zentralgewalt und die Auseinandersetzung um ihre Befugnisse weiter nichts als ein Kampf für die Souveränitätsrechte der deutschen Staaten. Auch als es sich um die endgültige Festsetzung und Einführung der Frankfurter Verfassung handelte, war es das Hauptziel Hannovers, den Einfluß der deutschen Staaten sicherzustellen. Des-

halb betonte das hannoversche Ministerium immer wieder den Grundsatz der Vereinbarung zwischen Volksvertretern und Fürsten, und deshalb stellte es seinen Staatenhausplan auf. Das Recht der Einzelstaaten und ihre Interessen sollten gewahrt bleiben und das auch in der neuen Verfassung. Daß es darüber schließlich zum Bruch zwischen der hannoverschen Regierung und den Frankfurter Gewalten kommen mußte, ist ohne weiteres verständlich; denn die Art, in der Hannover die Sonderrechte der Einzelstaaten beibehalten wollte, widersprach durchaus der Frankfurter Auffassung, ein starkes deutsches Reich zu begründen. Was Hannover für die Einzelstaaten in Anspruch nahm, hätte sich nur mit der Idee eines Staatenbundes vereinbaren lassen. Alle seine Pläne liefen letzten Endes auf eine reformierte Bundesakte hinaus.

Gewiß wollte auch Hannover einen festeren Verband der deutschen Einzelstaaten als bisher, nur eben nicht das Reich der Frankfurter, das seine dynastischen und einzelstaatlichen Interessen verletzte. Es blieb stehen beim Staatenbund mit einer kollektiven Siptze, wollte für die Leitung der deutschen Zentralgewalt den Delegationscharakter bewahrt sehen, auch bei den Verbesserungen, die es über den Deutschen Bund hinaus für nötig hielt. Diese Haltung hat die hannoversche Regierung ganz folgerichtig vertreten seit dem Frühjahr 1848 bis hin zur Reaktivierung des Bundes und auch später noch.

Wie sich das der Paulskirche und Zentralgewalt gegenüber auswirkte, haben wir gesehen. Genau so zeigte sich das später auch Preußen gegenüber. Als nämlich die Machtbestrebungen Preußens für die Eigenstaatlichkeit Hannovers zu gefährlich wurden, schwenkte es von ihm und damit vom Dreikönigsbündnis ab. Das Ministerium wandte sich wieder Österreich zu, wie es denn schon immer betont hatte, daß Österreich dem Bunde erhalten bleiben müsse, in der Erkenntnis, daß ein deutscher Staat, der zwei Großmächte wie Österreich und Preußen in sich vereinigte, niemals dem Bestand der Mittelstaaten gefährlich werden konnte. Die hannoversche Regierung betonte allen kleindeutschen Plänen gegenüber ihre „großdeutschen“ Anschauungen, um vor Eingriffen in ihre Souveränität durch eine preußische Vormachtstellung bewahrt zu bleiben. Sie verlangte eine großdeutsche Lösung der deutschen Frage, die bei der ganzen Machtlage in Deutschland und Europa

1848/49 völlig ausgeschlossen war. Das Recht und die Interessen der Einzelstaaten, ihrer Regierungen und Dynastien, standen für das Ministerium Bennigsen-Stüve immer wieder obenan, forderten den weiteren Bestand der mittelstaatlichen Souveränität in einem deutschen Staatenbunde und bestimmten die Stellungnahme Hannovers zur deutschen Frage 1848/49.



## Aktenanhang.

### Nr. 1.

Vorschläge Stüves zur deutschen Frage vom 3. Februar 1849 (Staatenhausplan). Staatsarchiv Hannover. Konzept. Hann. Des. 17 I Nr. 1 e.

Es ist unverkennbar dass die Preussische Circularnote vom 23./1. auf das Volk und im Volke einen günstigen Eindruck hervorgebracht hat. Es ist das der erste Schritt der Regierung eines deutschen Staats der in Bezug auf die allgemein deutsche Sache diesen Erfolg gehabt hat. Diese Erscheinung ist eine bedeutende, die Regierungen dürfen sie vor allem nicht übersehen; noch viel weniger jenen Eindruck erfolglos verkommen lassen. Es würde dann das Gefühl ihrer Schwäche und Nichtigkeit um so entschiedener Platz greifen und damit wären sie sicher über kurz oder lang gerichtet.

Es ist die entschiedene Aufgabe der Regierungen, den Gedanken der Preuss. Note zu entwickeln und weiter zu führen. Thun sie dieses in der Richtung auf das wahre Bedürfniss welches sich im deutschen Volke geltend gemacht hat, so können sie Deutschland und sich selbst retten. Dazu ist aber erforderlich dass man in die wirklich praktischen Gedanken der Frankfurter eingehe, das was vorhanden ist festhalte, daran anknüpfe befestige und ausbaue.

Dazu möchte folgendes führen.

1. Berufung eines provisorischen Staatenhauses um mit der Nationalversammlung das Verfassungswerk zu Stande zu bringen.

Ich habe das im August schon gewünscht. Damals war es zu früh, das provisorische Staatenhaus war damals noch nicht beschlossen, es würde als Eingriff in die Versammlungssouveränität behandelt seyn. Jetzt ist es beschlossen; indem die Regierungen es fordern, thun sie den ersten Schritt zur Einführung der Verfassung; man kann das nicht verdächtigen; die Versammlung die mit der stückweisen Entstehung der Grundrechte begonnen sich nicht entziehen.

Die Vortheile des Dualismus brauche ich nicht zu recensirn. Man bekommt dann doch eine Reichsgesetzgebung für das Heimathsrecht, Zollwesen, Reichskriegsgesetz, Dinge die man bedarf, die aber die Nat. Vers. nicht mehr schaffen kann.

Man muss aber hierbei nicht stehen bleiben, sondern zugleich verlangen

2. dass die Prov. Centralgewalt beauftragt werde die Verständigung über die Verfassung mit den Regierungen zu Stande zu bringen u. die desfallsigen Anträge an beide Häuser des Reichstages gelangen zu lassen.

Die Idee der Verständigung ist jetzt nicht unpopulär mehr; aber nach dem Gesetz vom 28./6. 48 ist dazu kein Mittel; indem die Regierungen das Mittel schaffen, thun sie den zweiten populären Schritt. Sie können das ohne Gefahr wenn der erste Schritt gelingt. Denn die Centralgewalt ist dann nicht mehr der Sklave einer einfachen Majorität sondern hat zwischen der Nat. Versammlung u. Staatenhaus eine ganz andere ungleich freiere und stärkere Stellung.

Der Gang der Verhandlung würde dann der werden, dass die Centralgewalt mit den Regierungen über die einzelnen Bestimmungen der Verfassung verhandelte, das also vereinbarte dem Staatenhaus proponirte, u. wenn dieses damit einverstanden, die Nat. Versammlung ebenfalls ihre Zustimmung ertheilte. Ich zweifle nicht, dass in jetziger Lage der Dinge und bei jetziger Stimmung der Gemüther diese sehr gern das annehmen, worüber zwei vor ihr einig geworden. Dass sie bei diesem Gange von 1 auf  $\frac{1}{2}$  reducirt wird ist freilich klar aber auch unvermeidlich.

Wäre auf diese Weise eine Gesetzgebungsform geschaffen mit der fortzukommen ist so wäre

3. successiv die Verfassung ins Leben zu rufen in der Weise dass man die mit dem Staatenbund und Bundesstaat vereinbarlichen Theile vorab nähme um die als adiophora u. die kritischen Punkte möglichst ans Ende schöbe. Hätte man nun in den Elementen der durch die Centralgewalt vermittelten Fürstenzustimmung, der Nationalversammlung und des Staatenhauses vorerst die drei nothwendigsten Factoren so würde ich rathen

4. das Reichsgericht ins Leben zu rufen u. diesem als Entscheidungspunkte zunächst die alten jetzt ja auch von der Centralgewalt anerkannten Bundesrechte zu geben. Nöthigen Falls könnte man hieran die . . . . . \* Grundrechte knüpfen etwa indem man über solche u. ihre Ausführbarkeit u. Haltbarkeit nach Massgabe der von den Regierungen einzubringenden Bedenken das Reichsgericht ein Gutachten geben liesse. — Dieses Gutachten könnte auch auf andere Theile der Reichsgesetzgebung erstreckt werden und damit eine Brücke entstehen um von dem unpassenden mit geringerem Anstoss wieder abzukommen.

5. Hiernach wäre es Zeit den Abschnitt vom Reich u. der Reichsgewalt zu revidiren. Unleugbar liegen hier die Wurzeln des Centralisationsdranges der am Ende zur einheitlichen Spitze führen musste. Hier muss also die eigentliche Natur der Verbindung erst wieder festgestellt werden ehe man mit Sicherheit weitergehen kann. Wahrscheinlich wird sich durch diese Verhandlung die Sache bereits soweit aufgeklärt haben dass man nun

6. die Frage vom Reichsoberhaupt u. Reichsrath welche ich für untrennbar halte behandeln kann. Wäre das festgestellt dann würde

7. die Versammlung selbst zu kritisiren seyn. Ich wünsche das absichtlich ans Ende geschoben weil die unglückliche Idee des allgemeinen Stimmrechtes mit jedem Tage mehr verlieren muss u. man so am Schlusse des ganzen viel besser davon abkommt.

---

\* unleserliches Wort.

Diese Art die Sache zu behandeln gewährt den grossen Vortheil, dass man erst einmal wieder in geordnete Zustände, unter Dach kommt u. so unter Dach das ganze Werk innerlich ausbauen kann. Wir könnten etwaigen Stürmen mit viel grösserer Ruhe entgegen sehen. Die Nationalversammlung beizubehalten ist aber gewiss rathsam weil sie sich bereits so sehr abgeschliffen hat u. viel mehr die Schwierigkeiten kennt, viel weniger der Abhülfe entgegen seyn wird als jede nach dem Princip der allgemeinen Wahlen geschaffene wäre.

3./2. 49.

CBS.

## Nr. 2.

Artikel aus der Hannoverschen Zeitung vom 29. April 1849 (Beilage zu Nr. 104). Gekürzt.

### Zur Beurtheilung der Reichsverfassung.\*

Die gegenwärtige Lage der deutschen Verfassungs-Angelegenheit macht eine übersichtliche Zusammenstellung der Folgen, welche die zu Frankfurt beschlossene Verfassung haben wird, zweckmässig, da nur wenige den Zusammenhang der Sachen völlig übersehen, und eine Entscheidung mehr und mehr zur Nothwendigkeit wird.

Es sind dabei

- 1) die äusseren Bedingungen der Gültigkeit,
- 2) die Formen,
- 3) die Rechte

zu berücksichtigen.

#### I. Die äusseren Bedingungen der Gültigkeit.

Zuvörderst soll die neue Verfassung das ganze Gebiet des Bundes umfassen. Also Oesterreich und Limburg auf gleiche Weise wie alle übrigen. Oesterreich hat nun bereits erklärt, sich darauf nicht einlassen zu wollen; Limburg wird ohne Zweifel das Gleiche thun. Deutschland ist also in der Alternative, entweder diese Verfassung zu ändern — oder gegen beide Länder Gewalt zu gebrauchen.

Dies trifft um so mehr ein, als § 2 für alle mit fremden Ländern verbundene deutsche Länder getrennte Verfassung, Regierung und Verwaltung fordert. Der wahre Sinn dieser Bestimmung ist schwer zu erkennen. Deutlich aber ist, dass die getrennte Verfassung sowohl für Oesterreich als besonders für die Niederlande Aenderungen der Verfassung herbeiführen würden, und dass das Erforderniss getrennter Regierung (zupal in dem hier gebrauchten Gegensatze gegen „Verwaltung“) so vieles befassen kann, dass dadurch eine völlige Trennung nothwendig wird.

Die Frage: „ob diese Bestimmung und ob ferner diejenige, dass keine neue Verbindungen deutscher Länder mit fremden Ländern unter einem Staatsoberhaupte möglich seien“, politisch sei? — ob solche nicht in be-

---

\* Als Verfasser dieses Artikels haben wir Stüve anzusehen. Vgl. Quellen u. Darst. z. Gesch. Nieders. Bd. 13, S. 581.

stehende Hausgesetze und Verträge eingreifen würden, mag hier einstweilen unerörtert bleiben. — Von Bedeutung ist sie allerdings, da die Stellung Deutschlands in der Mitte von Europa es zu fordern scheint, dass seine Verfassung die Möglichkeit engster Vereinigung mit den mindermächtigen mitteleuropäischen Staaten (Schweiz, Belgien, Niederlande, Dänemark, Schweden) biete, wie denn auch Deutschlands ganze Geschichte eine Reihe ähnlicher Verbindungen zeigt, durch solche eben Preussen hinzugekommen ist, und um so mehr darauf Bedacht genommen werden muss, altdeutsches Reichs- und vasallitisches Gebiet wieder zu vereinigen.

## II. Die Formen.

Es liegt am Tage dass diese verwickelter werden müssen, wenn man dem Grundgedanken des Bundes eine monarchische Spitze aufsetzt. Ein solches Anhäufen politischer Ansprüche ist unweise. Durch ein monarchisches Haupt und ein rein demokratisches Volkshaus werden die Elemente einheitlicher Tendenz zu sehr verstärkt, als dass eine friedliche Ausgleichung dem die Bundesreform vertretenden Staatenhause gegenüber zu erwarten wäre. Es wird zum Streite kommen und bei der Bedeutung einzelner Staaten zur Spaltung.

Um dies zu vermeiden, muss entweder die monarchische Spitze ganz entfernt oder jedenfalls durch einen Reichsrath aus den mächtigsten Genossen so abgeschwächt werden, dass sie den monarchischen Charakter verliert und zu einem Bundes-Präsidenten herabsinkt, welchem der hohe Titel nur Last und Misstrauen schafft. Jedenfalls ist die gegenwärtige Verfassung unhaltbar.

Dazu kommt, dass durch das suspensive Veto alle Gewalt in die Versammlung und zwar, wie sich unten zeigen wird, in das Volkshaus gelegt wird.

So lange das Reich bedeutende Fürsten einschliesst, wird es durchaus gerathen sein, diesen einen verfassungsmässig geordneten Einfluss zu sichern. — Deshalb ist der Reichsrath neben dem Kaiser unerlässlich; neben einem Directorium ist er unbedeutend, da alsdann die Bevollmächtigten nur Agenten kleiner Fürsten sein würden, die nirgend ein Gewicht in die Wagschale legen.

Die Vertretung findet ihre Hauptschwierigkeit theils in der ganzen Anordnung des Repräsentativwesens, theils in den Formen und Rechten der einzelnen Häuser.

Die Volksvertretung in der Reichsverfassung kommt also gegen die Landesverfassungen in eine völlig unhaltbare, ja verderbliche Stellung. Die Stellung der Vertretung zur Reichsregierung selbst aber ist gleich fehlerhaft. Der Grundsatz des suspensiven Veto legt die eigentliche Souveränität in die Versammlung, und entzieht sie dem Kaiser. Man kann freilich nicht ohne Grund behaupten, dass einer starken Vertretung gegenüber das absolute Veto praktisch keine grössere Bedeutung habe, desto grösser aber ist der principielle Unterschied.

Auf diesen aber ist ein um desto grösseres Gewicht zu legen, als das hier aufgestellte Princip der tiefsten Grundlage aller Landesverfassungen wider-



spricht, solche also nothwendig zerstören muss. Wenn in der Reichsverfassung die letzte Entscheidung beim Volke liegt, so ist es unmöglich, dass in den einzelnen Ländern die Entscheidung der Regierung bleibe. Beide widersprechenden Principe müssen in Kampf gerathen und eins oder das andere unterliegen.

Es ist auch die Stellung der Häuser gegen einander eine verkehrte. Die Rechte, die beide unabhängig von einander ausüben haben, werden fast unvermeidlich den Conflict herbeiführen. Hierher gehören das Recht, die Geschäftsordnung unabhängig festzustellen, das Recht einseitiger Adressen, das Recht einseitiger Anklagen der Reichsminister, womit die ohnehin sehr schwache Stellung der zum Auskunftgeben verpflichteten Reichsminister gänzlich vernichtet wird. Bei der grossen Unabhängigkeit der Häuser von einander wird aber das Uebergewicht des Volkshauses, welches demselben durch den endgültigen Beschluss auf die in sehr enge Grenzen gelegten Monita des Staatenhauses zum Budget beigelegt wird, ein durchaus gefährliches.

. . . . .

Was nun aber die Bildung der einzelnen Häuser angeht, so ist eben dieses Volkshaus theils durch seine Zahl von etwa 600 Mitgliedern, theils durch die Gestalt, welche dem Wahlgesetze gegeben ist, eine völlig monströse Bildung geworden. Nimmt man an, dass infolge der mechanisch rohen Gleichmacherei, welche die Vertretung nach je so und so viel Seelen oder Köpfen mit sich führt, wahrscheinlich bei jeder Wahlperiode die ganzen Wahlbezirke umgeworfen werden müssen und sich mithin gar keine Spur von Festigkeit bilden kann; nimmt man hinzu, dass das allgemeine Stimmrecht hier in einer bisher unerhörten Weise durchgeführt ist, dass durch die Abstimmung in den einzelnen Gemeinden eine Einigung unsäglich erschwert wird und dass dennoch absolute Stimmenmehrheit Statt finden soll, so wird man die praktische Unausführbarkeit dieses Gesetzes eingestehen müssen. — Es ist die Möglichkeit einer Wahl nur dann noch zu hoffen, wenn ein völlig organisirtes und souveränes Parteiwesen sich der Sache bemächtigt. Ein solches ist aber zur Zeit in Deutschland nur im Sinne der Revolution wirksam.

Die Beschränkung der Wahlperiode auf 3 Jahre steigert die Uebel, welche in diesem durch und durch unhaltbaren Wahl-Systeme liegen, auf den höchsten Grad.

Das Staatenhaus würde unverkennbar das gesunde Element der Vertretung sein können. Dasselbe ist seiner Natur nach völlig auf wirklich bestehenden Verhältnissen begründet und könnte sonach einen einigermaßen konservativen Charakter annehmen; allein dasselbe wird dem Volkshause gegenüber sehr schwach sein.

Einmal führt dahin jene obgedachte Ungleichheit bei den Geldbewilligungen, in welcher sich nur zu deutlich der Widerwille gegen die Einzelstaaten und das Streben nach Vernichtung derselben, welches diese ganze Verfassung durchdringt, ausspricht.



Sodann besteht dasselbe zur Hälfte aus Beauftragten der Regierungen, denen man schon um dieser Stellung willen kein zu grosses Gewicht und keine Kraft und Sicherheit beimessen darf, weshalb es durchaus richtig ist, denselben auch Vertreter der Landstände beizugeben. Diese aber lassen, sowie die Landstände der meisten Staaten gebildet sind, ebenso wenig Kraft zum Widerstande gegen den ungestümen Andrang des ultrademokratischen, durch die Clubs allein ins Leben zu rufenden Volkshauses erwarten. Die zweiten Cammern der meisten Ständeversammlungen sind ja fast ganz aus denselben Elementen hervorgegangen; und da sie die grössere Stimmenzahl enthalten, so werden ihre Majoritäten, wenn auch nur mit einer Minorität der ersten Cammern verbunden, die Wahlen in der Hand haben. Da nun die Regierungen selbst in Zukunft gänzlich von den Cammern abhängig sein dürften, so folgt daraus die Nachgiebigkeit ihrer Vertreter; und somit die äusserste Schwäche des ganzen Staatenhauses von selbst.

Unter allen Verfassungsformen ist nur das Reichsgericht als eine an und für sich wesentlich gesunde anzuerkennen, wenn gleich auch hier nicht übersehen werden darf, dass dasselbe in seiner ganzen Bedeutung wesentlich von der Zweckmäßigkeit der Bestimmungen der Verfassung selbst abhängt, da es ja bestimmt ist, diese zu schützen, und das ebenfalls die Frage: wer die Richter zu ernennen haben wird? von entscheidendem Gewichte ist.

### III. Rechte.

Wenden wir uns nunmehr von den Formen zu den materiellen Bestimmungen der Verfassung, so darf hier der Grundsatz vorausgeschickt werden: dass in einem Staatsverbande die Vollgewalt der Gesetzgebung nur in einer Hand liegen k ö n n e.

Wären in einem Staatsverbande zwei verschiedene Gewalten, welche sich das Recht beileigten, ihren Willen unabhängig von der andern zum Gesetz zu erheben, so müßte ein solcher Staatsverband nothwendig auseinanderfallen. In einem Bundesstaate muss hienach ebenfalls Einem Theile, sei es die Bundesgewalt oder die Staatsgewalt der einzelnen Staaten, die Vollgewalt, dem andern Theile dagegen nur bestimmte, genau begränzte Rechte beigelegt werden, wenn das Ganze bestehen soll. Ungewissheit hierüber ist um desto verderblicher, je grösser die Macht der einzelnen Bundesglieder ist.

Die vorliegende Verfassung leidet an diesem Grundfehler. In dem unverkennbaren Widerwillen, den sie gegen die Einzelstaaten trägt, hat sie es nicht über sich gewinnen können, diesen jene Vollgewalt und der Bundesmacht die Beschränkung auf einzelne Rechte zuzuschreiben. Eben so wenig aber hat sie auch den Mut gehabt, die Einzelstaaten entschieden auf gewisse Rechte zu beschränken. Sie hat also das Verderblichste gethan, indem sie die unverkennbare und bei der ganzen Geschichte und Gestaltung Deutschlands und der Entwicklung des Regierungswesens auch unvermeidliche Vollgewalt der Einzelstaaten anscheinend nur durch einzelne bestimmte Bundesrechte beschränkt, nebenbei aber auch der Bundesgewalt ein unbeschränktes Gesetzgebungsrecht, ein unbeschränktes Besteuerungsrecht beilegt. Die Folgen eines solchen verkehrten Systems, Zwiespalt der Einzelstaaten und der Bundesgewalt, Bedruck des Volks, Collision der Gesetze und der Interessen

werden nicht auf sich warten lassen und darin Eines — der Bundesstaat oder die Einzelstaaten — noch wahrscheinlicher aber beide und das gesammte Deutschland mit ihnen zu Grunde gehen.

Dieser Grundfehler ist um so verderblicher als er sich selbst versteckt, indem man nach dem ganzen Tenor der Verfassung glauben sollte, die Bundesgewalt sei auf einzelne Rechte beschränkt, während ein paar unscheinbare Neben- und Nachsätze in anderen §§ jenen Widerspruch der Voilgewalt des Bundes hineintragen.

. . . . .  
Was nun die Stellung der Reichsgewalt zu den Einzelstaaten angeht, so ist unbedingt zuzugeben, was erstlich die Vertretung gegen Aussen angeht, dass die Einzelstaaten grosse Opfer bringen müssen.

Wenn aber hier die europäischen Grossmächte Oesterreich und Preussen mit Hohenzollern-Hechingen, Homburg oder Lichtenstein gleichgestellt werden, wenn ferner die Grenzstaaten Oesterreich, Preussen, Hannover, Baiern, Baden und die Seestaaten, die in mancher Beziehung ähnliche Verhältnisse haben, völlig den Binnenländischen Staaten gleichgestellt werden, so werden diese Staaten eines unentbehrlichen Mittels beraubt, Rechte und Interessen zu schützen, welche nur ihnen zustehen, welche der Gesammtheit fremd sind und von dieser keinesfalls mit gleichem Eifer verfolgt werden würden.

Wenn man ferner ohne Weiteres die diplomatischen Verbindungen der Einzelstaaten abreisst, und eine Reichsdiplomatie an die Stelle setzt, die weder die nöthigen Verbindungen besitzt, noch — bei ihrer gänzlichen Neuheit — diejenigen Kenntnisse, archivalischen Hilfsmittel und Traditionen besitzt und besitzen kann, auf denen die Beziehungen der Staaten zu einander wesentlich beruhen; wenn man ferner den Einzelstaaten unmöglich macht, Consular-Agenten da zu halten, wo ihr Handels- und Verkehrsbedürfniss solches verlangt, und sie damit auf eine Gesammtheit verweist, die ein solches Bedürfniss nicht kennt: so verletzt man wesentlich sowohl das allgemeine deutsche Interesse als das der Einzelstaaten. Man bringt also letztere in eine feindselige Stellung zum Ganzen, ohne Nutzen für dieses; und man thut dieses in den gefährlichsten Beziehungen.

Dieser Fehler aber steigert sich noch um desto höher, als man dabei wiederum auf halbem Wege stehen geblieben ist. Denn indem man ausserordentliche Beschickungen und Agenturen ohne diplomatischen Charakter zulässt, öffnet man das Thor zu allen Zettelungen und Intriguen, zu denen man durch jene Beleidigung des Interesses reizt. Man steht hier auf völlig unhaltbarem Grunde. Entweder muss jede Verhandlung mit dem Auslande, die nicht durch die Reichsgewalt geht, für Hochverrath erklärt werden (was nur bei völlig einheitlicher Verfassung möglich) oder man muss den Einzelstaaten die rechtliche Wahrnehmung ihres unabweislichen Interesses offen lassen.

. . . . .  
Der zweite Punct, der in Frage kommt, ist das Heerwesen. Hier ist zuerst anzuerkennen, dass die Bundeskriegsverfassung keineswegs schlecht, vielmehr sehr wohl geordnet und einer weitem Ausbildung wohl fähig war.

Manche Grundzüge der neuen Verfassung mögen als eine solche zweckmäßige Ausbildung angesehen werden und jedenfalls ist hier manches Schlimme der früheren Entwürfe beseitigt. Getadelt wird noch: die unbedingte Verfügung der Reichsgewalt über das Heer in Friedenszeiten, die Ernennung der Corps-Commandanten und Hauptquartiere durch die Reichsgewalt, was für den Geist der Heerestheile wenigstens sehr gefährlich sein kann. Die Aufnahme der Verfassung — (und zwar wieder beider, der Reichs- und der Landesverfassungen) — in den Fahneneid, was den militairischen Gehorsam zu verwirren droht.

Es tritt auch hier das Misstrauen gegen die Einzelstaaten hervor und das Streben, sie zu schwächen; dies ist der Fall bei einem Verhältniss, wo hingebende Aufopferung vor allem nöthig ist; man verletzt auch hier wieder, ohne den Muth und die Kraft, den feindselig Behandelten zu vernichten, was als der schlimmste Fehler in der Staatskunst zu bezeichnen ist.

Dass die völlig neu zu schaffende *Seemacht* der Reichsgewalt ganz zur Verwaltung überwiesen ist, kann nicht getadelt werden; ein Fehler aber ist es, dass man nun auch den Einzelstaaten jedes Halten eigener Seemacht verbietet.

In Bezug auf das See- und Schiffahrtswesen überhaupt hat man anscheinend den Interessen einzelner Staaten, namentlich denen der Hansestädte allein nachgegeben, ohne dasjenige der grösseren Uferstaaten zu berücksichtigen.

Da die Reichsgewalt alle in den Grundrechten liegenden Rechte oberaufsehend wahren soll: so wird man folgerecht nicht umhin können, auch Gesetze über diese Gegenstände zu erlassen. In allen diesen Dingen hat man von oben hereingreifend ohne vorgängige Erforschung der Zustände und Thatsachen theils sehr specielle und kleinliche Bestimmungen schon jetzt getroffen, theils Sätzen von der grenzenlosesten Allgemeinheit unbedingte Geltung beigelegt.

In der That ist hier nun das Feld der Reichsregierung so weit gezogen, dass kaum irgend ein Gegenstand freier unbeirrter Thätigkeit für die innere Landesregierung übrig bleibt. Die Folge davon wird unaufhörliche Reibung, fruchtlose Vermehrung der Regierungsthätigkeit, steigendes Missverhältniss zwischen Reichsregierung und Einzelregierungen, nutzlose Vermehrung der Arbeiten, der Kosten der Regierung, der Last der Unterthanen und somit wiederum Zerstörung des gesamten Staatswesens sein.

Auf diese Weise gewährt die Reichsverfassung für das ganze Regierungswesen sowohl des Reichs als der Einzelstaaten nur die Aussicht auf innern Zwiespalt, daraus hervorgehende nutzlose Vergeudung der Kräfte, mithin auf Schwäche.

Diesem in sich zerstörten Regierungswesen aber wird nun der ungebundenste Demokratismus gegenüber gestellt.

Das Wahlgesetz ist bereits charakterisiert. In den Grundrechten liegt der Keim zur Auflösung des Gemeindeverbandes, der Berechtigungen in Bezug auf die Gewerbe, der Eigenthumsverhältnisse, der kirchlichen Genossen-



schaften; sie geben der durch das Wahlgesetz ohnehin so unbedingt gehobenen Geltung der blossen Kopfszahl eine unwiderstehliche Kraft durch das schrankenlose Vereins- und Versammlungsrecht. Sie geben denen, die rücksichtslos aller Mittel sich zu bedienen bereit sind, eine furchtbare Gewalt durch die Presse. Sie nehmen der Regierung das bisherige Gegenmittel durch Schwächung der Polizei, und lassen ihr auch in den Gerichten nur geringe Hülfe durch die Auflösung alles bisherigen Rechts in schrankenlose Freiheit und durch eine möglichst vom Volke abhängige Gerichtsverfassung. So bleibt keine andere Aussicht als die auf unbedingte Geltung der untersten und mithin zahlreichsten und urtheilslosesten Classen und der rücksichtslosesten Führer. Wohin dieses führen müsse, welche Zerstörung auch daraus für die zur Zeit noch minder ergriffenen Verhältnisse des Staats sich ergeben müsse, ist unverkennbar.

. . . . .  
So ist denn das schliessliche Resultat der Betrachtung, dass diese Verfassung in der Stellung der Einzelstaaten zur Reichsgewalt den Zwiespalt nach allen Seiten organisirt und durch halbe Massregeln die gefährlichsten Waffen beiden Theilen in die Hände giebt; dass in der Stellung des Volkes zur Regierung, dieselbe dem unbedingtsten zuchtlosesten Demokratismus und somit der Auflösung Thür und Thor öffnet.

Die allgemeine Ermattung hat eine grosse Mehrzahl zu der Ansicht geführt: es müsse diese Verfassung angenommen und durch einen ordentlichen Reichstag revidirt werden. Diese Ansicht kann nur als eine durchaus verderbliche, ja als eine sinnlose bezeichnet werden. Im gegenwärtigen Augenblicke ist das Verderbliche noch nicht begründet; nun will man, weil der Moment widrig ist, lediglich um diese Unannehmlichkeit los zu werden, das Verderbliche feststellen, in der Hoffnung, es werde sich dann selbst corrigiren. Das heisst in den Teich springen, um aus dem Regen zu kommen. Die grosse Ausbreitung dieser Ansicht kann nur als ein Beweis der politischen Unreife angesehen werden. Und mit diesem Beweise politischer Unreife in den Händen verlangt man eine Verfassung, die eben dieser unreifen Masse alles in die Hände giebt! — Weiterer Worte bedarf es nicht. —





